

Die Schulbuchempfehlungen im Prozeß der Normalisierung zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland aus deutscher Sicht

Vortrag von B r u n o F r i e d r i c h, Mitglied des Deutschen Bundestages

Heute vor einer Woche begann der Besuch des Bundeskanzlers in Warschau. Eineinhalb Jahre zuvor hatte der Erste Sekretär der PVAP Edward Gierek die Bundesrepublik besucht. Beide Besuche, der des Ersten Sekretärs bei uns und der des Bundeskanzlers in Polen, sind weitaus mehr als Signale für den gegenwärtigen Stand der deutsch-polnischen Beziehungen.

Daß zwei Völker, Polen und Deutsche, die in diesem Jahrhundert einander so tief verletzt haben, zwei Völker, deren Verhältnis über Jahrhunderte hinweg mehr von Macht und Gewalt, Mißtrauen und der Ungerechtigkeit des festgeschriebenen Vorurteils geprägt waren, nun anfangen zu versuchen, einander vorurteilsfrei kennenzulernen, und daß sie mehr wollen als nur einander respektieren, daß die Söhne den Streit der Väter beenden wollen und daß sich die Mehrheit in unseren Völkern die Zusammenarbeit, die gute Nachbarschaft und den Frieden auf Dauer wünscht: dies, so meine ich, ist nicht nur eine Sache der Polen und der Deutschen, sondern sie ist über die Gegenwart hinaus ein hoffnungsvolles Zeichen für unsere Epoche.

Völker brauchen für neue Wege sichtbare Zeichen. Ein solches Zeichen war der Besuch Willy Brandts im Warschauer Ghetto, ein solches Zeichen war die Begegnung Edward Giereks mit den Menschen im Ruhrgebiet, ein Zeichen solcher Orientierung sind die Worte Helmut Schmidts in der vergangenen Woche in Auschwitz, und ein solches Zeichen sind, das füge ich nahtlos hinzu, die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen.

Die große Entfaltung der europäischen Geschichtsforschung im 19. und 20. Jahrhundert, war sie, wenn wir sie genau betrachten, nicht begleitet, geprägt und sehr oft auch verformt von den Übersteigerungen des nationalen Denkens? Wer hätte es aus dieser Geschichts-

betrachtung in Europa heraus im Jahre 1919 oder 1945 für denkbar gehalten, daß Wissenschaftler aus beiden Völkern eines Tages den Mut haben würden, die Wirklichkeit der deutschen und der polnischen Geschichte so zu entdecken und gemeinsam so zu beschreiben, daß beide Völker sich im gleichen Text zu erkennen vermögen. So betrachtet ist der Beginn der deutsch-polnischen Schulbuch-Konferenzen der Anfang des Willens zur Überwindung der nationalistischen Epoche in Europa durch den Geist, oder, kürzer: die geistige Revolution des Willens zum Frieden. Hier sind die Wissenschaftler den Politikern vorangegangen. Dies ist das besondere Verdienst der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen gewesen.

Als diese Konferenz hier geplant wurde, wußte keiner der Beteiligten, daß sie zeitlich unmittelbar an den Besuch des Bundeskanzlers in Polen anschließen würde. Neben den so wichtigen Fragen der Entspannungspolitik, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Abrüstung waren in der letzten Woche die Möglichkeiten eines verstärkten Jugendaustausches ein aktuelles Thema. So, wie es um das Tempo der Schritte und um die Inhalte der Ostverträge bei uns sehr heftige politische Gegensätze gegeben hat, so gibt es auch in der Beurteilung der Schulbuchempfehlungen unterschiedliche Wertungen; und es wäre falsch, bei der Eröffnung einer solchen Konferenz so zu tun, als ob es anders wäre. Damit müssen wir nicht nur leben, wir haben uns in der Suche nach der historischen Wahrheit ernsthaft damit auseinanderzusetzen. Dies wird in die Beratungen dieser Konferenz hereindrängen. Auch wenn zwischen dem Jugendaustausch und den Schulbuchempfehlungen kein Junktum besteht: niemand kann sich der Notwendigkeit und dem Zwang entziehen, - das beste Wort wäre hier eigentlich Einsicht -, daß die jungen Generationen beider Länder ihre Geschichte, die Vergangenheit, gemeinsam aufarbeiten müssen. Insoweit sind die Ergebnisse der Beratungen der letzten Woche des Besuches in Polen ein Auftrag auch an diese Konferenz.

Erlauben Sie, daß ich nun etwas tun muß, was zur Klarstellung von unserer Seite notwendig ist, weil es diese Konferenz nicht belasten sollte und weil ich der Meinung bin, daß es besser ist, es sagt einer der deutschen Teilnehmer als einer unserer Gäste.

Was diese Konferenz nicht belasten sollte und nicht belasten darf, ist die Äußerung eines deutschen Politikers, der in diesen Tagen Chile von heute mit dem heutigen Polen verglichen hat. Ich sage dazu unter Zurückdrängung dessen, was ich gerne sagen möchte, nur, hätte dieser Vorsitzende einer sich christlich nennenden Partei in unserem Lande einmal mit den Kirchen Chiles und Polens gesprochen, ein solcher Vergleich hätte nie über seine Lippen kommen können. Polen ist heute mit seiner Bereitschaft zu Frieden und Aussöhnung ein wichtiges, vielleicht mit das wichtigste Land in Europa, bereit, auf der Grundlage der KSZE einen entscheidenden Beitrag zur Milderung der Spaltung Europas zu leisten. Deshalb sollte dieser Satz eines deutschen Politikers nicht zwischen den Teilnehmern dieser Konferenz stehen.

Und wenn nun, um dies gleich anzuschließen, weil wir eben einen Teil auch der Geschichte mit uns weitertragen werden müssen, das Staatsministerium für Unterricht und Kultus in dem gleichen Bundesland, in dem dieser Politiker demnächst Ministerpräsident werden möchte, im Zusammenhang mit dieser Konferenz am 11.11. 1977 erklären läßt, nun zitiere ich: "Die Gleichsetzung der Annahme der Empfehlungen mit der Bereitschaft zu Frieden und Versöhnung hält das Ministerium für unzulässig", dann genügt es, auf die Antwort zu verweisen, die das Amt für evangelische Jugendarbeit in Nürnberg diesem Bayerischen Ministerium gegeben hat, indem es feststellte, es sehe in solcher Argumentation weder Aufklärung noch Information, sondern Stimmungsmache, die nicht dem Gedanken der Versöhnung diene.

Ich glaube, daß diese Konferenz sich nie, daß die Schulbuchkonferenzen sich nie an denen orientieren konnten, die meinten, die Zeit sei noch nicht reif für die Aussöhnung, sondern daß wir heute so miteinander sprechen können nach diesen wichtigen Begegnungen der letzten Jahre, das danken wir denen, die mutig nach vorn gesehen haben, und insoweit soll diese polnisch-deutsche Konferenz in dieser Woche den Gedanken der Versöhnung weitertragen.

Ich glaube, daß alle Anwesenden sich dazu stark genug fühlen. Wir lassen uns jedenfalls in diesem Willen dazu nicht beirren. Wir in der Bundesrepublik geben dieser Aussöhnung den gleichen Rang wie der Aussöhnung mit Frankreich und Israel nach 1945. Wir setzen auf

die Hoffnung der jungen Menschen nach einer Zukunft, die besser ist als eine schlimme Vergangenheit.

Ich möchte hier nochmals auf die Verdienste des zu früh verstorbenen Professors Eckert hinweisen, den ich 1960 zum ersten Mal in einem langen Gespräch über seine Erlebnisse im Widerstand kennenlernte, und der dies als Lebensaufgabe betrachtet hat. Ich meine, wir müssen heute vor allem denen danken, die diese Arbeit weitergeführt haben und von denen ja auch viele hier anwesend sind. Die überwiegende Mehrheit der Deutschen steht positiv zur Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen. Wenn ich nun versuche, erzielte Fortschritte deutlich zu machen, so muß ich unsere polnischen Gäste zunächst herzlich bitten, sich in unsere verfassungsrechtliche Situation hineinzusetzen.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland muß generell bei allen Schulbuchkonferenzen und Schulbuchempfehlungen, nicht nur bei den deutsch-polnischen, die in unserem Grundgesetz verbürgte Freiheit der Wissenschaft und der Lehre sowie die verfassungsrechtliche Zuständigkeit der Bundesländer für die Gestaltung des Schulbuchunterrichts und bei der Auswahl und Zulassung von Schulbüchern respektieren. Das ist Ihnen bekannt, ich weiß es, aber man muß immer wieder darauf hinweisen. Die Bundesregierung kann daher nicht über die Aussagen des Artikels 4 des deutsch-polnischen Kulturabkommens, die mit Zustimmung der Ministerpräsidenten der Bundesländer vereinbart wurden, hinausgehen im Sinne einer Weisung. Angesichts der Kulturhoheit der Bundesländer ist es auch unmöglich, daß die Bundesregierung unmittelbar selbst die Verantwortung für die Umsetzung der Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission übernehmen kann.

Aber wir werten es als einen beachtlichen Fortschritt, daß kein einziges Bundesland den im Artikel 4 des deutsch-polnischen Kulturabkommens zum Ausdruck gebrachten Willen zu einer Schulbuchrevision infrage gestellt hat. Zwar haben die Bundesländer mit Ausnahme von Hessen in ihren Zustimmungsschreiben zum Kulturabkommen alle den Vorbehalt gemacht, daß sie sich in ihrer Entscheidung bezüglich der Übernahme der Schulbuchempfehlungen frei fühlen, doch sämtliche Bundesländer haben sich indessen mit den deutsch-polnischen Schul-

buchempfehlungen beschäftigt, und in den meisten Bundesländern gibt es die Bereitschaft, die Schulbuchempfehlungen ganz oder wenigstens teilweise zu berücksichtigen.

Es gibt beachtliche Fortschritte, vor allem in Bremen, Hamburg und Berlin; in Hessen und Nordrhein-Westfalen gibt es neue Initiativen. Ich bin überzeugt, daß auch die Auseinandersetzung um die Schulbuchempfehlungen selbst die Frage der polnischen und der deutschen Geschichte in einer Zeit, wo Geschichte vielleicht nicht so stark beachtet wird, nach vorne trägt. Ich glaube, daß sogar die Auseinandersetzung hier mithelfen kann.

Wir übersehen nicht die Widerstände. Wir sehen es daher als eine Verpflichtung an, uns in allen Bundesländern in den Schulen aktiv dafür einzusetzen, daß die Schulbuchempfehlungen beachtet werden. Unter den Bedingungen unserer Schulbuchsituation ist die geduldige Überzeugungsarbeit sehr wichtig; ein Austausch von Lehrerdelegationen und unmittelbare Kontakte zwischen deutschen und polnischen Lehrern könnten ein wesentlicher Beitrag für die Realisierung sein. Der in diesem Jahr begonnene, von den Gewerkschaften beider Länder organisierte Austausch von je 25 deutschen und polnischen Lehrern für zwei-wöchige Informationsreisen ist ein begrüßenswerter ausbaufähiger Anfang, wenn wir auch noch nicht ganz dort sind, wo wir gerne hin möchten. Es müßte ein Haus geben, in dem das ganze Jahr hindurch polnische und deutsche Lehrer sich treffen und einander begegnen können.

Unter unseren Verfassungsbedingungen ist die Durchsetzung der Schulbuchempfehlungen nicht schlagartig, sondern nur in einem mittelfristigen Prozeß zu erreichen. Wir sollten aber dafür Sorge tragen, daß die Realisierung von Schulbuchempfehlungen nicht im bürokratischen Alltagstrott versandet.

Nüchterne Bestandsaufnahmen auf bilateraler Ebene werden von Zeit zu Zeit notwendig sein und erneut die Frage aufwerfen müssen, wie weit sind wir gekommen. Wir sind aber fest überzeugt, daß in gemeinsamen Anstrengungen es möglich sein wird, uns der Aufarbeitung des geschichtlichen Erbes zum Nutzen der Förderung des Aussöhnungspro-

zesses zu stellen. Gefährlich wäre eine Selbstzufriedenheit im Bereich der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen, dazu haben wir keinen Anlaß.

Nun wünsche ich dieser, auch wegen ihres Zeitpunktes so wichtigen Konferenz einen guten Verlauf, eine offene, wenn nötig kritische, aber doch vom Willen zur historischen Aussöhnung getragene faire Diskussion, und ein Ergebnis, das Deutsche und Polen einander im Verstehen näher bringt.

Die Schulbuchempfehlungen im Prozeß der Normalisierung zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland aus polnischer Sicht

Vortrag von Herrn R o m u a l d J e z i e r s k i ,
Stellvertreter des Ministers für Volksbildung und Erziehung
der Volksrepublik Polen

Der fortschreitende Entspannungsprozeß in den internationalen Beziehungen und die Annäherung und Zusammenarbeit zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung widerspiegeln sich auch auf dem Gebiet der Volksbildung. Die Erziehung der Jugend im Geiste der Verständigung und Achtung vor anderen Völkern hat sich die allgemeine Anerkennung erkämpft.

Die Volksrepublik Polen nimmt schon seit mehreren Jahren aktiven Anteil an der internationalen Zusammenarbeit, die der Vervollkommnung des Volksbildungssystems sowie der Lehrbücher dienen soll. Dieses Zusammenwirken ist differenziert und wird in vielen Bereichen - je nach den Bedürfnissen, Bedingungen und Möglichkeiten - geführt.

Der Abschluß des Vertrages über die Grundlagen der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland im Dezember 1970 hat eine neue Situation im Bereich der Zusammenarbeit, also auch auf dem Gebiet der Volksbildung, geschaffen.

Nach dem März 1976 haben die gegenseitigen Kontakte einen offiziellen Charakter angenommen. Nach der Ratifizierung der Dokumente über die Normalisierung der Beziehungen durch den Bundestag hat der Minister für Volksbildung und Erziehung der Volksrepublik Polen, Jerzy Kuberski, den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Helmut Rohde, eingeladen. Herr Minister Rohde samt der ihn begleitenden Personen weilte in Polen vom 22. bis zum 26. März 1976. Minister H. Rohde ist der erste Bundesminister gewesen, der Polen nach der Ratifizierung des Vertrages zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepu-

blik Deutschland durch den Bundestag besucht hat.

Die Gespräche der beiden Minister haben konkrete Anfänge der Zusammenarbeit der beiden Länder auf dem Gebiet der Volksbildung geschaffen. In den Tagen zwischen dem 7. und 14. Mai 1976 weilte in der Bundesrepublik Deutschland Minister Jerzy Kuberski als Leiter der polnischen Delegation, die an den "Polnischen Tagen" in Göttingen teilnahm.

Während des Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland hat Minister J. Kuberski einige Gespräche mit Minister H. Rohde geführt.

Die Kontakte zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland im Bereich der Volksbildung betreffen u.a.: die alljährliche Delegation von etwa 20 Lehrern der deutschen Sprache auf Sprachlehrgänge, die durch das Goethe-Institut organisiert werden; den Lehreraustausch zwischen dem polnischen Lehrerverband und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Viele Wissenschaftler und Praktiker im Bereich der Pädagogik nehmen an internationalen Konferenzen teil, die in der Bundesrepublik Deutschland organisiert werden.

Das Ministerium und die Wojewodschaftsabteilungen für Volksbildung und Erziehung betreuen die in Polen weilenden zahlreichen Gruppen aus der Bundesrepublik Deutschland (besonders Lehrer und Journalisten), die im Rahmen von Studienreisen nach Polen auf Initiative der polnischen Agentur Interpress sowie der Reisebüros kommen.

Im Prozeß der Annäherung von Völkern spielen die Schulbücher eine bedeutende Rolle, besonders für Geschichte und Geographie. Diese beiden Fächer enthalten die größte Anzahl von Informationen über andere Länder. Sie schildern die Vergangenheit der Völker, die Entstehung und Entwicklung ihres Staatswesens, Zivilisation, Kultur und die Rolle der Staaten in der Weltwirtschaft.

Polen schätzt die Bedeutung dieses Problems und nimmt deshalb seit vielen Jahren aktiv an der internationalen Zusammenarbeit zur Vervollkommnung des Volkssbildungssystems und der Lehrbücher teil. Dieses Zusammenwirken hat - wie bereits festgestellt wurde - differenzierten Charakter und wird in mehreren Bereichen, entsprechend den Bedürfnissen, Bedingungen und Möglichkeiten, durchgeführt.

Ende der sechziger Jahre wurde beschlossen, die bisherigen Arbeiten umzugestalten. Es wurde nämlich festgestellt, daß das Zusammenwirken im Rahmen der internationalen gesellschaftlichen Organisationen nicht die erwünschten Ergebnisse bringt. Gute Ergebnisse kann man in Wirklichkeit nur dann erzielen, wenn die Aufgabe der Vervollkommnung der Lehrbücher den Volkssbildungsbehörden übertragen wird und die bisher zerstreuten Tätigkeiten vereinigt werden.

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik Polen hat in Anerkennung der Bedeutung dieses Problems in die Pläne zur Realisierung von Kulturabkommen und Programmen für den Austausch mit vielen Ländern in den Jahren 1968 bis 1969 konkrete Verpflichtungen eingetragen. Gleichzeitig haben die Volkssbildungsorgane Expertengruppen berufen, die die Rezensionen der polnischen Thematik in Lehrbüchern für Geschichte und Geographie erarbeitet und auf bilateralen Treffen von Kommissionen konkrete Schlußfolgerungen und Vorschläge zwecks Berücksichtigung in den nächsten Auflagen von Lehrbüchern unterbreitet haben.

Die bilateralen Kommissionen konzentrieren sich vor allem auf die Begutachtung von Inhalten und schlagen vor, wie die Geschichte und Geographie des jeweiligen Landes in fremden Lehrbüchern, in Kompendien über die eigenen Länder und für den Bedarf der Autoren und ausländischen Verlage dargestellt werden soll. Sie sorgen ferner für die Realisierung der in den Protokollen enthaltenen Verpflichtungen durch die Einführung von verbesserten Inhalten in die Lehrbücher für Geschichte und Geographie sowie für die Zusammenstellung von Änderungen, um eine Gegenüberstellung mit ana-

logischen Materialien der ausländischen Expertenkommissionen vorzunehmen.

Die gemeinsam beschlossenen Empfehlungen der bilateralen Kommissionen werden in der Form von Protokollen zusammengefaßt, die beide Seiten zur Korrektur der nicht exakten oder falschen Kenntnisse, bzw. zur Erweiterung der Materialien mit unentbehrlichen Informationen über das zweite Land, verpflichten.

Als Ergebnis dieser Zusammenarbeit, die Polen bereits mit 25 Ländern unterhält, werden kontinuierlich die zur Zeit gültigen Lehrbücher vervollkommen oder gründlich neu erarbeitet.

Nach der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1970 haben die polnischen Volksbildungsbehörden den Auftrag gegeben, eine Analyse der Informationen über die Bundesrepublik Deutschland, die in den Lehrbüchern für Geschichte, Geographie und Gesellschaftswissenschaften enthalten sind, durchzuführen. Diese Analyse sollte die eventuellen Ungenauigkeiten aufweisen und die Möglichkeiten der Erweiterung von Kenntnissen über die Bundesrepublik Deutschland bestimmen.

Aufgrund dieser Analyse und der Prüfungen haben die Volksbildungsbehörden den Autoren und Verlagen empfohlen, die Arbeit an der Vervollkommenung und Erweiterung der Informationen über die Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen.

Diese Arbeiten gingen in zwei Richtungen: die Korrektur und Erweiterung der Lehrbücher für Geschichte, Geographie und staatsbürgerliche Erziehung sowie die Erarbeitung von speziellen Hilfsmaterialien für Schüler und Lehrer. Seit dieser Zeit wurde der Umfang der Kenntnisse über die Bundesrepublik Deutschland noch vergrößert und ihre Auslegung dem Geiste des Vertrages von 1970 angepaßt. Es wurde auch umfassend die Problematik der KSZE - Schlußakte im Lernprozeß berücksichtigt.

Deshalb wurde ein günstiges Klima für die Tätigkeit der im Februar 1972 berufenen UNESCO-Kommission Volksrepublik Polen - Bundesrepublik Deutschland für Lehrbücher vorbereitet und die unentbehrlichen Bedingungen für die Durchsetzung der Änderungen geschaffen. Gleichzeitig haben die Schul- und Unterrichtsbehörden eine volle organisatorische und finanzielle Unterstützung dieser Kommission gegeben sowie zwei gesamtpolnische Beratungen der Autoren von Lehrbüchern für Geschichte und Geographie (im Dezember 1973 und im Juni 1975), die ausschließlich den Problemen der Verifikation gewidmet waren, organisiert.

Dank dessen wurden bereits in den polnischen Schulbüchern große Veränderungen in den Informationen über die polnisch-deutschen Beziehungen im Laufe der tausendjährigen Nachbarschaft sowie über die Bundesrepublik Deutschland vorgenommen. Das erfolgte in dem Moment, als die UNESCO-Kommission erst die gesamten Empfehlungen im Bereich der Geschichte (7.04.1976) formuliert und gebilligt und sie in polnischer und deutscher Sprache veröffentlicht hat (6.06.1976).

Ich möchte entsprechend dem Thema meines Referats einige Verbesserungen darstellen, die bei der Schilderung der Deutschlandproblematik durchgeführt wurden. Da diese Problematik viel Platz in den polnischen Schulbüchern einnimmt, bin ich gezwungen, mich nur auf einige ausgewählte Beispiele zu beschränken. Den Umfang dieser Änderungen kann die Ausarbeitung für Geschichte, Geographie und Gesellschaftswissenschaften bezeugen, die der westdeutschen Seite zugestellt wurde.

Die uns interessierenden Änderungen der Inhalte über die Geschichte des einstigen Deutschland und über die gegenwärtige Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland sind durch folgende Faktoren bedingt:

- a) die Wechselbeziehungen zwischen den Schulbuchinhalten und den neuen Festlegungen der Wissenschaften;
- b) der Zuwachs von neuen Fakten und Erscheinungen im Laufe der Zeit;

c) das systematische Anwachsen von Informationen über die positiven Kontakte zwischen den Völkern und die Auswahl von Inhalten, die der Erziehung der Jugend im Geiste der gegenseitigen Verständigung und Achtung vor anderen Völkern dienen.

Das letztgenannte Problem ist mit der Arbeit der bilateralen Kommissionen eng verbunden und gerade proportional zu ihrer Tätigkeit. Die von ihnen vorgebrachten Bemerkungen und Postulate zur Verbesserung der Schulbücher für Geschichte und Geographie können in drei Hauptgruppen zusammengefaßt werden.

Zur ersten Gruppe gehören geringfügige faktische Fehler. Dies sind z.B. falsche Daten und Namensangaben (Geschichte), veraltete statistische Angaben (Geographie). Die Korrektur geringfügiger faktischer Fehler, sowie unrichtiger Formulierungen dürfte keine größeren Schwierigkeiten mit sich bringen, vor allem deshalb nicht, da dies Verbesserungen sind, die von keiner Seite bezweifelt werden und die den bisherigen Wortlaut des Textes nicht verändern. Ihre Verwirklichung ist in den künftigen Ausgaben der Schulbücher möglich.

In vielen Schulbüchern wurden auch alle jene Karten geändert, auf denen statistische Angaben verzeichnet sind, die die Entwicklung der Wirtschaft und der Städte veranschaulichen. Man hat auch die Originalnamen der Orte eingeführt, und ihnen die polnische Bezeichnung in Klammern, z.B.: München (Monachium), Aachen (Akwizgran) aus didaktischen Zwecken beigelegt.

In allen polnischen Schulbüchern für Geschichte, Geographie und anderen wird der Name "Bundesrepublik Deutschland" verwendet und nicht der bisherige, allgemein in Polen bekannte "Deutsche Bundesrepublik".

Vom erzieherischen Standpunkt her ist es wichtig, daß überall dort, wo es möglich ist, zwischen dem Begriff "die Deutschen" und "die Hitlerfaschisten" unterschieden wird. So z.B. werden

in dem Lehrbuch für Geschichte, Klasse VIII, von A. Szcześniak viele verabscheuungswürdige Taten der Hitlerfaschisten unterstrichen: z.B. "Die hitlerfaschistischen Einsatztruppen, die in der zweiten Linie hinterherzogen, erschossen die gefangenen polnischen Soldaten, sowie Zivilisten, Angehörige der gesellschaftlichen Organisationen und Pfadfinder ..." (S. 114).

Das ganze Kapitel über die Besatzungspolitik in Polen wurde genannt: "Die Hitlerfaschistische Politik der Ausrottung des Polnischen Volkes". (S. 145 - 150)

Dort aber, wo es möglich ist, bei positiven Taten, wird die Bezeichnung "Deutsche" verwendet, z.B.: "... General Eberhardt (der deutsche Befehlshaber) und dann Kapitän zur See Weniger, Kapitän der "Schleswig-Holstein", haben Major Sucharski ihre Glückwünsche zur tapferen Verteidigung ausgesprochen. Eine Stunde später gab man ihm seinen Offizierssäbel zurück, mit dem Recht, ihn in der Gefangenschaft tragen zu dürfen. Als die Verteidiger der Westerplatte sich auf den Weg in die Gefangenschaft machten, erscholl das Kommando des deutschen Befehlshabers - "Achtung" - und die rastenden deutschen Soldaten und Matrosen erwiesen im Stillstand den vorbeimarschierenden Gefangenen den militärischen Gruß" (S. 120).

Ähnlich sieht es im Schulbuch für Geschichte für die IV. Lyzealklasse von R. Wapiński aus, wo auch die Hitlerfaschisten mit verabscheuungswürdigen Taten belastet werden, z. B.: "... den Hitlerfaschisten ging es um die Vernichtung der ganzen polnischen Führungsschicht, die sowohl Lehrer und markante politische Führer als auch Arbeiter- und Bauernaktivisten umfaßte" (S. 72).

Es ist aber nicht gelungen, in allen Fällen zwischen den Begriffen "Deutsche" und "Hitlerfaschisten" genau zu unterscheiden. Das wird durch die in den Schulbüchern erfaßten deutschen Dokumente aus dem II. Weltkrieg erschwert, in denen man ausschließlich Begriffe "Deutsche" und "im Namen des Deutschen Volkes" gebraucht.

Solche und ähnliche Veränderungen gibt es in den polnischen Schulbüchern sehr viele. Eine wichtigere Rolle spielen jedoch die Änderungen aus der zweiten Gruppe. Das sind die von einer der Seiten beanstandeten Interpretationen von Ereignissen und historischen Prozessen. In einem solchen Fall ist das Problem viel komplizierter, weil ein Teil der Interpretationen auf unterschiedlichen methodologischen Voraussetzungen fußt oder gewissermaßen politisch bedingt ist. Bei gutem Willen aber können auch die Probleme, deren Interpretation nicht einheitlich ist, in einer gemilderten Form dargestellt werden. Dies wird zweifellos einen großen Fortschritt in der Präsentation des Wissens über das andere Land bedeuten.

Als Beispiel könnte man hierfür die Darstellung der Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der NATO erwähnen wie auch das Problem der Remilitarisierung dieses Landes.

In vielen polnischen Schulbüchern wurden auch Texte mit kontroversen Formulierungen entfernt, z.B. in dem 1976 erschienenen Schulbuch "Geschichte" für die VIII. Klasse von A. Szcześniak hat man folgendes Fragment gestrichen: "... Nach der Entstehung der Deutschen Bundesrepublik ergab sich die Notwendigkeit, einen zweiten deutschen Staat mit entscheidend friedlichem Charakter zu gründen" (S. 249 - 250). Im Zusammenhang damit hat man das ganze Unterkapitel umredigiert. In den Informationen über die BRD hat man viele solcher Überarbeitungen vorgenommen, was eine Veränderung des Bildes der BRD in den polnischen Schulbüchern zur Folge hatte.

Eine andere Bewertung ermöglicht, historische Ereignisse richtig zu interpretieren; sie tragen bei den Schülern zur Gestaltung eines objektiveren Bildes der Vergangenheit anderer Völker bei. Hier spielt die dritte Gruppe der vorgenommenen Veränderungen eine wichtige Rolle. Es geht dabei vor allem um die größere Information über das jeweilige Land, über seine Wirtschaft, sowie auch über positive Kontakte mit anderen Ländern. Dieses Problem verursacht aber viele objektive Schwierigkeiten. Dazu gehören u.a. Perzeptionsmöglichkeiten der Schüler, die Beschränkung der

Autoren durch die verbindlichen Schulprogramme und die didaktischen Prinzipien und Konstruktionsprinzipien der Schulbücher. Im Hinblick darauf, daß solche Informationen dem Ziel der weiteren Annäherung zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland dienen können, werden von der polnischen Seite systematisch weitgehende Änderungen durchgeführt, und zwar in der Konstruktion der Schulbücher oder in der Bearbeitung neuer Schulbücher. Die Erweiterung der Informationen über die Bundesrepublik Deutschland umfaßt sowohl die Schulbücher für Geschichte als auch die für Geographie (Ausgabe 1976). Hier wurden die Informationen über die wirtschaftliche Entwicklung der BRD, über die Landwirtschaft, Industriezweige, Verteilung der Bodenschätze, Entwicklung der Städte im Vergleich zu den älteren Schulbüchern wesentlich geändert. In die Schulbücher hat man auch neue Karten mit dem aktuellen Stand und neuen statistischen Angaben eingeführt. Man hat sich auch bemüht, überall die Originalnamen einzuführen. Die die BRD betreffenden Inhalte haben sich im Zusammenhang damit um 40 % erweitert, was natürlich den Umfang des Buches weit vergrößerte. Das andere Lehrbuch für die Geographie (2. Lyzealklasse) kann ähnliche, wenn auch bescheidenere Änderungen aufweisen.

In die neuen Lehrbücher für Geschichte wurden die Texte über die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den sozialistischen Staaten wie auch über die Unterstützung der Regierung der Bundesrepublik für die Entspannungspolitik eingeführt:

"... Wesentliche Veränderungen in der Ostpolitik der BRD fanden statt, als die Opposition in den Wahlen 1969 gesiegt hatte, und als Willy Brandt, der spätere Nobelpreisträger, das Amt des Bundeskanzlers antrat. Im August 1970 wurde in Moskau der Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD unterzeichnet und im Dezember desselben Jahres zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland. Zum ersten Mal hat die BRD die Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa nach dem Kriege anerkannt, darunter auch die polnische Westgrenze und die Grenze zwischen der BRD und der DDR. Sie hat sich auch verpflichtet, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten auf der Basis völliger

Gleichberechtigung zu regulieren. Im Mai 1972, nach monatelangen Diskussionen, hat das westdeutsche Parlament - der Bundestag- die beiden Verträge ratifiziert. Dadurch wurde die Grundlage zur völligen Normalisierung der politischen Beziehungen geschaffen und führte zur Belebung des wirtschaftlichen und wissenschaftlich-kulturellen Austausches ..." (S.250).

(Geschichte für die VIII. Klasse von A.L. Szcześniak, S. 250)
"... Die Möglichkeiten des Fortschritts im Prozeß der Bewältigung der Vergangenheit und des Aufbaus friedlicher Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland wurden während der Konferenz für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki gefunden und waren Folge der dort geführten Gespräche zwischen dem Ersten Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Edward Gierek, und Bundeskanzler Helmut Schmidt. Eine Vereinbarung über die Lösung der langdauernden Probleme, die Gegenstand langfristiger Verhandlungen waren, wurde unmittelbar nach der Konferenz in Helsinki im Geiste ihrer Beschlüsse getroffen. Laut dieser Vereinbarung wurde am 5. Oktober in Warschau ein Abkommen über die Bewilligung eines Finanzkredits und über das langfristige Programm der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit unterzeichnet. Es wurde auch die Stellung zu humanen Problemen - der Familienzusammenführung - vereinbart."

(Staatsbürgerkunde - Red. J. Chechliński.
Ausgabe von 1976, S. 12 - 313)

Abgesehen von den aktuellen Informationen über die BRD werden in den polnischen Lehrbüchern auch die Empfehlungen der UNESCO-Kommission beider Länder eingeführt. Als Beispiel kann man hier die Realisierung des Themas nennen, das laut Punkt 5 der "Empfehlungen" zusammengefaßt wurde: - "Die mittelalterliche deutsche Siedlung im östlichen Mitteleuropa". In den polnischen Schulbüchern, sowohl in dem für die Grundschule (Geschichte für die V. Klasse, Gustaw Markowski, 1976, S. 138 - 141), als auch für die Oberschule (Geschichte für die 1. Lyzealklasse, Jerzy Dowiad, 1975, S. 346 - 353) findet man ausführliche Informationen

über die deutsche Kolonisation, über die Kolonisation nach deutschem Recht und über eine positive Rolle der Siedler in der wirtschaftlich-sozialen Umwandlung der besiedelten Länder.

Ähnlich sieht die Realisierung des 7. Punktes aus: "Die kulturellen und konfessionellen deutsch-polnischen Beziehungen im Zeitalter der Renaissance und Barock". Diese Problematik wurde ausführlich in der Oberschule besprochen (Geschichte für die II. Lysealklasse - Józef Gierowski, Józef Leszczyński. Ausgabe 1976), wo man im Kapitel "Reformation in Polen" über deutsche Einflüsse in Polen und enge Kontakte mit Preußen Königlichen Anteils spricht. (S. 135 - 136). Den Vertretern des deutschen Barocks und den kulturellen polnisch-deutschen Beziehungen sind die Informationen auf den Seiten 197 und 201 gewidmet.

"Einfluß des polnischen Freiheitskampfes auf Deutschland" (Punkt Nr. 7 der "Empfehlungen") wird in dem Lehrbuch für Geschichte für die 7. Klasse - Jerzy Skowronek (1976) und in dem Lehrbuch für Geschichte für die 3. Lyzealklasse - A. Galos, J. Gierowski, J. Leszczyński-behandelt.

Im Lehrbuch für die Grundschule sind es kurze Informationen über einen herzlichen Empfang der polnischen Emigranten in Deutschland (S. 71) und über die Teilnahme vieler Polen an den revolutionären Kämpfen 1848 in Deutschland. In den Gymnasien ist es ein ganzes Unterkapitel, in dem über den freundschaftlichen Empfang der polnischen Aufständischen (S. 66 - 68), das Verhältnis des Frankfurter Parlaments zur polnischen Angelegenheit (S. 127) und den gemeinsamen Kampf der Polen und der Deutschen auf den Barrikaden der Revolutionen 1848 (S. 129 und 143) gesprochen wird.

Außerdem wurde 1976 eine Hilfsbroschüre für die Schüler herausgegeben: "Auf den Barrikaden der Freiheit" von Stanisław Szostakowski. Diese Broschüre enthält eine genaue Beschreibung des Verhältnisses der deutschen Bevölkerung zu Polen, und eine Beschreibung der gemeinsamen Vorbereitungen zur Revolution

(S. 7 - 14). Ein anderes Kapitel beschäftigt sich mit der Revolution in Baden (S. 62 - 70), wobei der gemeinsame Kampf der Polen und der Deutschen stark betont wird.

In dieser Broschüre und in den beiden genannten Schulbüchern sind Illustrationen des herzlichen Empfangs der Polen in Deutschland enthalten.

Die Realisierung der "Empfehlungen" verläuft in Polen erfreulich. In jeder neuen Auflage unserer Schulbücher werden Korrekturen und Ergänzungen eingeführt. Zur Zeit werden 23 von 26 Empfehlungen realisiert und in absehbarer Zukunft haben wir vor, auch die drei letzten zu realisieren. Das wird aber sehr kompliziert sein, denn diese Änderungen verlangen zugleich eine Änderung der didaktischen Konzeption der Schulbücher. Um die Anschauungen beider Seiten darzustellen, müssen die Texte anders gefaßt werden (Zum Beispiel die Rolle des Kreuzritterordens in der Bewertung der polnischen und der westdeutschen Historiographie). Wir vertreten aber die Meinung, daß die Ursachen technischer Art keine Hindernisse auf dem Wege zur Realisierung der Verpflichtungen sein sollten.

In den Schulbüchern für Geographie hat die polnische Seite die Texte über die BRD neu redigiert und sie durch die Einführung vieler Informationen über dieses Land erweitert. Diese Erweiterungen betreffen die Errungenschaften der BRD in verschiedenen Zweigen des Lebens.

Es wurde schon viel getan auf dem Gebiet der Schulbuchrevision. Jeder Erfolg erfreut uns, jede Initiative wird bemerkt und geprüft. Sehr hoch schätzen wir das persönliche Engagement zahlreicher markanter Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben Ihres Landes mit dem Herrn Bundeskanzler an der Spitze.

Mit Aufmerksamkeit haben wir die Diskussion in einigen Ländern registriert wie auch die Absichten, durch ihre Beschlüsse eine breite Grundlage für das praktische Handeln der Regierungen in

den Bundesländern zu schaffen. Aus diesen Diskussionen haben wir diejenigen Stimmen wahrgenommen, die vom tiefen Engagement und Verständnis der Bedeutung der Schulbuchrevision für die Beziehungen zwischen unseren Ländern in der Zukunft zeugen, Wir sind tief überzeugt davon, daß dieser konstruktive und weitblickende Standpunkt die Zusammenarbeit im Bereich der Einführung neuer Inhalte in die Lehrbücher und in den Lehrprozeß dominieren und determinieren wird.

Wir können aber leider jene Stimmen nicht unbeachtet lassen, die aus rein politischen Gründen und aus falschen, partikularen Voraussetzungen, die mit der objektiven historischen Wahrheit nichts zu tun haben, ein Hindernis bilden und den schnellen von uns erwarteten Fortschritt verzögern, Wir sind der Meinung, daß die Errungenschaften der prominentesten Wissenschaftler unserer Länder nicht auf eine willkürliche Art und Weise in Frage gestellt werden können. Für die Menschen guten Willens ergibt sich daraus die Notwendigkeit, eine Überzeugung zu festigen, daß die Ergebnisse der Arbeit der gemeinsamen Schulbuchkommission wirklich objektiv und wissenschaftlich nachprüfbar erarbeitet worden sind.

Wir sollten im Laufe unserer Tagung Formen und Methoden der Zusammenarbeit finden, die diesem Ziel dienlich sein werden.

Wenn wir angesichts dessen beobachten, daß noch die längst überholten sogenannten "Richtlinien zur Ostkunde" aus dem Jahre 1956 sowie die sogenannten "Richtlinien zur Behandlung des Totalitarismus" meistens und weiterhin aufrecht erhalten werden, so wollen Sie bitte das Verständnis für unsere tiefe Beunruhigung aufbringen.

Das seit langer Zeit in Deutschland gestaltete Stereotyp eines Polens ändert sich leider nicht. Die Unterschiede in den Texten, die sich in den neuerscheinenden Schulbüchern bemerken lassen, sind gering und meistens der Realisierung bestimmter politischer Ziele unterordnet. Die Errungenschaften des polnischen Volkes

werden hier unerwähnt gelassen und die Fehler riesenhaft dargestellt. Nur wenige Lehrbücher bemühen sich, den Schülern eine wahre Information zu geben. Zum Beispiel "Die Reise in die Vergangenheit" von Ebeling und Dirkenfeld (1975) und "Fragen an die Geschichte" von Schmidt (1977); das alles ist aber erst ein Anfang. In den anderen finden wir noch Formulierungen, die weit von der Objektivität entfernt sind und desto mehr weit von dem guten Willen zur Verständigung zwischen unseren Völkern.

Deswegen halten wir die Realisierung der Empfehlungen der UNESCO-Kommision für eine Angelegenheit ersten Ranges in dem richtigen Gestalten des Polen-Bildes in den Schulbüchern in der Bundesrepublik Deutschland, für einen Schritt auf dem Wege zur Normalisierung und einen Akt guten Willens.

Diese Problematik stand u.a. im Mittelpunkt der Gespräche während des Besuches von Bundeskanzler Helmut Schmidt in Polen und fand ihren Ausdruck im gemeinsamen Abschlußkommuniqué und im soeben unterzeichneten Kulturabkommen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland.

Die internationale Vervollkommnung der Schulbuchinhalte in Geschichte und Geographie, geführt im Rahmen der internationalen Kulturverträge, wird vom Institut für Lehrpläne des Ministeriums für Bildung und Erziehung geleitet und im Falle der Bundesrepublik Deutschland in Zusammenarbeit mit dem polnischen UNESCO-Komitee.

Richtige und zuverlässige Informationen über die Vergangenheit und Gegenwart, enthalten in den Schulbüchern für Geschichte und Geographie, sind eine der wichtigsten Formen der Annäherung zwischen den Völkern. Wenn man in Betracht zieht, daß das bisherige Wissen über andere Völker in den Schulbüchern nicht vollständig war, gewinnt das Problem der Revision der Lehrinhalte besondere politische Bedeutung. Diese Arbeit wird in Polen nicht nur fortgesetzt, sondern bedeutend intensiviert, denn sie dient vor allem der Entwicklung und Verbesserung der Zusammenarbeit

auf dem Gebiet der nationalen Bildung zwischen Ländern unterschiedlicher Gesellschaftssysteme, der Wirkung auf die Jugend im Geiste der Zusammenarbeit und Freundschaft, der Aktualisierung des Wissens über andere Länder und dem Austausch der Erfahrungen im Bereich der Methodologie der Arbeit an den Schulbüchern.

Die Schulbuchempfehlungen im Prozeß der Normalisierung
zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik
Deutschland

Vortrag des hessischen Kultusministers H a n s K r o l l m a n n,
Präsident der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder

Lassen Sie mich zunächst, ehe ich konkret zur Frage der Schulbuchempfehlungen komme, eine allgemeine Vorbemerkung machen, die den größeren Rahmen aufzeigt, in den das Thema einzuordnen ist. Geschichte und Geschichtsschreibung sind in allen Völkern und Nationen stets unter besonderer Betonung der eigenen, nationalen Geschichte betrachtet und behandelt worden. Das ist ganz natürlich, sieht man es unter dem Aspekt der Bedeutung der Geschichte für die nationale und kulturelle Identität, aber auch ganz einfach unter dem Gesichtspunkt des Interesses an der eigenen Herkunft und derjenigen der unmittelbaren Lebensgemeinschaft, in die man jeweils hineingestellt ist. Auch der Geschichtsunterricht in den Schulen kann daran sicher grundsätzlich nicht vorbeigehen. Er muß freilich, ausgehend von der nationalen Geschichte, darüber hinausweisen, die eigene Geschichte in die größeren Zusammenhänge einordnen, die Geschichte der anderen miteinbeziehen. Sonst besteht nicht nur die Gefahr der nationalen Verengung und Selbstbespiegelung, sondern auch der Selbstüberhöhung und der Pflege von Vorurteilen gegen andere, von Vorurteilen, die meist aus der Unkenntnis, um nicht zu sagen der Ignoranz kommen. Kein Volk ist frei von dieser Gefahr, wie wir wissen.

Speziell zum Verhältnis der Deutschen zu ihrer Geschichte und zur Geschichte insgesamt möchte ich noch eine zusätzliche Bemerkung vorwegschicken: die Zäsuren unserer jüngsten Geschichte, insbesondere die Nazi Herrschaft und der anschließende Zusammenbruch des Staatswesens, haben bei den Deutschen vielfach ein gebrochenes oder zumindest verunsichertes Verhältnis zur Geschichte hervorgerufen, auf jeden Fall aber eine unreflektierte natio-

nalgeschichtliche Identifizierung schwer gemacht. Es gibt bei manchen von uns eine Reaktion auf die hier von mir angesprochene nationale Vergangenheit, die ich einmal als Verabschiedung von der Geschichte bezeichnen will, das heißt eine völlige Reduktion des Geschichtsbewußtseins, ein Sichbeschränken auf das Heute, ein Interessiert-mich-nicht und Geht-mich-nichts-an auf die Fragen nach dem Gestern und dem Woher; eine vielleicht verständliche Haltung für die junge Generation, die nicht fortwährend mit Hypotheken der Väter und Großväter konfrontiert und belastet sein will. Wir können diese Haltung allerdings nicht hinnehmen - und ich sage das vor allem auch als Verantwortlicher für die Schulen in meinem Lande -, weil sie einen Teil der Wirklichkeit, in der wir leben und leben müssen, ausklammert. Es geht darum, auch der jungen Generation die geschichtliche Dimension der Wirklichkeit zu erschließen und gegenwärtig zu machen, ihr Geschichtsbewußtsein zu wecken und zu vertiefen.

Ich verkenne nicht, daß aus der Geschichte und der Beschäftigung mit ihr auch Ressentiments aufsteigen und sich erneuern können. Ich darf an dieser Stelle jedoch auch sagen, daß für die große Mehrzahl der Deutschen heute die eigene leidvolle Erfahrung oder die Befassung mit der Vergangenheit Anlaß sind, die eigene Geschichte kritisch zu reflektieren, nationalistische Einseitigkeit abzulehnen und über die eigenen Grenzen hinauszusehen. Damit sind zugleich die Voraussetzungen dafür gewachsen, nicht nur an der Geschichte und Entwicklung anderer Nationen interessiert zu sein, sondern auch sensibel für ihr Schicksal, ihre Eigenarten und Probleme. Das gilt insbesondere für die europäischen Nachbarvölker, unter ihnen die Polen, mit denen uns eine lange europäische Geschichte verbindet.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nach diesen Vorbemerkungen auf die Bemühungen der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und ihrer gemeinsamen Konferenz zu sprechen kommen.

Seit dem Wiederaufbau eines freiheitlich-demokratischen Staatwesens in Deutschland nach 1945 gehört zu den Lern- und Erziehungszielen des Schulunterrichts, nicht zuletzt des Geschichtsunterrichts und auch des Geographieunterrichts, der Gedanke der Völkerverständigung, der auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert ist. Verständigung zwischen den Völkern gibt es nicht ohne Verständnis, und Verständnis für das andere Volk kann nicht wachsen ohne Kenntnis.

Die Bundesrepublik hat sich aus Gründen, die vielfältig sind, die aber wesentlich auch mit der gemeinsamen freiheitlich-demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung zusammenhängen, von Anfang an stark nach Westen orientiert. Verbunden damit war ein intensiver Austausch auf allen Gebieten mit den westlichen Nachbarvölkern, mit denen wir heute überwiegend in der Europäischen Gemeinschaft vereint sind. Zu dieser allgemeinen Westorientierung kommt, daß Englisch und Französisch (neben Latein) traditionell die Hauptfremdsprachen sind, die bei uns in der Schule gelernt werden. Nach Osten hingegen wirkte sich zusätzlich zu anderen Faktoren die Trennung durch den Eisernen Vorhang seit dem letzten Weltkrieg aus. Bedingt vor allem durch die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme und ihre militärischen Konsequenzen gab es seither mit den östlichen Nachbarvölkern besonders auf kulturellem Gebiet nur einen sehr begrenzten Austausch. Im Rahmen der weltweiten Entspannungspolitik und auch der Vertragspolitik seit 1970 sucht man hier langsam zu Verbesserungen zu kommen. Ich führe Ihnen diese Fakten vor Augen, weil erst vor diesem Hintergrund die Bedeutung der Ostkundeempfehlungen, die die Kultusministerkonferenz bereits im Jahre 1956 beschlossen hat, richtig gewürdigt werden kann. Unabhängig von manchen mehr zeitbedingten Perspektiven, die inzwischen durch die historische Entwicklung überholt oder anderen Auffassungen gewichen sind - wir würden heute übrigens wohl auch eher von Osteuropakunde sprechen -, kommt diesen Empfehlungen das Verdienst zu, den Blick auf Osteuropa und seine Kultur gelenkt zu haben. Die Empfehlungen richteten sich einmal auf die verstärkte Einbeziehung Osteuropas einschließlich Ostmitteleuropas und Süd-

osteuropas in den Schulunterricht - dabei ging es vor allem um den Geschichts-, den Geographie- und den Gemeinschaftskundeunterricht, aber auch um den Sprachunterricht -, zum anderen auf Lehre und Forschung an den Hochschulen.

Die Kultusministerkonferenz hat später im Jahre 1973 eine Erklärung zu diesen Empfehlungen abgegeben und darin festgestellt, daß die Empfehlungen, unbeschadet der in ihnen enthaltenen unverändert gültigen Grundsätze und sachlichen Aussagen, heute nicht mehr in ihrer Gesamtheit Grundlage von aktuellen Maßnahmen der Kultusverwaltungen der Länder sind. Die Kultusministerkonferenz hat jedoch gleichzeitig die in den Empfehlungen von 1956 festgestellte Notwendigkeit einer vertieften Beschäftigung in den Schulen und Hochschulen mit den Sprachen, den Kulturen und der Geschichte der osteuropäischen Völker sowie den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in Osteuropa noch einmal bestätigt und unterstrichen.

Meine Damen und Herren, wie aus diesen Stellungnahmen der Kultusminister, aber auch aus den Lehrplänen und der Unterrichtspraxis in den Ländern hervorgeht - und ich möchte einen großen Teil der Schulbücher hier miteinbeziehen -, treffen die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen und die mit ihnen zusammenhängende Diskussion nicht auf einen völlig unvorbereiteten Boden. Es scheint mir wichtig, einmal auf diesen Tatbestand hinzuweisen.

Über die Frage deutsch-polnischer Schulbuchempfehlungen hat die Kultusministerkonferenz, wie ich hier weiter berichten darf, in ihrem Schulausschuß Anfang 1973 einen ersten Meinungsaustausch durchgeführt. Der Schulausschuß hat sich bei dieser Gelegenheit insbesondere mit der Vereinbarung zwischen den UNESCO-Kommissionen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen vom 17. Oktober 1972 über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schulbuchrevision befaßt und dabei festgestellt, daß die Intentionen, von denen die Arbeit an diesen Vereinbarungen getragen war, zu begrüßen sei. Das Präsidium der Kultusministerkonferenz hat die entsprechend dieser Vereinbarung vom 17. Oktober 1972

gebildete gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission dann am 18. April 1975 zu einem Meinungsaustausch empfangen, wobei es zu einem offen geführten Gespräch über zahlreiche Aspekte der Thematik kam. Ein gemeinsames Votum der Kultusministerkonferenz zu den nun vorliegenden Empfehlungen der Schulbuchkommission gibt es nicht. Daß hier teils unterschiedliche Auffassungen bestehen, ist aus der öffentlichen Diskussion bekannt. Sie dürfen jedoch davon ausgehen, meine Damen und Herren, daß alle Länder den von der Kommission durchgeführten Austausch von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Auffassungen zur Geschichte der Deutschen und der Polen und ihrer gemeinsamen Beziehungen positiv sehen und als einen für beide Seiten fruchtbaren Weg betrachten, der auf möglichst breiter Basis fortgesetzt werden sollte.

Hinsichtlich der Umsetzung der Empfehlungen - ich möchte das hier ganz offen aussprechen -, hat es inzwischen von der einen und der anderen Seite kritische Äußerungen gegeben. Von polnischer Seite ist die Besorgnis ausgesprochen worden, die Länder würden sich nicht ernstlich bemühen, die Empfehlungen in Richtlinien für den Schulunterricht umzusetzen. Auf deutscher Seite ist in der Öffentlichkeit, aber auch von einigen Ländern Kritik an einzelnen Teilen und Formulierungen der Empfehlungen wie auch an bestimmten Zügen des Verfahrens geübt worden. Lassen Sie mich zunächst ein Wort zu den polnischen Erwartungen sagen: diese sollten die besonderen rechtlichen Gegebenheiten berücksichtigen, die in der Bundesrepublik im Unterschied zu Polen bestehen.

Nach unserer föderativen Verfassung sind die einzelnen Länder bei der Gestaltung des Schulwesens autonom. Sie können auch nicht durch Abkommen, die die Bundesregierung mit Regierungen anderer Nationen schließt, in ihrem Kompetenzbereich zu einem bestimmten Verhalten verpflichtet werden. Die Bundesregierung kann in solchen Fällen - und das gilt auch für das deutsch-polnische Kulturabkommen - nur die Zusage geben, auf die Länder in geeigneter Weise einzuwirken, um bestimmte Ziele zu fördern. Zwangsmittel stehen ihr dazu nicht zur Verfügung. Es scheint mir wichtig, die polnische Seite immer wieder auf diese rechtlichen Zusammenhänge aufmerksam

zu machen. Auf der anderen Seite wäre es jedoch verkehrt, allein aufgrund dieser Rechtslage die Ernsthaftigkeit des deutschen Willens bei der Behandlung der Schulbuchempfehlungen in Frage zu stellen. Ich bin sicher, daß die Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission - und es handelt sich ja um Empfehlungen und keine Anweisungen - in allen Ländern bei der Gestaltung der Lehrpläne wie bei der Behandlung des Unterrichtsstoffes durch den einzelnen Lehrer ihre Beachtung und Berücksichtigung finden. Das gilt für die gemeinsam gewonnenen wissenschaftlichen Ergebnisse wie auch für jene Teile der Empfehlungen, in denen die besondere Sicht jeder Seite, der deutschen und der polnischen, dargestellt wird. Es wird, wo es um Fragen der geschichtlichen Wahrheit geht, nach unserem pluralistischen Wissenschaftsverständnis immer um die Heranziehung aller Aspekte und Fakten gehen, die zur Erhellung geschichtlicher Ereignisse und Zusammenhänge beitragen. Ich glaube, es wäre ein Mißverständnis, wenn man Empfehlungen wie die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen im Sinne einer Sprachregelung oder Dogmatik verstehen würde. Sie geben einen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse oder auch Ansichten wieder, die - wie es wissenschaftlichem Geist entspricht - differenziert gesehen und bewertet werden können, stets kritisch zu überprüfen sind und gegebenenfalls auch neuer und besserer Erkenntnis weichen müssen. Wir wissen, daß einige Länder und Kultusverwaltungen verschiedenen Teilen, Formulierungen und Darstellungszusammenhängen der Empfehlungen nicht folgen können. Die Argumente und Gründe sind im einzelnen bekannt. Daß muß den Empfehlungen - verstehen wir ihre Rolle richtig - jedoch nicht grundsätzlich Abbruch tun. Sie sind als solche wichtige Elemente für die wissenschaftliche Diskussion und für einen wissenschaftsbestimmten Unterricht, wie wir ihn verstehen, bei der Behandlung Polens und des deutsch-polnischen Verhältnisses.

Meine Damen und Herren, der Präsident der Kultusministerkonferenz kann nicht für die übrigen Kultusminister und die jeweilige Landespolitik politische Erklärungen abgeben. Er kann nur versuchen, den Beratungsstand der Konferenz aus seiner Sicht zu erläutern.

tern. Meine Aufgabe war es auch, dazu beizutragen, daß in dieser Frage nicht falsche Vorstellungen, aber auch falsche Besorgnisse aufkommen, die der gemeinsamen Sache nicht dienlich sind. Die Kultusministerkonferenz ist gegenwärtig bemüht, einen weiteren eigenen Beitrag zum deutsch-polnischen Dialog zu leisten. Sie bereitet im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt eine Informationsreise polnischer Schulbuchexperten, -verleger und -autoren in der Bundesrepublik vor. Das Besuchsprogramm sieht vor, daß die polnischen Gäste Gelegenheit haben, sich mit dem Präsidium der KMK, mit Kultusverwaltungen in mehreren Ländern der Bundesrepublik, mit deutschen Schulbuchautoren und -verlegern und mit Vertretern pädagogischer Fachverbände und Fachwissenschaften über grundsätzliche Fragen der Herstellung und Genehmigung von Lehr- und Lernmitteln zu unterhalten und über die Möglichkeiten, den Stand und die Perspektiven der Umsetzung der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen zu informieren. Ich hoffe sehr, daß diese Gespräche zum besseren Verständnis und zu einer Würdigung der beiderseitigen Bemühungen, aber auch der unterschiedlichen Positionen beitragen und damit zugleich dem Ziel dienen, dem auch die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen gelten sollen: der Verständigung und dem Frieden zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk.

Ich möchte nun aber nicht versäumen, auch noch einige Bemerkungen aus der Sicht des hessischen Kultusministers oder - wenn Sie wollen - auch persönlicher Natur anzufügen.

Ich muß gestehen, daß mir das gestellte Thema "Die Schulbuchempfehlungen im Prozeß der Normalisierung zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland" ein gewisses Unbehagen bereitet hat. Einmal, weil mir angesichts der ungeheuren Belastungen des deutsch-polnischen Verhältnisses in der jüngsten Geschichte der Begriff "normaler" Beziehungen - so wie wir sie etwa zur Schweiz haben - nicht recht angemessen erscheint und weil mir zweitens im Wort "Normalisierung" etwas Technokratisches zu stecken scheint, als käme es hier nur auf die rechten

Methoden und Verfahrensweisen an. Deshalb meine Bemerkung, die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen müßten als Beitrag zur Verständigung, zum Frieden und damit letztlich zur Annäherung der beiden Völker verstanden werden. Daß es sich um einen gewichtigen und wesentlichen Beitrag handelt, zeigt ja eben die große Beachtung, die er nun schon über lange Zeit findet -weit mehr als die vielen anderen Empfehlungen, die das Braunschweiger Institut über das Verhältnis zu anderen Völkern früher publiziert hatte und die meist nur unter Experten diskutiert wurden.

Über das, was ich zum Charakter und Zustandekommen der Empfehlungen bereits ausgeführt habe, möchte ich den polnischen Historiker Tadeusz Jedruszak (nach Beltz-Leserdienst, Weinheim 1977) zitieren: "Die Empfehlungen sind nach mehreren Jahren lebhaften Meinungsaustausches zwischen beiden Seiten in einer Atmosphäre nicht frei von Spannungen entstanden, bei gleichzeitigem sachlichen und kompetentem Verhalten sowie im Bestreben, eine gemeinsame Anschauung der deutsch-polnischen Beziehungen und der Geschichtsproblematik zu finden. Oft mußte man bei der allgemeinen Bedeutung der Streitfrage bleiben oder Meinungsverschiedenheiten registrieren. Im zeitraubenden Suchen nach der entsprechenden Fassung und Formulierung, auf die sich beide Partner einigten, trägt der präzisierte Text Merkmale eines deutlichen Kompromisses, voller Absicherungen und vorsichtiger Vorbehalte, interessant, trotzdem etwas unruhig, ohne jede schärfere und gegensätzliche Beurteilung, welche wir ja so oft bei der Geschichtsschreibung beider Länder finden.

Der Text ist bisweilen inkonsequent und spricht zum Leser nicht nur mit dem, was er enthält, sondern auch mit vielem, was er verschweigt ... Das Dokument wurde im Geiste einer Partnerschaft formuliert. Es ist vollkommen klar, daß man bei dieser Art Abfassungen, die von den üblichen verbreiteten Ansichten und Gewohnheiten beider Seiten abweicht, nicht damit rechnen kann, daß man sofort auf allgemeines Verständnis stößt; es müssen und werden Diskussionen, sogar Proteste hervorgerufen werden."

In ganz ähnlichem Sinne hat sich auf deutscher Seite als bedeutender Sachkenner Professor Gotthold Rhode (z.B. in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 31.1.1977) geäußert.

Nicht der Kompromißcharakter der Empfehlungen kann erstaunen, sondern das Ausmaß an konkreten, deutlichen und dennoch einvernehmlichen Aussagen. Wer den Kompromiß ablehnt, ist nach meiner Auffassung entweder naiv oder er will eben das ganze Unternehmen von vornherein nicht. Andere Kritiker auf deutscher Seite übersehen, daß es hier um einen Text für Schulbuchhistoriker geht und nicht um staats- und völkerrechtskundliche Seminararbeiten. Und scholastische Haarspaltereien, die Anstoß an dem Terminus "zwangsumgesiedelt" statt "vertrieben" nehmen, kann ich beim besten Willen nicht nachvollziehen. In einem von der polnischen Seite akzeptierten Text steht jedenfalls klipp und klar, daß in den ehemaligen Reichsgebieten 8,5 Millionen Deutsche lebten, die ihre Heimat unfreiwillig verlassen mußten. Mir scheint es richtiger, Gustav Heinemann zu folgen, der zum 30. Jahrestag des Kriegsausbruches u.a. sagte: "Als neue Gewohnheit gilt es einzuüben, einen Konflikt auch mit den Augen des Gegners zu beurteilen. Zu den neuen Spielregeln muß die Bereitschaft zum Kompromiß gehören, die eine Selbstbehauptung um jeden Preis mit der Entschlossenheit vertauscht, eine von Generation zu Generation ererbte Feindseligkeit durch einen neuen Anfang auf beiden Seiten zu ersetzen. Zu den neuen Verhaltensweisen wäre zu rechnen, an der Angst und der Trauer, an dem Stolz und an der Empfindlichkeit des Gegners Anteil zu nehmen."

Hierfür scheinen mir die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen eine gute Hilfe zu sein. Sie sind eine wesentliche Konkretisierung des Art. 4 des zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen am 11.6.1976 geschlossenen Kulturabkommens, der die große Bedeutung der Schulbücher für die Jugenderziehung hervorhebt und die Vertragsparteien zur Fortsetzung ihrer Bemühungen verpflichtet, in den Schulbüchern eine Darstellung der Geschichte, Geographie und Kultur der anderen Seite zu erreichen,

die eine umfassendere Kenntnis und ein besseres gegenseitiges Verständnis fördert. Daß es sich dabei in einer föderal verfaßten Demokratie eben nur um Empfehlungen handeln kann und nicht um eine Art verbindlicher Sprachregelung, versteht sich für uns von selbst, und dies müssen wir auch der polnischen Seite gelegentlich geduldig erklären, wenn sie aus ihrem Staats- und Gesellschaftsverständnis heraus Schwierigkeiten hat, die komplizierten und unübersichtlichen Umsetzungsprozesse in unserem Lande oder, besser gesagt, in unseren Ländern der Bundesrepublik zu begreifen. Auch wenn die Empfehlungen keinen amtlichen Charakter haben, gehen dennoch wesentliche und wirkungsvolle Impulse von ihnen aus für die Behandlung der so komplizierten und zeitweise tragischen Beziehungsgeschichte der beiden Völker in den Schulen.

Ein Fehlschluß wäre es, wenn man die vor der Formulierung der Empfehlungen genehmigten Schulbücher für nationalistisch oder gar revanchistisch halten wollte. Auch vorher ist von den Ländern die Verpflichtung zur Völkerverständigung und zur Erziehung zum Frieden bei der Schulbuchprüfung wohl überall ernst genommen worden. Aber die Beteiligung des polnischen Partners konnte den Blick schärfen für Defizite unserer notwendigerweise eingeengten Sicht im Sinne der eben von mir zitierten Auffassung von Gustav Heinemann.

Ein anderes Mißverständnis wäre es, wenn man etwa die vollständige Umsetzung der Empfehlungen in Schulbuchtexte erwartete. In einem Geschichtsbuch ist auf 200 bis 300 Seiten die Weltgeschichte mehrerer Jahrhunderte zu behandeln, wobei beispielsweise die deutsch-russischen, die deutsch-französischen, die deutsch-belgischen Beziehungen und so fort eine angemessene Berücksichtigung verlangen. Trotzdem können die Empfehlungen für die Konzeption eines Geschichtsbuchautors und seine Entscheidungen über Schwerpunktsetzungen und die Art der Darstellung aber ganz wesentliche Hilfen geben. Ebenso hilfreich sind sie für die Lehrplangestalter und die Lehrer selbst. Der geschäftsführende Direktor des Georg-

Eckert-Instituts hat dazu am 19.7.1977 in einem Brief u.a. folgendes ausgeführt:

"Diese Texte, die aus der Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Pädagogen aus der Bundesrepublik und Polen seit 1972 hervorgehen, sind selbstverständlich nicht dazu bestimmt, wären auch kaum dafür geeignet, unmittelbar in Schulbücher übernommen zu werden. Sie wollen Autoren und Verlagen in beiden Staaten eine fachwissenschaftliche Orientierung geben, den bisher erreichten Grad der Übereinstimmung dokumentieren und nicht zuletzt dazu beitragen, das Verständnis für die Notwendigkeit der Achtung vor den Schicksalen und Leistungen der Völker im Interesse eines friedlichen Zusammenlebens zu fördern."

Konkrete Beispiele zeigen schon jetzt ganz deutlich, daß die Empfehlungen für die Schulbuchproduktion in der Bundesrepublik Deutschland bereits fruchtbar geworden sind, und ihren Niederschlag in neueren Schulbüchern und in Neubearbeitung älterer Werke finden. Ich bin sicher, daß sie auch weiter ihre Wirkung zum Nutzen des Völkerfriedens entfalten werden, indem sie Unkenntnis, Unverständnis, Einseitigkeit, Voreingenommenheit und Vorurteil auf beiden Seiten entgegenwirken.

Bericht aus der Arbeit der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission

Berichterstatter: Professor Dr. W l a d y s l a w
M a r k i e w i c z , Vorsitzender der Delegation der VR Polen
in der gemeinsamen Schulbuchkommission

Es hätte - wie ich meine - keinen Zweck, in dieser Äußerung an die Bedeutung der Tatsache zu erinnern, daß nach über vierjähriger mühsamer Arbeit von Experten aus der VR Polen und der BRD gemeinsame Empfehlungen der Schulbuchkommission veröffentlicht worden sind. Auch die Gegner der Empfehlungen verbergen nicht, das dies in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen ein Präzedenzfall ist, wobei sie diesen Präzedenzfall jedoch für schädlich und gefährlich halten. In meinem Referat möchte ich auf die Vorwürfe und kritischen Bemerkungen den "Empfehlungen" gegenüber näher eingehen, weil nach der erfolgreichen ersten Arbeitsetappe, das heißt, nach der endgültigen Redaktion und Veröffentlichung der "Empfehlungen", die Einführung dieser Empfehlungen in die Schulpraxis ein vorrangiges, unaufschiebbares Problem wird. Alle Unklarheiten hinsichtlich des inhaltlichen Wertes und der politischen Bedeutung der "Empfehlungen" müssen sich, selbstverständlich, auf den Prozeß der Verwirklichung im Schulsystem beider Länder hemmend auswirken.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden die "Empfehlungen" und die Einstellung ihnen gegenüber zu einem Element eines spezifischen politischen Spiels; deshalb ist dort der Umfang und die Intensität der an den "Empfehlungen" geübten Kritik bedeutend größer als in Polen. Die polnische Öffentlichkeit hat die Ausarbeitung der "Empfehlungen" eindeutig als großen Erfolg der Politik der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland angesehen, die Fachkritik hält den Empfehlungen lediglich kleine Mängel vor, deren sich die Verfasser übrigens größtenteils bewußt sind. Die meisten gegen die "Empfehlungen" gerichteten Einwände und Vorwürfe wiederholen sich immer wieder, obwohl Sprecher der Schulbuchkommission in zahlreichen öffentlichen Äußerungen darauf geantwortet und Unklarheiten erläutert haben. Es bleibt nichts anderes übrig, als zu den von

unseren Opponenten vorgebrachten Einwänden wiederholt Punkt für Punkt Stellung zu nehmen, in der Hoffnung, daß es uns vielleicht diesmal gelingt, sie zu überzeugen.

Sowohl in der Volksrepublik Polen als auch in der Bundesrepublik Deutschland neigen einige Pädagogen und Laien dazu, die Bedeutung der "Empfehlungen" zu minimalisieren, indem sie behaupten, daß dem Lehrbuch gegenwärtig im Erziehungsprozeß und in der Schulausbildung eine immer geringere Bedeutung zukommt. Als Antwort auf diese skeptischen Bemerkungen sollte man - wie ich meine - folgende Argumente anführen:

1. Wie die Erfahrungen von Ländern zeigen, in denen versucht worden ist, auf das Lehrbuch als Hauptwerkzeug im Schulunterricht zu verzichten und es durch sogenannte audiovisuelle Mittel zu ersetzen, ist diese Innovation mißlungen. Auf längere Sicht halten nämlich weder die Lehrer noch die Schüler die psychische Belastung aus, der sie durch die ermüdende Einwirkung der visuellen Technik ausgesetzt sind, wenn diese übermäßig Tag für Tag und fast in jeder Unterrichtsstunde dosiert wird. Im Zusammenhang damit haben im Juli 1976 in Köln auf der internationalen Konferenz über multilaterale Zusammenarbeit bei der Säuberung der Lehrbücher von nationalistischen Einflüssen die Vertreter aus neun Ländern es für notwendig anerkannt, daß das Lehrbuch seine ursprüngliche Bedeutung wiedergewinnt.
2. Die Anwendung audiovisueller Mittel in der Schul- und außerschulischen Didaktik in vernünftigem Ausmaße schränkt die Rolle des Lehrbuches durchaus nicht ein, sondern erhöht im Grunde genommen dessen Bedeutung. Bei näherer Betrachtung stellt es sich nämlich heraus, daß das sowohl durch Rundfunk und Fernsehen als auch durch Lexika und Wörterbücher vermittelte Wissen meistens eine Transposition par excellence von Lehrbuchwissen darstellt.
3. In den auf den einzelnen Tagungen der Schulbuchkommission gefaßten Beschlüssen wurde mehrfach betont, daß die Benennung der Kommission rein konventionell ist, daß die von der Kommission ausgearbeiteten Empfehlungen sich nicht nur auf Schulbücher beziehen, sondern auf alle Lehrmittel, die von Lehrern

und Schülern in Anspruch genommen werden.

Von äußerst unangenehmen Charakter sind die in der Presse und öffentlichen Äußerungen starrsinnig wiederholten Insinuationen gegenüber Mitgliedern der gemeinsamen Schulbuchkommission. Sie bezwecken, in der öffentlichen Meinung das Vertrauen zu Menschen zu untergraben, die, von edlen Beweggründen geleitet, beschlossen haben, uneigennützig ihr Wissen und ihre Zeit der großen Sache der Erziehung der Jugend in Polen und der Bundesrepublik im Geiste der gegenseitigen Verständigung und Versöhnung zu widmen.

Über das politische Antlitz der polnischen Expertengruppe hat die bundesrepublikanische Presse geschrieben, daß sie von dem kommunistischen Regime sorgfältig unter Parteiaktivisten, darunter auch Mitgliedern des Zentralkomitees, gewählt worden ist. Das Tückische von Erklärungen dieser Art beruht darauf, daß sie faktisch an den in der Zeit des kalten Krieges kompromittierten blinden Antikommunismus anknüpften, indem sie suggerierten, ein Kommunist - wenn er auch Gelehrter ist - könne kein objektiver und ehrlicher Mensch sein und müsse blind die Aufträge seiner Machthaber ausführen. Ein polnischer Kommunist könne von Natur aus sich nicht aus freiem Willen für die authentische Annäherung mit dem deutschen Volk einsetzen. Daß es dabei darum ging, in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik Deutschland eben solche Ressentiments hervorzurufen, zeugt die Tatsache, daß die Personen, die die polnische Expertengruppe als politisch monolith dargestellt haben, sich nicht die geringste Mühe gegeben haben, diese Denunziation empirisch zu überprüfen, obwohl sie dies leicht hätten tun können. So ist zum Beispiel die Zusammensetzung des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei fast in der ganzen polnischen Presse veröffentlicht worden. Auch die Parteimitgliedschaft ist kein Geheimnis, und von der ideologischen und weltanschaulichen Orientierung der polnischen Experten zeugen deren Veröffentlichungen. Die Wahrheit vom pluralistischen Charakter des polnischen Teils der gemeinsamen Schulbuchkommission lag also auf der Hand, und es bedurfte wirklich eines großen Maßes an bösem Willen, um dies nicht wahrnehmen zu wollen. Soweit ich orientiert bin, hat keiner der Verkünder dieser "Revelationen" seine Behauptungen

dementiert; deshalb kann mit Grund befürchtet werden, daß Versuche einer politischen Dämonisierung der polnischen Experten in der Bundesrepublik Deutschland leider weiterhin fortgesetzt werden.

Wenn in dieser Situation die polnischen Mitglieder der Kommission eines Trostes bedürften, so könnte das der Umstand sein, daß ihre deutschen Kollegen von ihren Landsleuten noch schlimmer behandelt worden sind. Es wird ihnen nämlich sowohl das Fehlen politischer Repräsentanz als auch fachlicher Kompetenz vorgeworfen. Diese ungerechten und nicht dem Tatbestand entsprechenden "Vorwürfe" wurden von objektiven Beobachtern wiederholt demontiert, werden aber immer noch hartnäckig wiederholt.

Mit Bedauern muß ich feststellen, daß auch in Polen eines der Mitglieder der deutschen Expertengruppe von einigen Journalisten ungerecht beurteilt wurde. Ich denke aber, daß es uns gelungen ist, ihm Satisfaktion zu geben, indem wir in unserer Presse den Artikel veröffentlichen ließen, der die Ursache der ungerechten Kritik gebildet hatte.

Versuche, in politischer, fachlicher und moralischer Hinsicht die gemeinsame Schulbuchkommission zu diskreditieren, bilden eine Voraussetzung zur Formulierung der These, daß eine *s o l c h e* Kommission nicht in der Lage war, objektivem und wissenschaftlichem Standard entsprechende Empfehlungen auszuarbeiten. Wenn man also diese Empfehlungen als verbindlich ansehen wollte, würde man den in den Schulbüchern bestehenden Sachverhalt in Wirklichkeit verschlechtern, was der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland nicht dienlich wäre, sondern im Gegenteil, dieser Normalisierung Schaden zufügen würde. Die angeblichen Befürworter der reinen Wahrheit machen den Verfassern der Empfehlungen folgende Vorwürfe:

1. Es wird behauptet, die Empfehlungen enthielten keine volle ausführliche Darstellung der Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen, oder auch der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland. Die Unbegründetheit

dieses Vorwurfs, der von Naivität beziehungsweise von schlecht verborgenem bösen Willen der Kritiker zeugt, beruht darauf, daß jedes Lehrbuch - auch ein Universitätslehrbuch - in seinem Wesen eine vereinfachte, unvollständige Darstellung bringt und sich dadurch von einer wissenschaftlichen Monographie unterscheidet. Außerdem müssen die an Schulbuchautoren und Lehrer adressierten Empfehlungen notwendigerweise thesenartig verfaßt sein, es wird nämlich - vielleicht zu optimistisch - vorausgesetzt, daß die Betreffenden bereits über ein bestimmtes Wissensquantum über das Lehrfach verfügen, das diese Empfehlungen betrifft. In Wirklichkeit informieren die Empfehlungen in ihrer kondensierten Form umfangreicher und eingehender über die Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen als bisher irgendein Geschichtslehrbuch. Außerdem waren sich die Verfasser der Empfehlungen bewußt, daß manche Probleme zu lakonisch und oberflächlich behandelt worden sind und sprechen sich in der Schlußakte der Schulbuchkonferenz für die Veranstaltung wissenschaftlicher Seminare zu bestimmten Themen aus. Zwei wissenschaftliche Konferenzen dieser Art - über den Deutschen Orden und die antifaschistische Widerstandsbewegung in Polen und Deutschland - haben, wie bekannt, bereits stattgefunden, weitere Konferenzen werden kontinuierlich organisiert. Die Materialien dieser Konferenzen sollen eine Ergänzung der Empfehlungen bilden.

2. Parallel dazu, wie die einzelnen Ergänzungen zur älteren Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen veröffentlicht wurden und der Schwerpunkt der Arbeit der Kommission sich auf die neueste Problematik zu bewegte, vergaßen die Kritiker der Empfehlungen oft ihre früheren Einwände und begannen ihre Aufmerksamkeit fast ausschließlich auf die Festlegungen zur Zeitgeschichte zu konzentrieren. Den letzten sechs Empfehlungen wird direkt vorgeworfen, die geschichtliche Wahrheit bewußt zu fälschen, weil die deutschen Experten dem "Diktat polnischer Marxisten" nachgegeben hätten. Ein Beweis für diese Fälschung sei vor allem die Tatsache, daß in den "Empfehlungen" bestimmte Ereignisse nicht berücksichtigt worden sind, die auf die gegenseitigen Beziehungen zwischen Polen und dem Dritten Reich

zweifelloos einen Einfluß ausgeübt haben, obwohl eine der Seiten dabei nicht als Partner auftrat. Es handelt sich in erster Linie um den Ribbentrop-Molotow-Pakt und die sogenannte vierte Teilung Polens. Wir haben wiederholt erklärt, daß eines der Grundprinzipien unserer gemeinsamen Arbeit die Beachtung des Prinzips der Bilateralität ist. Der Ribbentrop-Molotow-Pakt war eine deutsch-sowjetische Angelegenheit, und ihre Einschätzung für den Schulbuchgebrauch sollte von Experten aus der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland vorgenommen werden. Es ist charakteristisch, daß die Kritiker, die bemerkt haben, daß die Frage des Ribbentrop-Molotow-Paktes in den "Empfehlungen" nicht berücksichtigt worden ist, niemals Zweifel hegten, daß in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Bilateralität in den Empfehlungen auch das Münchener Abkommen nicht berücksichtigt worden ist. Die Verfasser der Empfehlungen waren sich von Anfang an im klaren, daß sich sowohl die Schulbuchautoren als auch die Lehrer nicht sklavenhaft an die Empfehlungen halten werden und darüber hinaus gehen werden, was in den Empfehlungen expressis verbis enthalten ist. Wir verheimlichen nicht, daß wir nicht daran interessiert sind, dem polnischen Schüler eine solche Interpretation der Beziehungen zwischen dem Dritten Reich und der UdSSR zu vermitteln, die dem polnisch-sowjetischen Bündnis Schaden zufügen würde. Andererseits bringen wir dem Umstand Verständnis entgegen, daß zum Beispiel die Schüler der Bundesrepublik nicht an drastische Einzelheiten der Behandlung deutscher Kriegsgefangener in französischen Lagern erinnert werden.

3. Der zweite von den Gegnern der "Empfehlungen" am häufigsten geäußerte Vorwurf, der davon zeugen soll, daß darin die geschichtliche Wahrheit entstellt wird, ist die angeblich falsche Darstellung des Problems der Bevölkerungsverschiebungen nach dem II. Weltkrieg. Fortwährend redet man uns als Verfassern der "Empfehlungen" ein, daß wir das Wort "Vertreibung" durch die euphemistische Bezeichnung "Transfer" ersetzt haben, um dadurch die Tragödie der zum Verlassen ihrer Heimat gezwungenen Menschen zu verbergen. Es genügt aufmerksam und im Ganzen

und nicht in besonders gewählten Fragmenten - wie das unsere Kritiker tun - die Empfehlung Nr. 22 durchzulesen, um sich zu überzeugen, daß die uns unterstellten Absichten einfach erfunden sind.

In den Diskussionen, die um die "Empfehlungen" entbrant sind, als die Frage deren Einführung in die Schulpraxis beider Länder auf die Tagesordnung rückte, wurde das Problem des Charakters der Empfehlungen und im gleichen Maße auch deren Pflichtmäßigkeit erhoben. Es gab u.a. Versuche, den Begriff "zalecenie" - "Empfehlung" selbst zu interpretieren, was sogar innerhalb der gemeinsamen Kommission Mißverständnisse hervorgerufen hat. So wurde zum Beispiel in manchen öffentlichen Äußerungen betont, daß "zalecenie" ("Empfehlung") nicht der "Anweisung" oder dem "Auftrag" entspricht, auch nicht der "Anordnung" und bestimmt nicht dem "Befehl", und wer weiß, ob sogar die Bezeichnung "Richtlinien" (wytyczne kierunkowe) inhaltlich dem Begriff "Empfehlung" (zalecenie) entspricht. Die - manchmal ein wenig sophistischen - Überlegungen mancher unserer deutschen Kollegen über den Sinn des Begriffs "Empfehlung" wurden von einem Teil der öffentlichen Meinung in Polen als Versuch verstanden, die Bedeutung der "Empfehlungen" zu minimalisieren und deren verbindliche Kraft weitgehend zu beschränken.

Meiner Ansicht nach ist es überflüssig, für das Wort "zalecenie" "Empfehlung" Ersatz- oder Ergänzungsbezeichnungen zu suchen, es genügt vollkommen, wenn wir uns an die Implikation halten, die das Wort in beiden Sprachen enthält. Und zwar: wenn jemandem im Zusammenhang mit seinem bisherigen Handeln etwas empfohlen (zalecać) wird, so wird er damit darauf aufmerksam gemacht, daß sein Handeln nicht richtig oder sogar schädlich war, und daß er dieses Handeln unterlassen sollte. Gleichzeitig schlägt man ihm vor, sich zu anderem Handeln zu entscheiden, das wünschenswerter und günstiger ist und zum erwünschten Ziel führt. Das Wort "zalecenie" ("Empfehlung") enthält also sowohl rationale Implikationen als auch eine moralische Bewertung. Die Experten können wegen ihrer ehrenamtlichen Stellung lediglich empfehlen,

oder - wenn schon jemand dringend einen Ersatzbegriff finden will - sie können rekommandieren, aber sie können nicht verfügen oder befehlen. Die Verfügungsgewalt obliegt der Kompetenz der Exekutivorgane - im Falle von Schulbüchern sind es in der Bundesrepublik Deutschland die Landesregierungen, in der Volksrepublik Polen das Ministerium für Bildung und Erziehung. Eben diese Organe können v e r f ü g e n oder a n - o r d n e n, daß die Verleger, Schulbuchautoren und Lehrer diese "Empfehlungen" respektieren. Sie können auch - wie das bereits einige Landesregierungen getan haben - die "Empfehlungen" ablehnen, indem sie den Standpunkt vertreten, daß der bestehende Sachverhalt zufriedenstellend ist, jedenfalls besser als nach einer eventuellen Verwirklichung der "Empfehlungen". Es ist zu verstehen, daß diesen Standpunkt die Gegner einer Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland vertreten, aber in diesem Fall sollten sie sich nicht beleidigt fühlen, wenn man sie als Revanchisten bezeichnet. Dagegen kann man die Elastizität des Gewissens derjenigen Gegner der "Empfehlungen" bewundern, die diese "Empfehlungen" ablehnen und gleichzeitig der Meinung sind, daß der bestehende Sachverhalt eben im Namen der Versöhnung beider Völker verbessert werden sollte. Dieser Standpunkt entbehrt jeglicher Logik und Grundsätzlichkeit.

Durch die Vorstellung des angeführten Registers kritischer Einwände und Vorwürfe, die gegen die "Empfehlungen" und deren Verfasser mit der deutlichen Tendenz gerichtet werden, den Normalisierungsprozeß zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland zu erschweren, möchte ich nicht den Eindruck erwecken, daß ich die Frage der Einführung der "Empfehlungen" in die Praxis für hoffnungslos halte. Im Gegenteil, die der gemeinsamen Schulbuchkommission erteilte Unterstützung seitens führender Politiker, die positive Einstellung gegenüber den "Empfehlungen" von Seiten zahlreicher Institutionen und Organisationen, besonders der Lehrerverbände, bedeutender Schulbuchverleger und zahlreicher Journalisten von Presse, Rundfunk und Fernsehen - lassen mich die Hoffnung und sogar die Überzeugung hegen, daß unsere Arbeit

die gewünschten Früchte bringt. Ich denke dabei an die Worte von Bundeskanzler Helmut Schmidt bei seinem letzten Besuch in Warschau (ich zitiere aus dem Gedächtnis): "Noch unlängst erforderte die Äußerung der Idee der Normalisierung zwischen unseren Ländern Mut - heute erfordert die Fortsetzung dieses Prozesses vor allem Geduld."

Man sollte sich nicht Illusionen hingeben, daß die Akzeptierung der "Empfehlungen" durch die Schulbehörden in der Volksrepublik Polen und in der Bundesrepublik Deutschland zur völligen Vereinheitlichung des Weltbildes im Bewußtsein der Jugend beider Länder führen wird. In einer Situation, bei der in jedem der Länder entgegengesetzte und miteinander konkurrierende sozio-ökonomische und politisch-gesellschaftliche Systeme bestehen, ist das einfach nicht möglich. Aber eben deshalb, weil es in niemandes Interesse liegt, die objektiven Gegensätze in einen offenen Antagonismus in Form eines "kalten" und desto weniger eines "heißen" Krieges umzugestalten, bildet eine objektive und ausgeglichene Auswahl von Fakten sowie deren Interpretation ohne Vorurteile eine notwendige Voraussetzung eines besseren gegenseitigen Kennenlernens der Völker und beiderseitigen Verständnisses ihrer Probleme sowie der Spezifik ihrer Entwicklung.

Die "Empfehlungen" bilden also einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur Festigung in den gegenseitigen Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland, der einzig möglichen Alternative, vor der die Menschheit gegenwärtig steht, das heißt, des Prinzips der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen.

Bericht aus der Arbeit der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission

Berichtersteller: Prof. Dr. Walter Mertineit,
Leiter der deutschen Delegation der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission

Die "Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte und Geographie in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen", die unlängst von der gemeinsamen Schulbuchkommission in beiden Ländern in deutscher und polnischer Sprache und erstmals geschlossen in einem Heft veröffentlicht wurden, haben auch in der Bundesrepublik Deutschland ein ungewöhnlich großes und anhaltendes Interesse gefunden. Über die Arbeit der gemeinsamen Schulbuchkommission ist seit Beginn ihrer Tätigkeit 1972 in den Massenmedien regelmäßig berichtet worden. Mitglieder der Kommission haben wiederholt über Ziele, Verfahrensweisen und auch über die Empfehlungen selbst in den einschlägigen publizistischen Organen geschrieben.

Polnische Lehrer werden vertraut sein mit den im einzelnen kritischen, im Ergebnis aber doch zustimmenden Kommentaren bekannter polnischer Historiker. Auch in der Bundesrepublik Deutschland bekundete die Zunft der Geographen und Historiker weithin Zustimmung zu den Empfehlungen sowohl in der Sache als auch in der Absicht, so zuletzt noch Prof. Dr. Karl-Dietrich Erdmann, Präsident des Internationalen Historiker-Komitees vor dem Stifterverband für die deutsche Wissenschaft.

Bundespräsident Walter Scheel sagte in seiner Ansprache auf dem deutschen Historikertag in Mannheim am 22. Sept. 1976: "Den Historikern auf beiden Seiten, die an ihnen (den Empfehlungen) mitgewirkt haben, gebührt der Dank beider Nationen. Sie haben ein Werk des Friedens getan."

Vergleicht man die Resonanz der Empfehlungen in beiden Ländern, so ist grosso modo zu sagen, daß sie in der Volksrepublik Polen

tiefer geht und die allgemeine Zustimmung verbreiteter ist, obwohl man behaupten kann, daß die Streuung der Texte zu mehreren hunderttausend Exemplaren heute in der Bundesrepublik Deutschland sehr viel größer ist. Auch wird man ohne Übertreibung sagen dürfen, daß noch niemals in der langen Geschichte der internationalen Schulbuchrevision, an der die Bundesrepublik Deutschland beteiligt war, irgendwelche anderen Empfehlungen über den Kreis der Experten hinaus soviel Aufmerksamkeit erregt haben und politisch so leidenschaftlich diskutiert worden sind.

Man hat bei der kritischen Auseinandersetzung mit den deutsch-polnischen Empfehlungen Parallelen zu den deutsch-französischen Schulbuchkonferenzen Anfang der 50-er Jahre ziehen wollen, um jene an diesen zu messen. Die Parallelität ist nicht ganz willkürlich, aber ihr sind Grenzen gezogen. Sie gerät überdies in ein anderes Licht, wenn man auf die großen Unterschiede zwischen dem deutsch-französischen und dem deutsch-polnischen Geschichtsverhältnis stößt. Die Unterschiede sowohl in der historischen als auch in der zeitgeschichtlichen Betrachtung liegen auf der Hand. Die nationalsozialistische Okkupation in Frankreich hatte anders als in Polen nicht die Zerstörung des französischen Staates, nicht die Versklavung des französischen Volkes und nicht die Vernichtung seiner Kultur und seines geschichtlichen Bewußtseins zum Ziel. Auschwitz und die anderen Todeslager lagen nicht in Frankreich, sondern in Polen. Für Polen aber erschienen die nationalsozialistischen Verbrechen wie eine logische, wenn auch unerwartet grausame Konsequenz früherer deutscher Polenpolitik, der gegenüber die Vertreibung von Millionen Deutscher aus ihrer angestammten Heimat nicht mehr als Unrecht empfunden wurde, auch wenn sie nach den Regeln des Völkerrechts wirklich ein Unrecht war. Handelte es sich dabei auch um eine fürchterliche Scheinlogik, so haben doch historisch gesehen, die deutsch-polnischen Beziehungen eine völlig andere Spezifik und Emotionalität gewonnen als unsere Beziehungen zum französischen Nachbarvolk.

Dazu gehört auch die Tatsache, daß für das polnische Verständnis der Begriff der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten die historische Aufarbeitung der Vergangenheit einschloß. Die gemeinsame Schulbucharbeit besaß daher auch für das polnische Denken und Empfinden eine größere Bedeutung als für die Menschen in der Bundesrepublik. Die Behauptung von Mieczyslaw F. Rakowski, "daß sich fast jeder Pole zum Experten für deutsche Angelegenheiten berufen fühlt", läßt sich ebenso wenig umkehren wie sein folgender Satz: "Wenn ein Pole an die Sicherheit seines Landes, an seine eigene Zukunft oder auch die seiner Kinder denkt, lenkt er zu einem gewissen Zeitpunkt seinen Blick auf Deutschland." In der Bundesrepublik Deutschland ist dieser wichtige Unterschied in der gegenseitigen Wahrnehmung, der sich in vielen polnischen Geschichtsbüchern als ein Tausend-Jahre-Kampf-Trauma gegenüber Deutschland und in vielen deutschen Schulbüchern als Kulturleistungssyndrom mit Besitzanspruch niedergeschlagen hatte, erst sehr spät und dann auch nicht immer in seiner vollen Bedeutung für das Zusammenleben der Völker verstanden worden. Eine Überwindung dieses qualitativen Unterschiedes und seiner entgegengesetzten nationalhistorisch-antagonistischen Denkmuster wird nur durch gemeinsame, geduldige geschichtliche Arbeit möglich sein.

Die gemeinsame Erarbeitung von Empfehlungen für die Schulbücher in der Volksrepublik Polen und in der Bundesrepublik Deutschland war ein mühseliges, zeitaufwendiges, aufregendes, notwendiges und schließlich auch sehr lohnendes Geschäft, da wir alle lernen mußten, die Geschichte unserer Beziehungen auch immer mit den Augen der anderen Seite zu sehen. Dem Historiker sollte dieser oberste Grundsatz geschichtlichen Verstehens nicht fremd sein, aber im deutsch-polnischen Verhältnis, besonders auch im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen war diese Sicht der Dinge ungewöhnlich und neu. Manche Menschen mißverstehen sie deshalb, da sie daran gewöhnt sind, daß es mehr deutsche und polnische Ansichten **g e g e n - e i n a n d e r** gibt als gemeinsame Auffassungen über die Ver-

gangenheit und über eine bessere Zukunft. Es entsprach jener, das deutsch-polnische Geschichtsverhältnis charakterisierenden Spezifik und Emotionalität, wenn man den Empfehlungen der gemeinsamen Schulbuchkommission über den historischen und landeskundlichen Aussagegehalt hinaus die Funktion eines "Barometers" zuschrieb, an dem sich der Stand der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen ablesen ließe. Die Autoren der Empfehlungen sind sicher die letzten, die ihnen diese Rolle wünschen möchten, auch wenn sie zugeben müssen, daß eine gewisse Barometerfunktion automatisch wirksam wird bei zustimmender oder ablehnender Einstellung zu den Empfehlungen.

Daß die Empfehlungen auch Kritik erfuhren, konnte nicht überraschen. Zum einen liegt das ohnehin im Wesen wissenschaftlicher Arbeit, daß sie kritisierbar bleibt. Zum anderen bietet der Umstand, daß zum ersten Male in der langen und leidvollen Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen Historiker und Geographen aus der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen sich an einen Tisch setzten, um nach langen Diskussionen schließlich ein "Gemeinschaftswerk" vorzulegen, genügend Anlaß zur kasuistischen Kritik. Und in der Tat sind diese Empfehlungen ebenso verbesserungs- und ergänzungsfähig, wie alle internationalen Schulbuchempfehlungen es auch in Zukunft immer sein werden. Die Empfehlungen konnten nur in großen Linien den Ablauf der deutsch-polnischen Beziehungen in der Geschichte nachzeichnen. Sie bedürfen an vielen Stellen der Ergänzung, Vertiefung und Differenzierung durch geschichtswissenschaftliche und geographische Fachkonferenzen, wie sie schon 1974 dem "Deutschen Orden", 1977 dem Thema "Widerstandsbewegungen gegen den Nationalsozialismus in Deutschland und Polen" und 1974, 1976 und 1977 Fragen der Geographie gewidmet waren. Auf beiden Seiten ist der Wille zur Fortsetzung der Konferenzen vorhanden. Deren Aufgabe bleibt jedoch nicht auf die akademische Diskussion beschränkt. Es ist auch nach den Wirkungen, die sie auf die Gestaltung der Schulbücher ausüben, zu fragen. Man muß sich dabei doch noch einmal in Erinnerung rufen, daß die Kommission erst

am Anfang ihrer Tätigkeit steht und die jetzt vorgelegten Empfehlungen nicht etwa auch schon ihr Ende sind. Die Bedeutung dieses Anfangs kann aber kaum überschätzt werden auf dem Hintergrund jahrhundertelanger schlechter Beziehungen zwischen Deutschen und Polen und den zurückliegenden Jahrzehnten der Nichtbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen und ihres Niederschlags in den Schulbüchern. Hier bedeutete der Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 eine tiefe und seit langer Zeit wieder positive Zäsur im deutsch-polnischen Verhältnis. Die Empfehlungen können dazu beitragen, seinen Inhalt nicht in Zweifel zu ziehen. Im Blick auf die methodologischen Ergebnisse der Konferenzen wie auch im Blick auf die in den Empfehlungen schon festgehaltenen Gesichtspunkte für gemeinsame oder auch noch strittige Bewertungsgrundlagen sind sie über einen bloßen Anfang auch schon wieder hinausgekommen. Das läßt nach Meinung der Kommission den Wunsch verständlich und berechtigt erscheinen, die Empfehlungen möchten bei den Schulbuchautoren, Verlegern und den amtlichen Stellen, die über die Zulassung von Schulbüchern entscheiden, Beachtung finden und berücksichtigt werden. Der Wunsch ist nicht Ausdruck eines Bewußtseins, im öffentlichen Auftrag gehandelt zu haben, sondern Ausdruck der Überzeugung jedes einzelnen Kommissionsmitgliedes, für beide Völker etwas Nützliches getan zu haben, was auch der Überprüfung nach Kriterien der Wissenschaftlichkeit standhält. Die Einbeziehung der Arbeit der deutsch-polnischen Schulbuchkommission, wie immer man ihren Status definieren mag, in das Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen vom 11. Juni 1976 (Artikel 4) beruht auf dieser Einschätzung. Wenn es auch in der Natur von Empfehlungen liegt, daß sie keinen Rechtscharakter haben können, weil sie nur durch die an ihrem Zustandekommen Beteiligten persönlich zu verantworten sind, so schließt das nicht aus, daß von ihnen nachhaltige Wirkungen auf die Gestaltung der Schulbücher in beiden Ländern ausgegangen sind. Hierbei kann das Kulturabkommen mit seiner Schulbuchklausel eine unterstützende Rolle spielen. In der zentralistischen Volksrepublik Polen sind die Voraussetzungen dafür anderer Art als in der föderalistischen Bundesrepublik Deutschland.

Für die polnische Seite mag es vielleicht etwas verwunderlich erscheinen, daß es in der Bundesrepublik Deutschland zur Zeit eine politische Kontroverse über die Empfehlungen gibt, da doch deutsche und polnische Historiker zusammen sich an die Aufgabe gemacht hatten, den historischen Kontroversen, wo immer es möglich war, die Spitze zu nehmen und sie zu versachlichen.

Zur Beurteilung des politischen Streits über die Empfehlungen in der Bundesrepublik Deutschland, der in einigen Länderparlamenten ausgetragen wurde, muß in Erinnerung gerufen werden, daß die Bundesregierung die Arbeit der deutsch-polnischen Schulbuchkommission von Anbeginn begrüßt und sowohl durch entsprechende Erklärungen bei offiziellen Treffen der politischen Repräsentanten beider Länder als auch bei parlamentarischen Aussprachen im Deutschen Bundestag unterstützt hat. Bundespräsident und Bundeskanzler haben ihre positive Bewertung wiederholt und bei den verschiedensten Gelegenheiten zum Ausdruck gebracht. Die Bundesregierung hat auch an die Regierungen der Länder appelliert, die Arbeit der deutsch-polnischen Schulbuchkommission zu unterstützen. Die Bundesregierung hat jedoch bei allen Schulbuchkonferenzen und Schulbuchempfehlungen, die von deutschen Wissenschaftlern und Experten in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern anderer Staaten erarbeitet werden, - also auch bei den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen - die im Grundgesetz verbürgte Freiheit der Wissenschaft und Lehre und die verfassungsrechtliche Zuständigkeit der Länder in der Bundesrepublik Deutschland für die Gestaltung des Schulunterrichts und Auswahl und Zulassung von Schulbüchern zu respektieren. Sie kann daher nicht über die in Artikel 4 des deutsch-polnischen Kulturabkommens gemachte Aussage hinausgehen, im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Möglichkeiten auf die Berücksichtigung der Empfehlungen in Schulbüchern hinzuwirken.

Die Umsetzung der Empfehlungen in den Schulunterricht ist ein Prozeß, bei dem man von keiner Seite allzu ungeduldig drängen sollte. Es hat sich bei den kontroversen Debatten in einigen Länderparlamenten längst gezeigt, daß die wissenschaftliche Substanz der Aussagen durch parlamentarische Mehrheitsentschei-

dungen nicht widerlegt werden kann. Das hat inzwischen auch zu einer zunehmenden Versachlichung in der Auseinandersetzung zwischen den Parteien geführt, die hoffen läßt, daß auch das bayerische Urteil über die Schulbuchempfehlungen noch nicht das letzte Wort in dieser Sache gewesen sein wird. Im Grunde widerspricht der politische Disput auch der Natur solcher gemeinsamen Empfehlungen, deren Überzeugungskraft nicht in parlamentarischen Mehrheitsentscheidungen gründet, sondern in der historischen Wahrheit, die im Streit der Parteien immer auch die andere Seite hört.

Die Empfehlungen der gemeinsamen Schulbuchkommission beider Länder sind erst nach langwierigen, gelegentlich auch dramatischen Auseinandersetzungen in den nationalen Delegationen und nach harten Kontroversen im Plenum zustande gekommen, nachdem sie viele Male umgeschrieben werden mußten, bis sie die Zustimmung aller deutschen und polnischen Teilnehmer, und nicht etwa nur der Mehrheit, fanden. Im übrigen haben die Empfehlungen in der Bundesrepublik Deutschland längst ihr Eigenleben gewonnen. Nicht etwa deswegen, weil es an ihnen nichts zu kritisieren und zu verbessern gäbe, wohl aber weil sie die Daten unserer oft schlimmen Geschichte in einen entwicklungsgeschichtlichen und beziehungsgeschichtlichen Zusammenhang gestellt haben, der seinen Sinn und seinen Bedeutungsgehalt zwar nicht nur, aber eben doch auch aus den Perspektiven auf eine gemeinsame bessere Zukunft gewinnt. Diesen Perspektiven wird sich in der Bundesrepublik kein Verlag, kein Schulbuchautor, kein Lehrer und keine Landesregierung entziehen können und wollen.

"Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen und ihre Anwendung im Geschichtsunterricht"

Von Dr. S i e g f r i e d G r a ß m a n n , Vorsitzender des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands

Wenn ich über die Anwendung der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen im Geschichtsunterricht spreche, beschränke ich mich dabei auf den Unterricht in der Bundesrepublik Deutschland.

Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung:

Ich spreche als Lehrer, der Geschichte unterrichtet, und ich spreche auf der Basis dessen, der die Schulbuchempfehlungen als gegeben akzeptiert und annimmt, - auf der Basis der Anerkennung der Arbeit deutscher und polnischer Wissenschaftler, Lehrer und Politiker, die sich darum bemüht haben, zwischen beiden Völkern ein besseres und ein friedlicheres Verhältnis herzustellen.

Mir erscheint die Betonung der Basis, von der mein Referat ausgeht, insofern wichtig, als ich von vornherein vermeiden möchte, daß das, was ich als Kritik an den Empfehlungen ausführen werde, nicht als besonders hinterlistig oder technokratisch vorgebrachter Weg aufgefaßt wird, ein Vorhaben zu diskreditieren. Ich meine, gerade weil ich diese Schulbuchvereinbarung prinzipiell befürworte, den Anspruch erheben zu können, daß sie für den Schulunterricht der Bundesrepublik Deutschland tragfähiger gemacht wird.

Ich möchte die Bedeutung der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen für den Geschichtsunterricht in eine Reihe von Thesen fassen.

Erste These: Die Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte stellen einen Schritt für bessere kulturelle Kontakte zwischen Deutschen und Polen dar. Sie haben bisher eine Reihe positiver Veränderungen bewirkt.

Es ist auf dieser Tagung eine ganze Menge aufgezeigt worden, was die Existenz dieser Schulbuchempfehlungen bewirkt hat, und ich möchte das nicht im einzelnen alles wiederholen.

Die grundsätzliche gegenseitige Kenntnisnahme, die Kenntnisnahme der geistigen und pädagogischen Auffassungen der beiden Länder, die Reflektion der beiderseitigen Ansichten und - in der Bundesrepublik Deutschland - die Erhöhung des Grades an Aufmerksamkeit für den polnischen Nachbarn, sind einfach Ergebnisse, die aus diesen Verhandlungen längst vorhanden sind. Diese Ergebnisse sind umgesetzt worden in Treffen von Wissenschaftlern, Schulbuchautoren, Lehrern und vielen Kommissionen. Ich neige zu der Ansicht, daß selbst die Kritik an den Empfehlungen, wie sie vielleicht in komprimiertester Form von Herrn Herbert Hupka in der Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament"¹⁾ formuliert wurde, in vielen Fällen bewirkte, neue Impulse zur Klärung der deutsch-polnischen Geschichte freizusetzen und die Reflektion über unsere beiderseitigen Beziehungen zu vertiefen.- In diesem Zusammenhang sollte man auch unbedingt beachten, daß längst vor der offiziellen Verabschiedung der Schulbuchempfehlungen Änderungen, Verbesserungen und neue Akzentsetzungen in den Lehrbüchern für Geschichte in unserem Lande stattgefunden haben.

Ich möchte auch hinweisen auf eine Auswirkung der Empfehlungen, die mir sehr viel weiter zu gehen scheint als die Arbeit an den Schulbüchern, Daher lautet meine

Zweite These: Die Empfehlungen der Schulbuchkommissionen haben Rückwirkungen auf die Situation der beiden beteiligten Länder, die über die reine Schulbuchrevision hinausgehen.

Sie haben vielleicht einiges heute schon in der Diskussion mit Herrn Kultusminister Krollmann untergrundig bemerkt. Eine der wichtigsten Diskussionen in der Bundesrepublik Deutschland auf schulischem Gebiet der letzten Jahre war die Reflektion und die Auseinandersetzung über die Rolle des Geschichtsunterrichtes in unserem Staate. Vor einigen Jahren hieß das noch die Diskussion

¹⁾ aus Politik und Zeitgeschichte B 47/77, vom 26.11.1977, S. 43 - 56.

über die "gesellschaftliche Relevanz" dieses Faches. In diese Diskussion hinein spielt auch die Schulbuchempfehlung über deutsch-polnische Schulbücher. Es zeigt sich in der Auseinandersetzung nämlich plötzlich, daß die Verleugnung oder Verdrängung der historischen Erfahrung zweier Völker verhängnisvoll sein kann. Die Weitergabe und die Reflektion historischer Erfahrung im Geschichtsunterricht erwies sich plötzlich wieder als dringend notwendig. Insofern haben diese Schulbuchempfehlungen auch für die allgemeine kulturpolitische Diskussion unseres Landes eine wichtige Rolle gespielt.

Mir scheint, daß auch für die Polen die Bedeutung der Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte weit über eine Reform der Texte von Schulbüchern hinausgeht. Für viele in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit ist die emotionale Basis, aus der heraus unsere polnischen Kollegen um diese Sache diskutieren, manchmal fast unverständlich. Man versteht das besser, wenn man etwas weiß um die Rolle der Geschichte in Polen selber. Außerdem haben die Schulbuchempfehlungen aber für Polen sowohl eine außenpolitische wie eine innenpolitische Bedeutung, indem sie einen Akt der geistigen Emanzipation nach West und Ost darstellen und zur Behauptung der eigenen nationalen Identität dienen. Ich glaube, man sollte das in der Auseinandersetzung zwischen beiden Ländern berücksichtigen. Meine

dritte These lautet: Es bestehen offensichtlich unterschiedliche Auffassungen zwischen Polen und Deutschland darüber, was die Verwirklichung der Empfehlungen bedeutet.

Herr Markiewicz hat in seinen Ausführungen in sehr noblen Worten auf das ganze Wortfeld von "Empfehlung" über "Richtlinie" bis "Anordnung" hingewiesen. Hier gibt es zwar nicht zwischen den Kommissionsmitgliedern, die diese Fragen lange und gründlich genug diskutierten, aber zwischen den beiderseitigen politischen Öffentlichkeiten zweifellos noch unterschiedliche Auffassungen. Diese unterschiedlichen Auffassungen deuten sich schon im Vorwort der Empfehlungen an, wo einmal von der "Berücksichtigung" und einmal der "Einführung" der Empfehlungen in einer gewissen Stufenfolge die Rede ist.

Diese unterschiedlichen Auffassungen zeigen sich auch in den Äußerungen, die Herr Kultusminister Krollmann verschiedentlich machte, indem er darauf hinwies, daß die Schulbuchempfehlungen nicht unmittelbar in Anweisungen umsetzbar sind.

Ähnlich sagte Staatsminister Dohnany am 2. März 1977 in einer Anfrage im Bundestag: "Es geht um die Empfehlungen und es geht um Beratungen, wie man diese Empfehlungen am besten umsetzt."

Dagegen steht auf polnischer Seite die Sorge, daß eine Diskussion der Empfehlungen eine Ablehnung der Empfehlungen ergibt. In einem polnischen Aufsatz heißt es: "Die nur teilweise Annahme der Empfehlungen bedeutet ihre Ablehnung."

Deutsche Kommissionsmitglieder wiesen mehrfach darauf hin, daß die Empfehlungen keinen Stoff-Kanon enthalten, der Punkt für Punkt abgehakt und übernommen werden soll. Die Empfehlungen sind Hinweise dafür, wie ein historischer Gegenstand der deutsch-polnischen Beziehungen im Sinne der Empfehlungen behandelt werden soll, wenn er in deutschen Schulbüchern vorkommt. Hier liegen die beiden entgegengesetzten Ansichten darin, daß man von deutscher Seite stärker darauf hinweist, daß die Empfehlungen einen breiten Rahmen der Beziehungsgeschichte abstecken, der in dem Geist der Empfehlungen in deutsche Schulbücher aufgenommen werden kann, während von polnischer Seite sehr viel stärker darauf gedrungen wird, daß das, was in den Empfehlungen mit Kompromiß ausgearbeitet ist, auch in jedem Fall vorkommen muß. Hier ist auch der Ansatzpunkt, den der Fachmann der Schule mit der Frage reflektieren muß, ob all das, was in den Empfehlungen steht, überhaupt in unseren Schulen machbar ist.

Ich meine auch, daß öffentliche Erklärungen unserer Kultusminister, daß sie in ihrem Bundesland diese Empfehlungen umsetzen oder nicht umsetzen, nur mit einer gewissen Reserve zu betrachten sind. Gelegentlich könnte man fast den Eindruck gewinnen, daß diejenigen Kultusminister am ehesten für die Umsetzung der Richtlinien plädiert haben, die in ihrem Lande am wenigsten Geschichtsunterricht durchführen lassen. Es ist sicherlich hier kein böswilliger Vorwurf den Kultusministern zu unterstellen; bloß man muß schon einmal fragen, was die Erklärung eines Kultusministers bedeutet, die Empfehlungen zu verwirklichen, wenn der Unterricht in dem Fach Ge-

schichte in der Praxis ganz, teilweise oder fast völlig eingeschränkt wird.

Vierte These: Die Empfehlungen sind in ihren einzelnen Teilen sehr unterschiedlich angelegt.

Zur Diskussion über die Verwirklichungsmöglichkeiten der Empfehlungen möchte ich einige Aspekte analysieren: Es ist verständlich, daß die 26 Empfehlungen nicht in gleichem Stil und in gleicher Art verfaßt worden sind. Man kann drei Typen von Empfehlungen unterscheiden:

1. Die Mehrzahl der Empfehlungen enthält eine Darstellung, einen Bericht, eine Deutung der Beziehungsgeschichte.
2. Vier Empfehlungen enthalten Gegenüberstellungen. Am deutlichsten ist das vielleicht in der vierten Empfehlung

"Schlesien und Pommern in der Frühgeschichte Polens". Hier wird absatzweise vorgegangen und dargelegt, wie die deutsche Geschichtsschreibung die Fakten sieht, wie sie die polnische Geschichtsschreibung sieht, wie die deutsche und wie die polnische Interpretation aussieht, wie in älteren deutschen und heutigen westdeutschen Lehrbüchern berichtet wird, wie in polnischen Lehrbüchern berichtet wird.

In ähnlicher Weise sind die sechste, achtzehnte und die zwölfte Empfehlung angelegt. Ich halte gerade diesen Typ von Empfehlung für die weitere Arbeit in beiden Ländern für ausgesprochen fruchtbar.

3. Problematisch scheint mir ein dritter Typ von Empfehlungen, in dem nicht nur gesagt wird, wie vorkommende Fakten interpretiert werden, sondern in dem sehr viel direkter gefordert wird, was in den Geschichtsbüchern behandelt werden soll.

Dazu drei Beispiele: Es heißt am Anfang der 7. Empfehlung: "Die kulturellen und konfessionellen deutsch-polnischen Beziehungen im Zeitalter der Renaissance und des Barock" "Der eigenständigen Entwicklung und Leistung der polnischen Kultur in der Renaissance und in der Aufklärung sollte im Rahmen der Darstellung der Evolution des europäischen Geisteslebens durch Erwähnung in den Schulbüchern stärker als bisher Rechnung getragen

werden."

Etwas weiter unten heißt es:

"Die im Königreich Polen herrschende nationale und religiöse Toleranz bedarf ebenso einer Berücksichtigung wie der besondere Charakter der polnischen Reformation, deren bestimmende geistig-intellektuelle Antriebe und politische Motivation vor dem Hintergrund der generellen geistlichen Erneuerung in den Schulbüchern nicht verschwiegen werden dürfen."

Das sind zwei Dinge, die für die polnische Geschichte sicherlich eminent wichtig sind. Das sind Fakten, deren Kenntnis zweifellos nützlich ist, aber es sind zweifellos Fakten, die nun einfach nicht jeder Schüler der Bundesrepublik Deutschland des allgemeinbildenden Schulwesens lernen kann. Man muß hier einfach einmal um Verständnis dafür appellieren, wenn dieses nicht im deutschen Geschichtsunterricht gemacht werden kann; und wenn das wahrscheinlich auch in Zukunft nicht gemacht werden wird, so hat das nichts, auch gar nichts damit zu tun, daß man hier den deutsch-polnischen Beziehungen reserviert oder einer Aussöhnung feindlich gegenüberstehe, sondern hier gibt es einfach Probleme, die ein Schulunterricht nicht bewältigen kann.

Im letzten Absatz der 8. Empfehlung "Der polnische Staat im Zeitalter der Aufklärung" heißt es: "Nach den neuesten Ergebnissen der historischen Forschung beider Seiten spielte dabei Stanislaw August Poniatowski eine große Rolle. Er war ein König von ausgeprägter politischer Individualität."-

Aber es können eben nicht alle Könige ausgeprägter politischer Individualität in den zwei- bis dreihundert Stunden des bundesrepublikanischen Geschichtsunterrichts behandelt werden, und wenn Poniatowski nicht vorkommt, muß das nicht eine Belastung der deutsch-polnischen Beziehungen mit sich bringen.

Ein anderes Beispiel finden wir in der 20. Empfehlung:

"Die nationalsozialistische Besatzungspolitik und der Widerstand im Zweiten Weltkrieg". Hier wird in drei Forderungen aufgelistet, was in deutschen Schulbüchern vorkommen soll. Die Besatzungspolitik in Polen soll hinreichend dargestellt werden, es sollten die Ziele

des Hitler-Regimes deutlich werden, und es sollten die Aktivitäten des polnischen Widerstandes gewürdigt werden. Dagegen heißt es dann für die polnische Seite, daß es zu begrüßen ist, wenn die polnischen Schulbücher einen Unterschied zwischen Deutschen und "Hitlerfaschisten" machen, und daß es zu wünschen wäre, wenn die deutsche Widerstandsbewegung ausführlicher berücksichtigt wird.

Hier besteht zweifellos eine andere Priorität als bei Poniatowski, der Renaissance und dem Barock. Trotzdem muß ich auch hier darauf hinweisen, daß nur begrenzt Unterrichtsstunden in jedem Land für die Behandlung des Stoffes zur Verfügung stehen. Der Zwang, in wenigen Stunden vieles zu behandeln, darf nicht dazu führen, in einem Geschichtsunterricht in Deutschland den Widerstand gegen den Nationalsozialismus in den okkupierten Ländern zu unterschlagen. Man muß aber Verständnis dafür haben, wenn dieser Widerstand an einem oder zwei Beispielen behandelt wird und nicht jedes der von den Deutschen besetzten Ländern in seiner spezifischen Form des Widerstandes ausführlicher erörtert werden kann. Und damit komme ich zu meiner

fünften These: Die Verwirklichung der Empfehlungen für die Geschichtsbücher hängt primär nicht von den Autoren der Geschichtsbücher ab, sondern zunächst einmal davon ab, wie weit die angesprochenen Themen in den Lehrplänen der Länder der Bundesrepublik Deutschland selbst vorgesehen sind.

Die Schulbücher befinden sich in Abhängigkeit von den Lehrplänen jedes Landes. In den Bestimmungen über die Zulassung von Schulbüchern ist begreiflicherweise eins der Kriterien, daß die Schulbücher mit den jeweiligen Lehrplänen übereinstimmen müssen. Ein zweites Kriterium, über das man diskutieren kann, aber das nun einmal besteht, liegt darin, daß ein Ablehnungsgrund auch gegeben ist, wenn das Schulbuch zu sehr über die Lehrpläne selbst hinausgeht. Das ist auch durch die Kultusministerkonferenz festgelegt und in die Zulassungspraxis der einzelnen Bundesländer mehr oder weniger streng übernommen. Von daher ergibt sich ein Zwang für die Schulbücher,

nur in ganz begrenztem Umfang die Lehrplanfestlegungen zu überschreiten. Erst eine Änderung von Lehrplänen in größerem Umfang ermöglicht auch eine Änderung der Schulbücher.

Zur Lehrplansituation der Bundesrepublik Deutschland ist folgendes zu klären: Wir haben elf Bundesländer, die nun keineswegs nur elf Lehrpläne besitzen, sondern die in der Regel einen Lehrplan für Hauptschule, einen Lehrplan für Realschule, einen Lehrplan für Gymnasien und gelegentlich auch noch einen Lehrplan für die Gesamtschule haben. Das sind bis zu vier Lehrpläne je Land bis zur Klasse 10, dazu kommen dann noch Lehrpläne für die gymnasiale Oberstufe, die Fachgymnasien, Berufsschulen usw. Ich vermute, auch der Präsident der Kultusministerkonferenz könnte nur mit einiger Mühe feststellen, wieviel Lehrpläne es im Augenblick in der Bundesrepublik Deutschland für den Geschichtsunterricht gibt. Man kann schätzen, daß es 40 bis 50 Pläne sein werden, die mehr oder weniger gültig für den Schulbuchmarkt anliegen. Von diesen Lehrplänen wird in einem nicht unerheblichen Umfang die Gestaltung unserer Schulbücher abhängig gemacht.

Ich habe in der Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament"¹⁾ einmal an den Lehrplänen der Klassen 5 - 10 des Landes Nordrhein-Westfalen, die im Jahre 1973 entstanden sind, aufgelistet, welche Themen der Empfehlungen unmittelbar in diesen Lehrplänen vorkommen, welche zum Teil herangezogen werden können und welche ganz entfallen. Das Ergebnis ist folgendes: Lediglich zehn der sechsundzwanzig Empfehlungen sind dabei für die eine oder andere Schulart erforderlich, mindestens sechs Empfehlungen völlig entbehrlich (Nr. 1, 3, 4, 7, 13 und 24).

Auch hier zeigt sich also, daß es für die Praxis des Unterrichts in der Sekundarstufe I in der Bundesrepublik Deutschland, also in den Klassen 5 bis 10, nicht möglich sein dürfte, den gesamten Umfang der Empfehlungen auch nur annähernd durchzunehmen. Es bleibt aber auch die Frage, ob das unbedingt Ziel der Empfehlungen sein muß.

¹⁾ Nr. B 47/77 vom 26.11.1977, S. 57-68

Meine sechste These lautet: Der Aufbau der Empfehlungen findet wenig Übereinstimmung mit der Anlage der Lehrpläne für Geschichte in der Bundesrepublik Deutschland.

Neben dem quantitativen Problem der Umsetzung der Empfehlungen kommen wir auf ein zweites, inhaltliches Problem. Wenn man es etwas verallgemeinert, so enthalten die Empfehlungen für die Schulbücher einen ereignis- und beziehungsgeschichtlichen Ansatz. Geschichte wird im wesentlichen in Form einer Ereignis- und der Beziehungsfolge behandelt. Das weicht nicht unerheblich ab von Absätzen und Überlegungen zu einem modernisierten Geschichtsunterricht in der Bundesrepublik Deutschland. Diese betonen sehr strukturelle Einsichten und legen viel stärker als früher Wert auf Wirtschafts- und Sozialgeschichte, darüber hinaus wird mehr die Notwendigkeit hervorgehoben, über einen deutschland- und europa-zentrierten Unterricht hin zu universalgeschichtlichen Ansätzen vorzustoßen.

Die deutsch-polnischen Beziehungen und die Geschichte zwischen Deutschen und Polen sind nun allerdings nur bedingt unter strukturelle Erkenntnisse einzuordnen. Und hier haben wir die bemerkenswerte Situation, daß die Einsicht in die Notwendigkeit, sich mit deutsch-polnischer Geschichte zu beschäftigen, durchaus Rückwirkungen auf Überlegungen über den Inhalt und die Ausgestaltung des Geschichtsunterrichts in der Bundesrepublik Deutschland enthalten kann. Trotzdem muß man festhalten, daß einige der Ansätze des modernen Geschichtsunterrichts in der Bundesrepublik Deutschland dazu führen, daß die Inhalte der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen sich nur bedingt realisieren lassen.

Zu dem gleichen Ergebnis kommt man, wenn man sich die Zielsetzungen der Empfehlungen ansieht. Die in dem Vorwort der Empfehlung genannte Zielsetzung "Friedenssicherung und Völkerverständigung", sind Zielsetzungen, die zweifellos von beiden Ländern rückhaltlos bejaht werden können, - aber Friedenssicherung und Völkerverständigung als Lernziel mit Schülern an unseren Schulen zu betreiben, ist auch möglich, ohne sich mit deutsch-polnischer Geschichte zu befassen.

Ich kann einen Unterricht in Friedenserziehung auch durchführen, indem ich die Punischen Kriege behandle, ich kann sogar einen Unterricht in Friedenserziehung durchführen, indem ich gar keinen Geschichtsunterricht mache, sondern das Aggressionsverhalten von Tieren und Menschen studieren lasse. Ich kann damit allerdings nicht die spezielle Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Polen klären. Ich weise darauf hin, weil in den letzten Jahren bei der Diskussion um Lehrpläne in der Bundesrepublik Deutschland sehr stark auf Lernziele abgestellt wurde. Aus den oberen Lernzielen Friedenssicherung und Völkerverständigung allein läßt sich keine zwingende Notwendigkeit ableiten, deutsch-polnische Beziehungsgeschichte zu betreiben.

In diesem Zusammenhang möchte ich weniger eingehen auf die Fragen der didaktischen Diskussion, wie Unterricht ablaufen soll. Darüber haben jetzt Gespräche zwischen deutschen und polnischen Lehrern begonnen, die zeigten, daß in der Praxis die Entfernung zwischen beiden Ländern gar nicht so groß ist, wenn auch manches in den Fragen des curricularen Vokabulars zwischen Deutschen und Polen durchaus unterschiedlich ist.-

Mir scheint übrigens, daß die Geographen bei ihren Empfehlungen sehr viel sinnvoller vorgegangen sind, indem sie an den Anfang ihrer Empfehlungen eine Überlegung über den jeweiligen Unterrichtsstand gestellt haben. Das war aber wahrscheinlich für die Geschichte nicht möglich, da die Ausarbeitung der Empfehlungen für Geschichte in eine Zeit fiel, in der die Diskussion um den Geschichtsunterricht in der Bundesrepublik Deutschland sehr kontrovers, sehr heftig und ohne klares Ergebnis geführt wurde. Vermutlich konnte die Kommission zu dem Zeitpunkt gar nicht anders vorgehen, als sie vorgegangen ist. Als bedauerliches Ereignis muß allerdings festgehalten werden, daß die Empfehlungen für Geschichte an der gegenwärtigen Unterrichtsrealität in der Bundesrepublik Deutschland vorbeigeschrieben worden sind.

Siebente These: Die Bedeutung der Empfehlungen muß im Zusammenhang mit der Auffassung vom Geschichtsunterricht in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt gesehen werden.

Vielleicht darf ich an diese These sozusagen von hinten herum herangehen und zitieren, was "Trybuna Ludu" in der letzten Woche (November 1977) anlässlich des Besuchs von Bundeskanzler Schmidt schrieb: "Nur auf der Grundlage der ständigen Erinnerung an die Seiten der Geschichte und wenn man darauf die richtigen Konsequenzen zieht, kann man die Vergangenheit überwinden und eine konstruktive Zukunft bauen."

Wenn ich diesen Satz auf die bei uns herrschenden Auffassungen von Geschichtsunterricht in der Bundesrepublik Deutschland anwende, so wäre uneingeschränkt zu bejahen, daß Geschichte die Aufgabe erfüllt, die ständige Erinnerung darzustellen.

Wie es mit den Konsequenzen oder gar den richtigen Konsequenzen aus der Geschichte bestellt ist, wage ich nicht in der Weise zu entscheiden, wie es die Zeitung macht. Ich vermute, auch die polnischen Historiker-Kollegen werden etwas skeptischer sein bei der Festlegung richtiger Konsequenzen aus der Geschichte. Ob man Vergangenheit überwinden kann, ob das die richtige Vokabel ist, wage ich ebenfalls zu bezweifeln.

Es bleibt eher festzustellen, daß das Ergebnis der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen nicht daran scheitert, daß die Historiker von zwei unterschiedlichen wissenschaftlichen Positionen, nämlich marxistischer und nichtmarxistischer Geschichtswissenschaft ausgingen. Es wäre absolute Böswilligkeit, dem Ergebnis der Schulbuchempfehlungen zu unterstellen, daß hier das Geschichtsbild einer Seite durchgesetzt worden sei. Es kann nicht davon gesprochen werden, daß hier etwa marxistische Geschichtsauffassung oder Vertretung eines Klassenstandpunktes festgelegt worden wäre und es von daher eine Hemmung geben müßte, in einem nichtmarxistischen Lande diesen Unterricht zu praktizieren.

Eine Hemmung kommt eher aus anderen Überlegungen: aus der Frage, wieweit kann, soll und darf Geschichtsunterricht in der Bundesrepublik Deutschland ein Geschichtsbild liefern, welche Zielvorstellungen hat Geschichtsunterricht in unserem Lande? Man begibt sich hier auf ein gewagtes Gebiet, denn darüber bestehen keine abschließenden Festlegungen, trotzdem versuche ich einige Festlegungen:

Ich meine, Geschichtsunterricht kann keine säkularisierte Morallehre sein. Geschichtsunterricht soll einmal den Schülern darstellen, was gewesen ist. Er soll den Schülern sagen, welche Ursachen und welche Auswirkungen Ereignisse und Verhältnisse gehabt haben, und er soll den Schülern sagen, wie diese früher gedeutet wurden und wie sie heute gedeutet werden können. Geschichtsunterricht soll Meinungen an Tatsachen überprüfen, Erfahrungen und Möglichkeiten der Menschen, Gesellschaften und Staaten vermitteln. Er soll Verständnis für die Welt von heute und morgen durch das Untersuchen ihrer Entstehung wecken; er wird aber Überzeugungen oder gesellschaftspolitische Zielvorstellungen nur sehr bedingt verwirklichen können.

Ich überlasse es der weiteren Diskussion, wie weit solche Auffassung von Geschichtsunterricht in Übereinstimmung oder Nichtübereinstimmung mit den Schulbuchempfehlungen zu bringen sind. Ich meine, die Schulbuchempfehlungen stellen für diese Auffassung von Geschichtsunterricht keinen Hinderungsgrund dar.

Achte These: Die Kritik an den Empfehlungen richtet sich von deutscher Seite gegen unausgewogene Darstellungen und terminologische Umwertungen.

Auch über die Kritikpunkte an den Empfehlungen sollte man emotionsfrei reden können. Beginnen wir mit der Frage der terminologischen Umwertung. Die Diskussionen in der Bundesrepublik entzündeten sich in erster Linie an der 22. Empfehlung über die "Bevölkerungsverschiebungen". Ich meine, daß sie einen sehr komplexen Vorgang in honoriger Weise und wissenschaftlich korrekt aufgeschlüsselt wiedergibt. Trotzdem muß man sehen, daß die Neubewertung eines Begriffes in einem Lande Diskussionen hervorruft. Vielleicht sollte man zum besseren Verständnis dafür ein Beispiel aus den deutsch-französischen Beziehungen wählen. In den Memoiren des Generals Speidel wird vermerkt, daß General de Gaulle energisch verlangt hatte, Speidel solle den Begriff "Invasion" durch den Terminus "Liberation" ersetzen. Das Beispiel zeigt die Notwendigkeit, einen Reflektionsprozeß einzuleiten, daß das, was für den einen eine Invasion, für den anderen eine Liberation ist, und wahrscheinlich

ist für unsere Schulbücher die Formulierung "Landung der Alliierten" dazwischen der Mittelweg, den man wählen sollte.

Ich glaube, bereits die Sensibilisierung der Jugendlichen im Unterricht unserer Schule für solche Begriffe ist ein Gewinn. Die 22. Empfehlung kann einen solchen Prozeß einleiten. Kritisieren möchte ich allerdings eine Unterscheidung, die in den Empfehlungen als ausgesprochen begrüßenswert bezeichnet wird: die Unterscheidung zwischen Deutschen und Hitler-Faschisten.¹⁾ Diese Trennung erscheint mir unhistorisch. Man gewinnt dabei den Eindruck, daß hier eine Geschichtsschreibung vorliegt, die die Guten und die Bösen kennt. Ein Ziel deutsch-polnischer Schulbuchempfehlungen ist aber zweifellos der Abbau von Stereotypen; dazu gehört auch die Erkenntnis, daß der Gute nicht immer gut und der Böse nicht immer böse ist. Es waren nun einmal Deutsche, zum Teil Nationalsozialisten, zum Teil nicht, die in Polen gehandelt haben. Ich für meinen Teil hätte keine Bedenken, auch diejenigen Menschen, die Unrecht getan haben, nicht von den Deutschen abzusondern, sondern die deutsche Geschichte in ihrer Gesamtheit als deutsche Geschichte darzustellen.

Der Punkt der Ungleichgewichtigkeit oder Unausgewogenheit in der Darstellung sollte hier ebenfalls noch kurz behandelt werden.- Als Beispiel kann man dafür auf die 10. Empfehlung hinweisen, in der der Kampf des polnischen Volkes um Freiheit und Unabhängigkeit behandelt werden soll. Bedenken Sie bitte von polnischer Seite, daß die Behandlung dieser Dinge in Deutschland nur möglich ist, wenn man auch den deutschen Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit im 19. Jahrhundert darstellt. Darüber schreiben die Empfehlungen allerdings nichts. Wenn in den Empfehlungen steht, daß deutsche Schüler erfahren sollen, woher die polnische Nationalhymne kommt, fragt man sich auf deutscher Seite, ob auch in polnischen Büchern begründet wird, woher die deutsche Nationalhymne kommt? Darüber ist in den Empfehlungen zumindest nichts gesagt.

¹⁾ 20. Empfehlung: "Es ist zu begrüßen, daß in polnischen Schulbüchern zwischen Deutschen und 'Hitler-Faschisten' unterschieden wird, ..."

Ich meine schon, daß es der friedlichen Arbeit der Kommission beider Länder nicht abträglich ist, wenn man feststellt, daß im zeitgeschichtlichen Teil, der natürlich auf besondere Emotionen trifft, einiges in den letzten Empfehlungen stärker von polnischer Seite gesehen wurde als von deutscher Seite. Das soll keine Diskreditierung der Schulbuchempfehlungen sein, sondern nur ein Hinweis auf ihre Fortschreibung.

Wenn in der 26. Empfehlung "Auf dem Wege zur Normalisierung" es heißt: "Für Polen blieb die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze die Grundbedingung für die Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen", so meine ich, ist das ein Faktum, das unbedingt im Geschichtsunterricht der Bundesrepublik Deutschland erwähnt werden muß, Ich möchte allerdings auch die Frage stellen, warum in den Empfehlungen nicht steht, was für die Bundesrepublik Deutschland Grundbedingung für die Normalisierung ist. Diese Frage ist vielleicht nicht so eindeutig zu beantworten. Daß sie nicht gestellt worden ist, muß von der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland als Defizit festgestellt werden, und es wird ganz besonders da als Defizit dann natürlich hochgespielt, wo Leute diesen Empfehlungen insgesamt ablehnend gegenüberstehen.

Neunte These: Die Zukunft der Empfehlungen liegt weniger in der Festschreibung der bisher erzielten Ergebnisse, als in der Öffnung der gegenseitigen Diskussion. Verständigung mit dem Nachbarn erfordert Kenntnis und Austausch gegenseitiger Erfahrungen.

Folgende Gesichtspunkte sollten die gemeinsame Schulbucharbeit künftig tragen: Es geht einmal darum, daß in beiden Ländern stereotype Freund- und Feindbilder durch Bemühen um und Darstellen von historischer Realität abgebaut werden.-

Es geht darum, daß in beiden Ländern keine Verunglimpfungen oder Verfälschungen der Geschichte des Nachbarstaates vorgenommen werden. Das gegenseitige Verstehen dazu erfordert die Formulierung der Gründe des bisherigen Nichtverstehens. Das sind die Prinzipien, über die man sich einig sein sollte, und bei Einigkeit über diese Prinzipien ist dann die Verständigung über die Durchführung einfacher. Und von daher werden die Schulbücher beider Länder immer wieder und immer wieder neu gegenseitig diskutiert werden müssen.

Es darf nicht eine einmalige Festschreibung von Ergebnissen erfolgen.

Die künftige Arbeit kann unter drei Fragen gestellt werden:

1. Welche Ereignisse, Entwicklungen und Verhältnisse des jeweiligen Nachbarlandes können und sollen für den eigenen Geschichtsunterricht ausgewählt werden?
2. Welchen Forschungsstand besitzen wir zu den ausgewählten Abschnitten?
3. Welche Absichten werden mit der Behandlung der ausgewählten Tatsachen im Unterricht bei den Schülern verfolgt? (Lernziel-diskussionen).

Auf der anderen Seite aber müssen wir uns auch darüber klar sein, daß ein friedlicheres Verständnis beider Staaten durch Geschichtsunterricht nur möglich ist, wenn die Lehrpläne und Stundentafeln im Schulunterricht unserer Länder Raum und Zeit für die Behandlung von Geschichte lassen. Wir können nicht über deutsch-polnisches Geschichtsbewußtsein reden, wenn in der Schule keine Zeit und kein Platz ist, dies zu behandeln. Dieser Platz muß aber sein, weil Menschen und Gesellschaften ohne Erinnerung inhuman werden, weil allerdings auch Erinnerung ohne geistige Reflexion naiv werden würde.

Die Empfehlungen der UNESCO Kommissionen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland und ihre Anwendung im Geschichtsunterricht

Von Z b i g n i e w K u l a k, Leiter der Dokumentationsabteilung im West-Institut der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Poznań

Die Schulbuchempfehlungen, das Ergebnis der neun Konferenzen der UNESCO-Kommissionen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland, sind in beiden Ländern, gemäß den beiderseits getroffenen Vereinbarungen, veröffentlicht worden. In der Volksrepublik Polen in der führenden polnischen historischen Zeitschrift "Kwartalnik Historyczny" (Historische Vierteljahresschrift)¹⁾, in der Bundesrepublik Deutschland in der Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung Band 22.²⁾ Weitere Veröffentlichungen der Schulbuchempfehlungen werden in beiden Ländern vorbereitet.³⁾ Die gemeinsame Schulbuchkommission der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland ist schon bereits in die zweite Etappe ihrer Arbeit übergegangen. Demnach werden alljährlich - abwechselnd in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen - wissenschaftliche Konferenzen abgehalten. Sie sollen Problemen, die zur weiteren Klärung, zur fachwissenschaftlichen und didaktischen Vertiefung der Empfehlungen beitragen, gewidmet sein. Die erste dieser eingeplanten wissenschaftlichen Konferenzen zum Thema: "Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland und in Polen" wurde in Łańcut bei Rzeszów, im Südosten Polens, Anfang Juni 1977 erfolgreich durchgeführt. Die Materialien der wissenschaftlich sehr ergiebigen Konferenz, die zur wissenschaftlichen und didaktischen Erweiterung der entsprechenden Empfehlung einen wesentlichen Beitrag leisten werden, sind in der redaktionellen Bearbeitung und sollen demnächst auch veröffentlicht werden. Die wichtigste Sache aber, die volle Einführung der gemeinsam erarbeiteten Empfehlungen in die Schulpraxis wartet leider immer noch auf ihre volle Verwirklichung, ungeachtet dessen, daß dieser Frage ein besonders hoher Stellenwert im Normalisierungsprozeß der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland beigemessen wird.

In der Verwirklichung oder Nichtverwirklichung der Empfehlungen der gemeinsamen Schulbuchkommission in der Schulpraxis der Bundesrepublik Deutschland sieht die polnische öffentliche Meinung eine Maßnahme, der sie eine große politische Bedeutung beimißt. Das brachte der Erste Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiter-Partei Edward Gierek zur Sprache in einem Interview, das aus Anlaß des Besuches des Bundeskanzlers Helmut Schmidt in Polen gegeben wurde: "In der Haltung zu diesen Problemen sehen wir den Prüfstein der Einstellungen und Absichten gegenüber Polen und den Polen, der weit über den Bereich des Schulwesens hinausreicht,"⁴⁾ Diese Einschätzung entspricht der Wirklichkeit, denn in der Tat, ohne Anwendung der gemeinsam erarbeiteten Empfehlungen im Geschichtsunterricht kann man sich den weiteren Verlauf des Normalisierungsprozesses der Beziehungen zwischen unseren Staaten kaum vorstellen. Die Arbeit der gemeinsamen Schulbuchkommission der VRP und der BRD an den Empfehlungen war doch von der Idee getragen, die den eigentlichen Sinn der Schulbuchrevision und Schulbuchverbesserung bildet, "das Konfliktpotential"⁵⁾, um einen Fachausdruck aus dem Bereich der Konfliktforschung zu gebrauchen, aus den Schulbüchern beider Länder zu entfernen und durch solche Interpretationen und Formulierungen zu ersetzen, die die Jugend zu möglichst großer Verständigungsbereitschaft veranlassen sollte und dadurch das Entstehen solcher Verhaltensweisen zu begünstigen, welche das friedliche Miteinanderleben zwischen unseren Völkern und Staaten erleichtern und dann auch sichern. Eine schnelle und volle Anwendung der gemeinsam erarbeiteten Empfehlungen im Geschichtsunterricht ist dringend notwendig, um die Jugend beider Länder für die erfreulicherweise immer häufiger vorkommenden Begegnungen besser vorzubereiten, damit keine neuen zusätzlichen Belastungen des Normalisierungsprozesses zwischen unseren Staaten in Erscheinung treten. Die volle Anwendung der Empfehlungen im Geschichtsunterricht und ihre konsequente Berücksichtigung in den Schulbüchern würde nicht nur das "Konfliktpotential" entfernen, sondern auch den Umfang der Informationen zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen erweitern, was einen zusätzlichen Nutzen mit sich bringen dürfte. Solange aber die Empfehlungen keine gesamtheitliche Anwendung im Geschichtsunterricht und keinen vollen Eingang in die Schulbücher finden, bleibt mit den alten traditionellen Darstellungen der Geschichte

der deutsch-polnischen Beziehungen auch das "Konfliktpotential" und damit ein Störungsfaktor im Normalisierungsprozeß der Beziehungen zwischen unseren Staaten bestehen. Viele Schulbuchautoren der BRD legen einen besonders großen Wert auf die Information, daß die später von den Slawen bewohnten Gebiete, früher, das heißt vor der Völkerwanderung, von den Germanen besiedelt waren. Diese Information erscheint den Schulbuchautoren deshalb so wichtig, damit bei der Darstellung der mittelalterlichen Ostsiedlung die Feststellung getroffen werden könnte, daß die Ostsiedlung im Grunde nur eine Wiederbesiedlung eines alten germanischen Bodens sei, auf dem die Slawen Neuankömmlinge, dagegen die Deutschen die eigentlichen und rechtmäßigen Erben dieser Gebiete sind. Diese Art der Darstellung kommt besonders klar zum Ausdruck im Geschichtsbuch: Menschen in ihrer Zeit, Bd.: Im Mittelalter. Von Wolfgang Hug und Erhard Rumpf. Ernst Klett Verlag Stuttgart, 1. Auflage 1974, wo auf Seite 86 der Themenbereich "Deutsche siedeln im Osten" mit der Frage begonnen wird:

"Wer siedelte im 2. Jahrhundert zwischen Elbe und Oder?
im 7. Jahrhundert?"

Der Text wird mit vier kleinen Kartenskizzen, die das Gebiet zwischen Elbe und Weichsel darstellen, illustriert. Die Kartenskizzen wurden mit folgenden Erläuterungen versehen:

"Deutsche Ostsiedlung. Altes deutsches Siedlungsgebiet
und Neusiedlung im 8. - 11. Jahrhundert

im 12. Jahrhundert

1200 - 1250

spätere mittelalterliche Siedlung"

Auf Kartenskizzen werden die besiedelten Gebiete als nicht mehr zur polnischen politischen Gemeinschaft des Patrimonialstaates gehörend verzeichnet. Das gilt insbesondere für Schlesien. In dieser Frage gibt es sehr weitgehende unterschiedliche Interpretationen in den Historiographien unserer beiden Länder. In der polnischen Geschichtswissenschaft wird "die Trennung Schlesiens von der polnischen politischen Gemeinschaft auf die Jahre 1325/1348 datiert, und zwar im Zusammenhang mit dem Übergang der

schlesischen Teilfürstentümer in den Hoheitsbereich der Könige von Böhmen", was auch einen Niederschlag in der entsprechenden Empfehlung, jedoch in den Schulbüchern der BRD keine Beachtung gefunden hat.

Diese These, daß die Ostsiedlung nur eine Wiederbesiedlung eines alten germanischen Bodens sei, wurde von der nationalkonservativen preußisch-deutschen Historiographie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Unterstützung der politischen Ziele Preußens-Deutschland auf diesen Gebieten aufgestellt. Sie entbehrt aber jeder wissenschaftlichen Grundlage, denn "es steht fest, daß die Ostgermanen keine Vorfahren der deutschen Stämme waren", wie das in der ersten Empfehlung formuliert wurde. Trotzdem ist diese veraltete und wissenschaftlich unhaltbare These immer noch in den Schulbüchern der BRD anwesend. Von dieser politikbezogenen Darstellung nimmt jedoch das neue Schulbuch "Geschichtliche Weltkunde" Bd. I, 3. Aufl. 1975, S. 186f, Diesterweg Verlag, Abstand und schildert die Ostsiedlung vor allem als einen wirtschaftlichen und demographischen Prozeß, was der entsprechenden Empfehlung näher kommt. In diesem Schulbuch werden aber die Motive der Ostsiedler nicht genau herausgestellt, um den Schülern klarzumachen, daß die Menschen sehr gewichtige Gründe haben müssen, ehe sie sich entschließen, freiwillig die alte Heimat aufzugeben und eine neue zu suchen. Die sehr wichtige Feststellung aus der entsprechenden Empfehlung:

"Alle europäischen Völker, darunter die slawischen und germanischen, schufen selbständig die Grundlagen, die ihnen die Übernahme neuer Kulturformen ermöglichten",

kommt in diesem Geschichtslehrbuch auch nicht zum Ausdruck.

Die Einschätzung des Deutschen Ritterordens durch die Historiographie der BRD und Polens ist nach wie vor sehr unterschiedlich. Die traditionelle deutsche Geschichtswissenschaft und auch die der BRD betont vor allem grundsätzlich dessen zivilisatorische Tätigkeit. Das läßt sich in allen Lehrbüchern der BRD feststellen. Die Zahl der durch den Deutschen Orden gegründeten Dörfer und Städte wird fast immer angegeben. Dagegen aber wird die säkular-

staatliche und militärisch-expansive Rolle des Ordens wenig beachtet, die in der polnischen Geschichtswissenschaft wiederum, und auch in den polnischen Schulbüchern, eine große Rolle spielt, weil eben diese Seite der Tätigkeit des Ordens die Beziehungen zu Polen direkt beeinflusste. Zu einer größeren Annäherung der kontroversen Standpunkte beider Historiographien ist es trotz gewisser Fortschritte noch nicht gekommen, obwohl auf diesem Weg ernsthafte Bemühungen unternommen wurden auf der wissenschaftlichen Spezialkonferenz der Historiker der BRD und Polens in Toruń (Thorn) im September 1974.

Trotzdem versuchen erfreulicherweise einige Schulbuchautoren, auch den polnischen Standpunkt wenigstens teilweise in Form von Fragen zu berücksichtigen:

- "1. Versuche darzustellen, wie man den Ordensstaat
 - a) aus deutscher Sicht und
 - b) aus polnischer Sicht beurteilen könnte".

Geschichtliche Weltkunde, Bd. 1, S. 189.

"Die Beziehungen zwischen Polen und dem Ordensstaat untersuchen. Wodurch wuchs die Macht des Ordensstaates? Was führte zu den Kriegen zwischen Polen und dem Ordensstaat und was wurde im Frieden von Thorn bestimmt? Wem gehört das Gebiet des Ordensstaates heute?"

Lernimpulse 1. Begleitheft zum Arbeitsbuch Geschichtliche Weltkunde, Bd. 1 von Wolfgang Hug, Diesterweg Verlag, S. 61.

Die Antwort auf diese Fragen dürfte den Schülern Schwierigkeiten bereiten, denn in den Schulbüchern fehlen meistens die dazu nötigen Informationen oder sie sind in einer verniedlichenden Art und Weise dargestellt, wie z.B. die rücksichtslose und blutige Eroberung Danzigs und Pommerellens im Jahre 1308, die im krassen Widerspruch zu den ursprünglichen Ordenszielen stand.

Hierzu einige Beispiele:

"Nach dem Aussterben der Herzöge von Pommerellen fiel das Gebiet zwischen Oder und Weichsel an den Ordensstaat".
Menschen in ihrer Zeit, Bd. 3, Klett, 1. Auflage, 1974, S. 89.

"Nach dem Aussterben der Herzöge von Pommerellen fiel auch deren Gebiet an den Deutschritterorden ...".
Spiegel der Zeiten, Bd. 2, S. 112, Diesterweg, 7. Aufl. 1975.

"(Die Ordensritter) nahmen schließlich auch Pommerellen mit der Stadt Danzig in ihren Besitz".
Geschichtliche Weltkunde, Diesterweg, Bd. 1, S. 188.

"Hundert Jahre später waren Kulmer Land, Pommerellen mit Danzig und das Preußenland in der Hand des Ordens".
Grundzüge der Geschichte, Bd. 2, 10. Aufl. 1974, S. 118, Diesterweg.

"Das Aussterben des pommerellischen Fürstenhauses ermöglichte zu Anfang des 14. Jahrhunderts den Erwerb Pommerellens".
Fernis/Haverkamp, Von der Urzeit bis zur Gegenwart.
Diesterweg, 18. Aufl. 1975, S. 124.

Durch solche absichtlich tendenziöse verallgemeinerte Schilderungen wird die historische Wirklichkeit verharmlost. Außerdem sind diese Darstellungen sehr unpräzise, denn wie bekannt, ist das pommerellische Fürstenhaus im Jahre 1295 ausgestorben, hingegen erfolgte die blutige Eroberung Danzigs und Pommerellens durch den Deutschen Orden erst im Jahre 1308, also 13 Jahre später. Die so tendenziös verfaßten Darstellungen können dem Schüler nicht die eigentliche Ursache der Feindschaft und schließlich des Krieges zwischen Polen-Litauen und dem Ordensstaat aufhellen, die eben in der widerrechtlichen Annexion Pommerellens lag, mit der sich Polen niemals abgefunden hatte und welche den ursprünglichen Zielen des Ordens stracks zuwiderlief.

Die besonders lebhaften kulturellen und konfessionellen deutsch-polnischen Beziehungen im Zeitalter der Renaissance und des Barock werden von den Schulbuchautoren der BRD fast vollkommen übersehen, daher wohl auch die direkte Anregung in der siebenten Empfehlung, diesen Problemen stärker als bisher in den Schulbüchern Rechnung zu tragen. Das ist bis jetzt leider immer noch ohne Ergebnis geblieben.

Auch der polnische Staat im Zeitalter der Aufklärung wird in den Lehrbüchern der BRD übersehen, obwohl laut der 8. Empfehlung "Polen während der Aufklärung einer der aktivsten Brennpunkte der Europäischen Kultur war". Die politische Philosophie der westeuropäischen Aufklärung übte in Polen einen Einfluß aus, der zu den Veränderungen auf dem Gebiet der Staatsordnung, zu den Reformen des Großen Sejm 1788-1792 sowie zu der Verfassung vom 3. Mai 1791 geführt hat. Auch die besonders beachtlichen fortschrittlichen Leistungen des polnischen Staates auf dem Gebiet des Schulwesens - Nationale Edukations-Kommission 1773 - werden in den Lehrbüchern der BRD übergangen, obwohl es Pionierleistungen in Europa waren.

Die Darstellungen der Teilungen Polens werden in den Schulbüchern so allgemein abgefaßt, daß dem Schüler keine Möglichkeit geboten wird, zu einer klaren Erkenntnis deren Ursachen zu gelangen. Das besondere Engagement Friedrichs II. am Zustandekommen der ersten Teilung Polens kommt in den Schulbüchern auch nicht zum Ausdruck.

Bezeichnend ist das Fehlen jeglicher Informationen über den Kampf des polnischen Volkes um die Wiederherstellung seiner staatlichen Unabhängigkeit und Freiheit im polnischen Teilungsgebiet Preußens, der in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts eben hier am stärksten geführt wurde. Wenn schon vom politischen Freiheitskampf in den Geschichtslehrbüchern der BRD berichtet wird, dann nur von jenem im russischen Teilungsgebiet. Manche Schulbücher schreiben sozusagen die Polen nur dem polnischen Teilungsgebiet Rußlands zu, wie z.B. "Reise in die Vergangenheit", Bd. 3, S. 119:

"Die Polen gehörten, bedingt durch die polnischen Teilungen (1772, 1793, 1795), überwiegend zum russischen Reich".

In einem neuen Schulbuch: Geschichtliche Weltkunde, Bd. 2, Verlag Moritz Diesterweg, 1. Auflage 1975, "Vom Zeitalter der Entdeckungen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts". Von Wolfgang Hug, Wilfried Danner und Hefo Busley unter Mitarbeit von Franz Bahl, wird über die Russifizierung der Polen im polnischen Teilungsgebiet

Rußlands (S. 216) berichtet, nichts aber über die Germanisierungspolitik im polnischen Teilungsgebiet Preußens, von dem in diesem Schulbuch überhaupt keine Informationen vorhanden sind. Kennzeichnend ist in diesem Geschichtslehrbuch auch die Tatsache, daß das polnische Teilungsgebiet Rußlands einfach als Polen bezeichnet wird (S. 36, 38, 52), was die Schüler umso mehr irreführt, als die übrigen polnischen Teilungsgebiete Preußens und Österreichs überhaupt nicht erwähnt werden. Lediglich bei der sehr lakonischen Schilderung der ersten Teilung Polens (darüber berichtet nur ein Satz) werden alle drei Teilungsmächte genannt.

Die Polenpolitik des Deutschen Kaiserreiches wird in den Lehrbüchern entweder ganz übersehen oder nur gelegentlich am Rande gestreift, manchmal in einer Art und Weise, die den Gegebenheiten nicht gerecht wird. Zum Beispiel:

"In der Provinz Posen wurde sogar, um die polnische Geistlichkeit zu treffen, der Gebrauch der polnischen Sprache in Schule und Verwaltung nahezu ganz untersagt (1873-1876)".

Grundzüge der Geschichte, Sekundarstufe I (Gymnasium)
Bd. 3: Vom Westfälischen Frieden bis zum Jahre 1890.
Bearbeitet von Hans Herbert Deissler und Herbert Krieger
unter Mitarbeit von Alfred Makatsch. Diesterweg, 9. durchgesehene Auflage 1974, S. 275.

Diese Information führt den Schüler irre, da sie vermuten läßt, dieses Verbot sei nur gegen die polnische Geistlichkeit, und zwar nur für vier Jahre, worauf die in Klammern angegebenen Daten hinweisen; demnach hatte es also keineswegs die Germanisierung als Ziel.

Die Wirklichkeit sah vollkommen anders aus, denn das Ausmerzen der polnischen Sprache aus dem öffentlichen Gebrauch setzte erst jetzt richtig ein und dauerte bis zum Ende der preußisch-deutschen Herrschaft in dem polnischen Teilungsgebiet Preußens; aber hier wollen wir nicht näher darauf eingehen.

Es gibt nur einen ausführlichen Bericht über die Lage der polnischen Bevölkerung und die Polenpolitik im polnischen Teilungsgebiet Preußens, und zwar in dem Schulbuch - der Text umfaßt eine halbe Seite: Menschen in ihrer Zeit, Bd. 5: Im vorigen Jahrhundert, 1. Auflage 1974, S. 136, 1975 S. 136.

Es ist merkwürdig festzustellen, wieviel Mühe sich die Schulbuchautoren der BRD geben, um die Unzulänglichkeiten des Versailler Friedensvertrages vor allem in Ostmitteleuropa aufzuweisen. Zum Beispiel: Im Lehrbuch "Reise in die Vergangenheit", Lehrausgabe, Bd. 4, S. 103 L wird Ostmitteleuropa als ein neues Spannungsfeld bezeichnet, das "balkanisiert" worden ist. Alle Konfliktmöglichkeiten werden genau aufgezählt. Vierzehn lautet die Zahl. Ebenfalls wird die Zahl der Staaten und die Länge der Grenzen vor und nach dem Krieg angegeben, alles, um den Schüler zu überzeugen, daß die Lage in diesem Teil Europas schlechter geworden ist als die vor dem Kriege war. In einem anderen Schulbuch: Grundriß der Geschichte Ausgabe B, Bd. 3, 1974, S. 129/30, wird "der ausgedehnte Raum der zwischeneuropäischen Staaten" "außen- wie innenpolitisch" als "ein Unruheherd" und "eine Schütterzone" bezeichnet. (Diese Bezeichnung "Schütterzone" kommt öfters vor, z.B. Grundzüge der Geschichte, Sek. II, 1. Aufl. 1975, S. 317).

Das ist eine Einschätzung historischer Ereignisse nur vom Standpunkt deutscher Staatsraison. Eine solche Darstellung erschwert dem Schüler, die geschichtlichen Ereignisse richtig zu verstehen und unemotionell zu werten. Die positiven Bestimmungen des Friedensvertrages, wie z.B. die Tatsache, daß zahlreiche Völker, die jahrelang keinen selbständigen Staat besaßen, nun endlich ihre staatliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit wiedererlangten und somit die Möglichkeit ihrer nationalen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung, werden überhaupt nicht hervorgehoben.

Das neue Schulbuch "Geschichtliche Weltkunde", Diesterweg, 1. Auflage 1976, Bd. 3, S. 41f, nimmt Abstand von der erwähnten Tendenz und gibt eine wertfreie Darstellung des Vertrages von Versailles.

Die deutsch-polnischen Beziehungen in der Zeit der Weimarer Republik werden in den Schulbüchern der BRD meistens nicht berücksichtigt, abgesehen von seltenen Ausnahmen wie z.B. im Lehrbuch "Spiegel der Zeiten" Bd. 4, S. 40, 42, Diesterweg Verlag, 5. Auflage 1975. Auch auf die deutsch-polnischen Beziehungen in den Jahren 1933-1939 wird in den Geschichtslehrbüchern der BRD nicht näher eingegangen. Hingegen wird der polnisch-deutsche Nichtangriffspakt von 1934 fast immer erwähnt und richtig bezeichnet. Das neue Schulbuch "Geschichtliche Weltkunde" Bd. 3 stellt in einem 7-zeiligen Zitat die wichtigsten Bestimmungen dieses Vertrages dar. Nur in einem Falle wurde er als "Freundschafts- und Nichtangriffsvertrag" genannt (Miz, Bd. 6, Klett, 3. Aufl. 1975, S. 76) was fehlerhaft ist und der entsprechenden Empfehlung widerspricht.

Die nationalsozialistische Besatzungspolitik in Polen wird immer dargestellt, aber meistens nicht ausführlich genug, um dem Schüler klarzumachen, daß das planmäßig verfolgte Ziel dieser Politik "auch die Ausrottung der polnischen Intelligenz und Kultur, die Verknechtung des polnischen Volkes, die Umwandlung Polens in einen Kolonialraum anstrebte", wie es die Empfehlung vorsieht. Die einzelnen Informationen sind in manchen Schulbüchern zu finden, manchmal sind die Informationen sogar ziemlich umfangreich wie z.B. im Schulbuch "Geschichtliche Weltkunde" Bd. 3, S. 154, 160, Diesterweg 1. Aufl. 1976, es gibt aber leider keine der Empfehlung völlig entsprechende Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Besatzungspolitik in Polen. Eine solche Gesamtdarstellung wird für wünschenswert gehalten, umso mehr als Christoph Klessmann zutreffend feststellte: "... für die NS-Zeit bietet sich Polen besser als alle anderen osteuropäischen Staaten als Modell nationalsozialistischer Ost- und Lebensraumpolitik an, da diese hier - anders als etwa im Protektorat - schon in ihrer radikalsten Form in Erscheinung tritt und auch - stärker als das in der Sowjetunion möglich war, sämtliche Lebensbereiche umfaßt".⁶⁾

Die besonders beachtlichen Leistungen und Erfolge der polnischen Widerstandsbewegung auf kulturellem Gebiet wurden nur in einem Lehrbuch folgenderweise berücksichtigt:

"Erfolgreich war der polnische Widerstand auf kulturellem Gebiet: durch den Kampf gegen die deutscherseits geplante Verdummung der Nation. 2500 polnische Studenten erwarben sich im geheimen Studium die Kenntnis, deren ihr Land für den künftigen Wiederaufbau bedurfte".

"Grundzüge der Geschichte" Sek. I (Gymnasium) Bd. 4: Von 1890 bis zur Gegenwart. Bearbeitet von Hans Herbert Deissler und Herbert Krieger unter Mitarbeit Alfred Makatsch. 5. durchgesehene Auflage 1974, S. 226.

Man kann feststellen, daß der zwischen der VRP und BRD eingeleitete Normalisierungsprozeß der Beziehungen, die zustande gekommenen Schulbuchkonferenzen, die gemeinsam erarbeiteten Schulbuchempfehlungen, die in diesem Zusammenhang veröffentlichten Analysen und Aufsätze, eine positive Wirkung auf das breite Feld der Schulbuchrevision und Schulbuchverbesserung ausgeübt haben. Der Hang zur Revision, zur Verbesserung und sogar manchmal auch zur Erweiterung der Informationen ist feststellbar. Das sind aber immer noch nur einige punktuelle Revisionen, die Gesamtlösung steht bislang bevor.

Andererseits treten mit den neuen Ausgaben der Schulbücher die alten Mängel und Unzulänglichkeiten weiterhin in Erscheinung. So werden in der letzten 2. Auflage des im Jahre 1976 veröffentlichten Schulbuchs: Menschen in ihrer Zeit Bd. 4: in unserer Zeit. Von Friedrich J. Lucas, Heinrich Bodensieck, Erhard Rumpf, Günter Thiele, Klett-Verlag, zwei sehr subjektiv abgefaßte Erlebnisberichte als Darstellung der Zwangsumsiedlung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße veröffentlicht, von denen immer wieder gesagt wurde, daß sie das Entstehen emotioneller Reaktionen bei der Jugend begünstigen. Trotzdem werden diese subjektiven Erlebnisberichte immer wieder in den Schulbüchern publiziert. In dem genannten Schulbuch wird eine ausführliche Zeittafel über die "Sowjetisierung Polens", fast eine ganze Seite lang, zusammengestellt (S. 141). Drei Sätze informieren über den Oktober 1956 (S. 166), acht Zeilen über die Ereignisse im Dezember 1970, aber über den Vertrag vom 7. Dezember 1970 informiert nur ein Wort im folgenden Satz "Zwischen 1970 und 1973 unterzeichnete die Bundesregierung in Moskau, Warschau, Ost-Berlin und Prag Verträge, die

dieser Politik entsprachen" (S. 193). Der Warschauer Vertrag wird auch nicht im Quellenteil des Schulbuches zitiert. Seine wichtigsten Bestimmungen bleiben also unerwähnt.

Ähnlich wird im Schulbuch "Geschichtliche Weltkunde" Bd. 3: Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Von Wolfgang Hug, Joachim Hoffmann und Elmar Krautkrämer. Diesterweg, 1. Aufl. 1976 verfahren, wo auch nur ein Satz über den Vertrag vom 7. Dezember 1970 informiert:

"Die neue Bundesregierung schloß am 12. August 1970 mit der UdSSR und am 7. Dezember 1970 mit Polen Verträge ab, die Gewaltverzicht und Anerkennung der bestehenden Grenzen beinhalten". (S. 201).

Auch kein Zitat aus dem Vertragstext, wohl aber ein Fragment einer Rede von Herrn Franz Josef Strauss aus der Ratifikationsdebatte im Bundestag, gerichtet gegen die Verträge (S. 203). Die Befürworter der Verträge dagegen kommen in diesem Schulbuch nicht zu Wort. Dasselbe Schulbuch informiert aber sehr ausführlich, fast eine ganze Seite lang, über die innenpolitischen Vorgänge im Oktober 1956 und Dezember 1970 (S. 222/3). Darüber hinaus sind in den beiden oben erwähnten neuesten Schulbüchern keine weiteren Informationen über das gegenwärtige Polen enthalten, etwa: über den Wiederaufbau des Landes und der Kulturdenkmäler, über die Entwicklung der Bildungseinrichtungen, über die Industrialisierung und dergleichen, so als ob es verboten wäre, positiv über die Volksrepublik Polen zu berichten. Diese merkwürdige Stoffauswahl ist höchstwahrscheinlich auf die aus der Zeit des kalten Krieges stammenden Empfehlungen, die immer noch Geltung haben und als ein ganz großes Hindernis auf dem Wege zur Schulbuchverbesserung mit Polen anzusehen sind, zurückzuführen.

Schulbuchverbesserung heißt aber auch Erweiterung der Informationsbreite im Schulbuch. Das ist eine Notwendigkeit, auf die schon die im Völkerbund verfaßte "Deklaration über den Geschichtsunterricht vom 2. Oktober 1937" hingewiesen hat. Dort wird die Feststellung getroffen, daß gute Beziehungen zwischen den Ländern "weiterhin gestärkt werden können, wenn der jungen Generation jedes Landes um-

fangreiche Kenntnisse über die Geschichte anderer Nationen vermittelt werden..."⁷⁾. Es ist vollkommen klar, daß es besonders schwierig ist, dieses Anliegen zu verwirklichen, aber daß das im Interesse der großen Sache der Völkerverständigung unumgänglich ist, sollte keinem Zweifel unterliegen. Das Schulbuch soll, laut der UNESCO-Empfehlung, eine völkerverbindende Funktion ausüben und die Jugend im Geiste gegenseitigen Verständnisses und gegenseitiger Achtung erziehen helfen. Zur Achtung des anderen Volkes kann aber ein Schulbuch nur dann beitragen, wenn es auch eine entsprechende Anzahl von Informationen und Tatsachen vermittelt. Mängel dieser Art in Bezug auf Polen sind in den Schulbüchern der BRD besonders groß.

Außerdem sollte noch die Einstellung der öffentlichen Meinung in der BRD zur Schulbuchrevision und Schulbuchverbesserung zur Sprache gebracht werden. Man muß feststellen, daß sich diese Einstellung in der letzten Zeit stark verändert hat, und zwar in einem negativen Sinne. Nach dem Zweiten Weltkrieg erfreute sich die Sache der Schulbuchrevision und Schulbuchverbesserung einer hundertprozentigen Unterstützung seitens der ganzen Öffentlichkeit und aller politischen Parteien der BRD. Der Grund dafür ist in der Tatsache zu suchen, daß es sich damals um Schulbuchrevision und Schulbuchverbesserung mit den westeuropäischen Staaten handelte. In Bezug auf Polen stößt aber die Schulbuchrevision und Schulbuchverbesserung auf große Hindernisse verschiedener Art, die damals überhaupt nicht zur Sprache gekommen sind. Damals war man auch bereit, u.a. die Kompetenz des Bundes in Sachen Schulbuchrevision nicht so eng auszulegen, wie man es heute tut. In dieser Frage besteht eine rechtswissenschaftliche Untersuchung: "Die Schulbuchverbesserung durch internationale geistige Zusammenarbeit. Geschichte - Arbeitsformen - Rechtsprobleme"; (Erschienen im Georg Westermann Verlag Braunschweig im Jahre 1961) deren Verfasser Dr. Carl August Schröder zu folgendem Ergebnis gelangt:

"Bund und Länder wirken heute zusammen für die internationale Schulbuchverbesserung. - Für den Fall daß die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik durch Darstellungen in Schulbüchern ernstlich gefährdet werden, be-

sitzt der Bund ein Zwangsrecht, das er gegenüber den Ländern ausüben kann und muß" (S. 179).

Schulbuchverbesserung sollte Schulbuchverbesserung sein, unabhängig von der geographischen Richtung, unabhängig von dem Land, das sie betrifft.

Viel Anstrengungen, große Arbeit stehen noch bevor. Heute kann man das besser als je zuvor ersehen. Sie sollten aber der Mühe wert sein, besonders für diejenigen, die sich der großen Sache der Völkerverständigung verpflichtet fühlen.

Anmerkungen

- 1) Jahrgang 84, Nr. 1, 1977, S. 129 - 150.
- 2) Braunschweig 1977, S. 1 - 56.
- 3) Inzwischen wurden die Empfehlungen in polnischer und deutscher Sprache auch in der Zweimonatsschrift des Instytut Zachodni (Westinstituts) "Przegląd Zachodni", Jahrgang XXXIII, 1977, Nr. 1, S. 1 - 53 veröffentlicht.
- 4) FAZ 22.11.1977, S. 3.
- 5) Der Begriff "Konfliktpotential" wird hier als eine den gemeinsam erarbeiteten Empfehlungen nicht entsprechende Darstellung verstanden.
- 6) Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 1972, Nr. 12, S. 753.
- 7) League of Nation. Treaty Series, Vol. 182, S. 263, siehe auch Carl August Schröder, Die Schulbuchverbesserung durch internationale Zusammenarbeit. Braunschweig, G. Westermann Verlag, 1961, S. 192.

Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen und ihre Anwendung im Geographie-Unterricht

Von Dr. W i l l i P u l s , Vorsitzender des Verbandes Deutscher Schulgeographen

Die Schulbuchempfehlungen sind das Ergebnis einer mehr als fünfjährigen Zusammenarbeit der Kommission. Die Vertreter aus der Bundesrepublik Deutschland wurden für den Bereich der Geographie von Herrn Prof. Eckert eingeladen, wobei als Kriterien dienten: Kenntnis Polens, möglichst auch der polnischen Sprache, Tätigkeit im wissenschaftlichen Bereich oder in der Lehrerbildung oder als Mitarbeiter in Lehrplankommissionen bzw. als Autoren von Lehrbüchern. So wurde für den Bereich der Geographie von Anfang an sichergestellt, daß außer der Sachkenntnis auch der Bezug auf die Möglichkeiten der Umsetzung der Empfehlungen in die Praxis der Schule im Auge behalten wurde. Niemand hatte den Auftrag eines Ministeriums oder der Schulverwaltung.

Die Zusammenarbeit mit den polnischen Kollegen war erfreulich sachlich und offen. Gegensätze wurden nicht herabgespielt, sondern klar formuliert. Sie haben nicht immer Eingang in die Empfehlungen gefunden, weil wir zunächst einmal herausstellen wollten, was gemeinsames Anliegen war.

Für die Geographie war der Ausgangspunkt in beiden Ländern unterschiedlich - was übrigens auch in den Beratungen über die Schulbuchrevision mit anderen Ländern eine Rolle spielt. In den Lehrplänen und Lehrbüchern der Volksrepublik Polen hat die Behandlung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen einer allgemeinen politischen, ökonomischen Geographie der kapitalistischen Staaten und in der regionalen Geographie, Länderkunde, ihren festen Platz. Auch ist dieses Thema in dem einen oder den zwei Lehrbüchern, die in den Schulen benutzt werden, fest fixiert.

In der Bundesrepublik Deutschland dagegen haben die Lehrpläne der einzelnen Bundesländer - und mit ihnen die meisten neuen Schulbücher, die in unterschiedlicher Anzahl in den einzelnen Bundesländern zugelassen sind, in den letzten Jahren eine tiefgreifende

Veränderung erfahren. Früher wurde Polen, wie alle Länder Europas, meist im sechsten Schuljahr, also bei den 12 bis 13jährigen, unterrichtet. Eine zweite Behandlung im Rahmen europäischer Zusammenschlüsse in den 10. Klassen oder der Oberstufe des Gymnasiums war möglich, aber wohl nicht häufig.

Im Zuge der großen Curriculum-Diskussion für alle Fächer und der ALLGEMEINEN DIDAKTISCHEN Reform haben wir in der Geographie Lehrpläne entwickelt, die nicht mehr das Nacheinander von Ländern nach Erdteilen geordnet als Grundgerüst sehen, sondern die künftige Qualifikation des Staatsbürgers in den Vordergrund stellen. Neben die Wissensvermittlung tritt nunmehr die Betrachtung der Grundfunktionen menschlichen Daseins: wohnen, arbeiten, sich erholen, sich bilden, am Verkehr teilnehmen, sich fortpflanzen, in Gemeinschaften leben, sich versorgen und die Auseinandersetzung mit räumlichen Prozessen, Planungen und Situationen. An die Stelle des stofflich orientierten Angebots tritt eine lernorientierte Auswahl, anstatt des Leitmotivs vom Nahen und Fernen soll der Grundsatz treten: "Vom Einfachen zum Komplexen", so daß im Sinne einer Spirale das gleiche Thema - wie etwa die Stadt - mehrfach vorkommt.

Ich kann auf die allgemeine Problematik, die mit dieser Umstellung der Lehrpläne verbunden ist, hier nicht ausführlicher eingehen. In jedem Fall hat die Abschaffung des erdteil- und länderkundlichen Durchgangs zunächst bewirkt, daß die Länder Europas und damit Polen nicht mehr Thema des Erdkunde-Unterrichts im 6. Schuljahr sind. Auf die damit verbundene Problematik komme ich später noch zurück.

In der Oberstufe des Gymnasiums kann nach der inzwischen durchgeführten Reform die Geographie im Rahmen des gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeldes in den meisten Ländern als Leistungsfach gewählt werden. Hier ist es möglich, Polen als einen der Staaten des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (des COMECON) ausführlich, etwa neben UdSSR und/oder DDR zum Thema zu machen. Wir sind dabei, hierfür Unterrichtsmodelle zu entwickeln, wobei uns das Ostkolleg der Bundeszentrale für politische Bildung

dankenswerterweise sachverständige Hilfe leistet.

Aber der Unterricht in der gymnasialen Oberstufe erreicht nur einen Bruchteil der Jugendlichen. Ich möchte mich deshalb hier der Mittelstufe, vor allem dem 7. bis 9. Schuljahr zuwenden, die von allen, und dem 10. Schuljahr, das von dem größten Teil der Jugendlichen besucht werden.

Wenn wir auch nicht mehr Land für Land in den Lehrplänen berücksichtigen, so meinen wir doch, daß die Aufgabe der Geographie als eines Teilbereichs der politischen Bildung erfüllt werden muß. In einer Welt, die immer enger zusammenwächst, werden gerade die Probleme anderer Länder und Völker und der Vergleich mit dem eigenen einen immer größeren Raum einnehmen müssen. Die wichtigsten Staaten müssen als politische Gebilde mit ihren wirtschaftlichen und bevölkerungsgeographischen Problemen eingehend dargelegt werden. Das gilt für die Großmächte der Erde, für Beispiele aus den Entwicklungsländern und nicht zuletzt für unsere Nachbarn in Europa, im Norden und Süden, im Westen und Osten. So gesehen ist es unverständlich, daß einerseits die Öffentlichkeit von uns die Vorbereitung der jungen Staatsbürger auf ihre künftige politische Verantwortung fordert, daß aber andererseits die Kultusministerien mancher Länder in den von ihnen festgelegten Stundentafeln diese Möglichkeiten entscheidend einschränken, indem sie die Geographie in einigen Schuljahren auf eine Wochenstunde beschränken oder gar ganz ausfallen lassen.

In unserem Fall ergibt sich, Polen ist ein - im weiteren Sinne - Nachbarland und damit wichtig, so daß wir es als politische Einheit ausführlich besprechen müssen; aber die von einigen Kultusministerien eingeschränkten Stundentafeln lassen zur Zeit nur Raum für die Bearbeitung wichtiger Probleme Polens und der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland.

Wir haben uns in der Kommission zunächst für die kleinere Lösung - die Behandlung einzelner Probleme - entschieden, weil wir meinen, sie sei derzeit

in allen Bundesländern durchführbar
und weil wir für solche Unterrichtseinheiten
in absehbarer Zeit ausreichende Lehr- und
Lernmaterialien auszuarbeiten hoffen.

Wir haben diese Problemfelder den polnischen Kollegen vorgetragen
und sie um Unterstützung bei der Beschaffung der notwendigen
Materialien, Statistiken, Karten usw. gebeten. Diese Themen
haben wir auch in die Empfehlungen aufgenommen:

- a) Bevölkerungsbewegungen und ihre Ursachen - regionale und soziale Mobilität: "Demographische Veränderungen in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg - Kriegsverluste, Migrationen, Veränderungen der ethnischen Struktur, Berufsstruktur".
- b) Grenzen in ihrer politischen, ökonomischen und sozialen Wirksamkeit: "Polen in seinen neuen Grenzen - Veränderung des Potentials als eine der Grundlagen ökonomischen Aufbaus".
- c) Sozio-ökonomische Systeme in ihrer spezifischen Raumwirksamkeit: "Die 'sozialistische Industrialisierung' - naturräumliche, historische und ökonomische Aspekte (Instrumente, Etappen, Trends, Standortentscheidungen) am Beispiel Polen".
- d) Raumordnung und Landesplanung: "Raumplanung in den sozialistischen Ländern - Grundlagen und Instrumente des Abbaus räumlicher Disproportionen in Polen".
- e) Die sozialistische Stadt: "Grundlagen und Instrumente des Städtebaus und der Stadterneuerung in Polen - Funktion des Stadtzentrums, typische Elemente im Grund- und Aufbau, Ausmaß des Städtewachstums, Konzeptionen und Realisierungsmöglichkeiten der Stadtplanung".
- f) Probleme der Landwirtschaft: "Formen und Funktionen des sozialistischen und privaten Sektors der Landwirtschaft in Polen".

- g) Rohstoffpotential und Weltwirtschaft: "Die Verteilung der Ressourcen und ihre Bedeutung für Arbeitsteilung bzw. wirtschaftliche Kooperation am Beispiel Polen - Kohle, Kupfer, Schwefel".

Ebenso wird empfohlen, Problemfelder und Themen zur Geographie der Bundesrepublik Deutschland für die Darstellung in Lehrbüchern in Polen zu erarbeiten.

Es ist leicht zu erkennen, daß die genannten Unterrichtseinheiten die Möglichkeit bieten, Vergleiche mit der Bundesrepublik Deutschland oder der DDR oder mit beiden anzustellen.

Jedes dieser Themen gibt Gelegenheit, den deutschen und den polnischen Standpunkt, soweit sie voneinander abweichen, darzustellen und die Schüler auf diese Weise mit den Ansichten und Argumenten der Gegenseite bekanntzumachen und ihnen so - im Rahmen ihrer Altersstufe - ein selbständiges Urteil zu ermöglichen. Wir erwarten das auch von der polnischen Seite.

Angesichts der Wichtigkeit solcher politischen Themen der Staaten-geographie müssen wir aber immer wieder darauf hinweisen, wie notwendig es ist, daß die Schulverwaltung, die Kultusminister, der Geographie auch die dazu notwendigen Unterrichtsstunden zur Verfügung stellen.

Diese erarbeiteten Empfehlungen liegen nun vor, es kommt darauf an, sie in die Wirklichkeit umzusetzen. Sie sind allen Schulbuchverlagen zugegangen mit der Bitte, sie bei neuen und bei der Neuauflage eingeführter Werke zu berücksichtigen. Dabei ist uns der Satz der Empfehlungen wichtig, "Historische Sachverhalte, die von der Wissenschaft unterschiedlich interpretiert werden, sollen in ihrer Problematik und unter gleichgewichtiger Berücksichtigung beider Standpunkte dargestellt werden". (S. 179)

Unsere neuen Lehrbücher berücksichtigen bereits weitgehend die Empfehlungen der Schulbuchkonferenzen, da wir die Verlagslektoren

von Anfang an zu den Beratungen hinzugezogen haben.

Die polnischen Kollegen haben sich bereit erklärt, deutsche Lehrbuchautoren bei der Abfassung der Texte über Polen zu beraten, ebenso haben wir uns bereit erklärt, die polnischen Kollegen zu unterstützen. Außerdem haben wir angeboten, bei der Lieferung typischer Bilder, statistischen Materials und geeigneter Lesestoffe behilflich zu sein; die polnischen Kollegen haben dasselbe im Rahmen ihrer Möglichkeiten zugesagt.

Über den Austausch von Material hinaus sollte vor allem den Verfassern von Lehrbüchern, den Bearbeitern von Lehrplänen, weiter aber auch allen Lehrenden die Möglichkeit gegeben werden, das andere Land und seine Bewohner aus eigener Anschauung kennen zu lernen.

Durch Vermittlung des Georg-Eckert-Instituts und der UNESCO-Kommissionen haben die Geographen bereits drei deutsch-polnische Symposien für Lehrbuchautoren und in der Lehrerbildung Tätige veranstaltet. In Eschwege standen Themen der Landwirtschaft im Vordergrund, in Münstereifel regionalgeographische des Raums zwischen Rhein und Grenze der Bundesrepublik Deutschland gegen die Niederlande, Belgien und Luxemburg, und in Polen fand ein Symposium zu Problemen des Dreistadt-Ballungsraum - Danzig - Zoppot - Gdingen (Gdansk, Sopot, Gdynia) statt. Die Ergebnisse werden damit Eingang in Lehrbücher und Unterrichtsmaterialien finden. Die von den meisten Schülern gelesene "Geographische Rundschau" hat in mehr als 16 000 Exemplaren im Ihnen vorliegenden Heft 11 jetzt im November den Teil Geographie der Schulbuchempfehlungen veröffentlicht und zur Diskussion gestellt.

In Studienreisen von Schulbuchautoren für Geschichte und Geographie und einer gemeinsamen Unternehmung des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands und des Verbandes Deutscher Schulgeographen hatten Professoren der Pädagogischen Hochschulen und Fachleiter der Studienseminare Gelegenheit, Polen zu erkunden und wichtige Gespräche über die deutsch-polnische Zusammenarbeit

zwischen Lehrern der beiden Fächer zu führen. Wir hoffen sehr, daß bald auch größere Gruppen von polnischen Kollegen die Gelegenheit haben werden, sich unser Land genauer anzusehen und mit seinen Bewohnern in engeren Kontakt zu kommen, wie es soeben in einer deutsch-polnischen Geschichtslehrertagung geschah und wir es für 1978 mit einer entsprechenden Geographie-Lehrertagung beabsichtigen. Die Ergebnisse unserer Studienreisen und Besuche werden in mehreren Arbeitsgruppen verarbeitet; dabei streben wir eine enge Zusammenarbeit mit den Geschichtslehrern an, weil gerade das Thema Polen mit den für das polnisch-deutsche Verhältnis entscheidenden letzten beiden Menschenaltern von keinem der beiden Fächer allein zu bewältigen ist. Die Geographen interessieren sich besonders für Fragen der Planung im sozialistischen Polen, weil dabei auch ein Systemvergleich mit der DDR möglich erscheint. Ebenso befinden sich Themen der vergleichenden Stadtgeographie und der Landwirtschaft sowie der Energiewirtschaft in Arbeit. An den Universitäten und pädagogischen Hochschulen werden die ersten Semester- und Prüfungsarbeiten über deutsch-polnische Beziehungen angefertigt.

Wir bemühen uns, in unserer Arbeit als Lehrer und Erzieher zu einem besseren Verständnis beider Völker beizutragen. Das wird ein langer und mühsamer Weg werden, der nicht nur durch behördliche Erlasse und Verlautbarungen, sondern vor allem durch Überzeugungskraft der Argumente und durch die Entwicklung der politischen Beziehungen erleichtert wird.

Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen und ihre Anwendung im Geographie-Unterricht der Volksrepublik Polen

Von Professor Dr. J o z e f B a r b a g, Universität Warschau, Mitglied der gemeinsamen Schulbuchkommission

Die Bearbeitung der Empfehlungen zur Revision der Geographieschulbücher für die allgemeinbildenden Schulen durch die gemeinsame Schulbuchkommission hat im allgemeinen nicht so große Schwierigkeiten verursacht wie diejenigen, gegen die die Historiker ankämpfen mußten. Denn in der Geographie gab es weniger strittige Probleme, weniger emotional akzentuierte Angelegenheiten. Die Geographie stellt keine Ansprüche auf Kommentierung und Erklärung der Vergangenheit, sie befaßt sich mit der Gegenwart, sie operiert mit konkreten, nachweisbaren Fakten, sie stellt sich die bescheidene, aber gar nicht so leichte Aufgabe der Darstellung und Erklärung der Ursachen der räumlichen Differenzierung der physisch-geographischen, ökonomisch-gesellschaftlichen sowie politischen Erscheinungen und Strukturen. Obwohl es heute keine Einstimmigkeit in den Angelegenheiten der vollen und präzisen Definition der Geographie als Disziplin gibt, hatten wir in unserer Arbeitsgruppe der Kommission keine Schwierigkeiten mit der solidarischen Bestimmung der Aufgaben und der Rolle der Geographie als Unterrichtsgegenstand. Wir waren alle der Meinung - und dem gaben wir in den Empfehlungen Ausdruck -, daß der Geographieunterricht dazu beiträgt, daß "der Schüler die Fähigkeit des Mitwirkens in der rationellen und verantwortlichen Gestaltung des geographischen Milieus erzielt. Der heranwachsende Bürger eignet sich das Wissen und die Einsicht in die vielseitigen Probleme des eigenen Landes und anderer Völker an. Dies fördert die Toleranz und die Einstellung hinsichtlich der Achtung für andere Nationen". Die Geographen aus Polen und der Bundesrepublik Deutschland hoben besonders die Bedeutung des Unterrichts der Länderkunde für die politische Erziehung sowie für die Bekämpfung der Vorurteile und der nationalistischen Einstellungen hervor. Die Länderkunde ist ein Gegenstand, der dem Schüler zeitgenössische und zugleich auf die Zukunft orientierte Informationen und Anschauungen über das Thema der

rationellen Gestaltung des Raumes übermittelt, er wird bestärkt in der Überzeugung, daß die wirtschaftliche Tätigkeit des Menschen auf die Gestaltung des Raumes Einfluß hat und daß das geographische Milieu ebenfalls einen wesentlichen Einfluß auf die Tätigkeit der Gesellschaft ausübt. Eine gut unterrichtete Länderkunde ist eine ausgezeichnete Arznei gegen die nationale Megalomanie einerseits und gegen den Minderwertigkeitskomplex andererseits.

Obwohl die Experten und Mitglieder der Kommission Menschen mit verschiedenen Weltanschauungen und politischen Anschauungen waren, gab es in der Kommission keine krassen Widersprüche, soweit es sich um die grundsätzlichen methodologischen Voraussetzungen handelt. Es verband uns alle ein entschieden negatives Verhältnis zur Geopolitik, die eine nichtwissenschaftliche und gesellschaftlich schädliche Entstellung der politischen Geographie ist, und auch ein negatives Verhältnis zu dem idealistischen Voluntarismus, der die Rolle des natürlichen Milieus in der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Entwicklung unterschätzt.

Die Übereinstimmung der Anschauungen der Kommissionsmitglieder in der Angelegenheit dieser allgemeinsten Voraussetzungen, die übrigens bereits von der enormen Mehrheit der zeitgenössischen Geographen angenommen wurden, erleichterte die Formulierung der Empfehlungen in der Atmosphäre einer sachlichen Diskussion. In den Empfehlungen wurden nicht alle eine Verständigung erfordernden Probleme berührt. Einige wurden auf den abwechselnd in Polen und in der Bundesrepublik Deutschland organisierten Symposien vertieft. Solche Symposien fanden bereits in Eschwege, in Zoppot und in Bad Münstereifel statt und waren vor allem dem näheren Kennenlernen des Landes gewidmet. Verbunden mit instruktiven Exkursionen unter der Leitung von hervorragenden Spezialisten bestätigten diese Symposien die Richtigkeit des didaktischen Grundsatzes, daß es besser ist einmal zu sehen als zehnmal zu lesen. Die Symposien, an denen ebenfalls Autoren von Schulbüchern teilnahmen, haben zweifelsohne zur Korrektur so manchen sachlichen Fehlers im Text des Schulbuches, das die Geographie des anderen Landes betrifft, beigetragen.

Die Empfehlungen zur Revision der Geographieschulbücher fanden Approbation in Polen. In der Bundesrepublik Deutschland waren sie Gegenstand einer Bewertung iunctim mit den Empfehlungen zu den Geschichtsschulbüchern. Ausführliche negative Meinungen zu den Empfehlungen der Arbeitsgruppe der Geographie kenne ich nicht. Sie befanden sich wahrscheinlich nicht in den in der Bundesrepublik Deutschland erscheinenden geographischen Zeitschriften.

Aber die faktische Annahme der Empfehlungen ist nicht deren wörtliche Billigung, sondern die Einführung ins Leben - das heißt in die Schulbücher, in Karten, Atlanten, Enzyklopädien u.ä. und, durch ihre Vermittlung, in die Schulpraxis - einer breit aufgefaßten politischen Erziehung der Erwachsenen und Jugendlichen.

Welches sind die Resultate der Arbeit der Kommission in einer derartigen Auffassung? Als Mitglied der Kommission vom Anfang ihres Bestehens an möchte ich feststellen, daß wir beim Abschnitt Geographie gewisse, wenn auch noch nicht zufriedenstellende Errungenschaften zu verzeichnen haben. Diese sind vermutlich das Ergebnis der Zeit, der allgemeinen Atmosphäre einer fühlbaren Entspannung in den internationalen Beziehungen, und insbesondere unserer Staaten; es ist das Resultat einer immer stärkeren Einstellung betreffend den Realismus und den Pragmatismus in den internationalen Beziehungen, aber ebenfalls in einem gewissen Grade das Verdienst der Kommission und ihrer Freunde, die ehrlich eine Verständigung herbeiwünschen und konkrete Bedingungen suchen, die diesem Prozeß förderlich sind.

Worauf beruhen die bisherigen Errungenschaften trotz des Fehlens einer Approbation der Empfehlungen seitens der Schulbehörden der Bundesrepublik Deutschland? Sie beruhen auf der Beseitigung gewisser Elemente aus den Schulbüchern, die deutlich die Verständigung unmöglich machten und der Normalisierung der Beziehungen schadeten. Zu solchen Elementen gehört die beleidigende Bezeichnung Polens als "Satellitenstaat", "rückständig in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht" ("Europa", E. Klett Verlag, Stuttgart 1966, S. 125). Solche Formulierungen sind bereits verschwunden, aber eine abfällige Information über Polen tritt auch in den

späteren Schulbüchern auf. Im Schulbuch "Mitteleuropa, Deutschland und seine Nachbarländer im Osten und Süden", L. Krause und H. Schöcker, Blutenberg Verlag, München, finden wir solch ein Bild Polens: "Hin und wieder erblickt man einen hohen Schornstein. Er gehört zu einer Zuckerfabrik oder einer Brennerei, in der aus Korn oder Kartoffeln Schnaps gebrannt wird". In dem Schulbuch "Fahr mit in die Welt" Josef Kaiser und Wilhelm Ostermann. II. Band "Europa", Verlag Diesterweg, Frankfurt-München 1975(!) lesen wir über die Bevölkerungs- und Sprachverhältnisse in Schlesien: "Nicht Breslau, nicht Stettin machen heute noch den stärksten deutschen Eindruck, sondern Kattowitz, Königshütte, Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg und das oberschlesische Industriegebiet. Gering sind hier die Veränderungen, fast null die Zerstörungen, gleich null die Möglichkeit, von einem der Einwohner nicht verstanden zu werden, so man nur des Deutschen mächtig ist". (S. 122) Das Bild des polnischen Dorfes repräsentieren zwei Photographien einer mit Stroh bedeckten Hütte.

Sieht das zeitgenössische Polen wirklich so aus?

Die Angelegenheit der Westgrenze Polens ist in einigen Schulbüchern im Widerspruch zum Geist und Buchstaben des zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1970 geschlossenen Vertrages dargestellt. In dem bereits oben zitierten Schulbuch (L. Krause und H. Schöcker, Blutenberg Verlag) schreibt der Autor: "Die Länder des Ostblocks betrachten die Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens. Ein Friedensvertrag soll die endgültigen Grenzen festlegen. Bis jetzt kam es aber nicht dazu" (S. 109). Ein anderer Autor des Schulbuches (Kaiser und Ostermann) nennt Schlesien "zum größten Teil deutsches Gebiet unter polnischer Verwaltung".

Vom Fehlen einer ausdrücklichen Affirmation der Realien der politischen Anordnung nach dem Kriege seitens der Autoren der Geographieschulbücher zeugt oftmals eine übertriebene und nicht objektive Unterstreichung der Werte der von den Deutschen verlorenen Ostgebiete. "Der Verlust der deutschen Ostgebiete bedeutet nicht nur eine wirtschaftliche Schwächung Deutschlands, sondern auch den

Verlust deutschen Kulturlandes". "Viele berühmte Naturwissenschaftler (Kopernikus), Philosophen (Kant, Schopenhauer) ... hat Ostpreußen hervorgebracht". (Oldenburg, Hirt, Schroedel Verlag 1972).

Die Hervorhebung derartiger Momente fördert nicht das Entstehen einer Stimmung zur Verständigung und zu einer freundschaftlichen Koexistenz der Völker. Vom pädagogischen und didaktischen Gesichtspunkt aus ist auch die Erörterung - in den Geographieschulbüchern der Bundesrepublik Deutschland - von Gebieten, die einstmals zu Deutschland gehörten und die gegenwärtig ein integraler Teil Polens sind, unrichtig. Ein solches Vorgehen - und es wird leider praktiziert - (Erdkunde 4. Wolfgang Hausmann, Oldenburg Verlag, München 1972) würde ich zu den negativen Katalysatoren rechnen, die die Vernarbung der Wunden hemmen.

Ich habe über die bemerkten Mängel in den Schulbüchern gesprochen. Die Bewertung ihres Aktualitätsgrades ist schwer, denn die Verlage geben häufig aus kommerziellen Gründen nicht das Jahr der Herausgabe an. Der in den Empfehlungen postulierte Austausch von Schulbüchern verläuft ebenfalls nicht wirksam genug.

Noch eine Angelegenheit erfordert Erwähnung. Seit einigen Jahren wird in der Bundesrepublik keine Länderkunde unterrichtet oder fast gar nicht unterrichtet. Der Geographieunterricht konzentriert sich auf allgemeine Probleme, die durch entsprechende Beispiele aus verschiedenen Ländern und Regionen illustriert werden. Da sämtliche Mitglieder der Kommission der Meinung waren, daß Polen ein Unterrichtsgegenstand in den westdeutschen Schulen sein sollte, haben wir auf dem Symposium in Eschwege vereinbart, daß - infolge des Fehlens der Länderkunde in den Unterrichtsprogrammen der Bundesrepublik Deutschland - dies in Form einer Auswertung der Thematik "Polen" bei der Bearbeitung allgemeiner geographischer Probleme erfolgen kann. Unser Land gibt viele Gelegenheiten zur Veranschaulichung der in den Geographiestunden berührten wichtigen allgemeinen Probleme, zum Beispiel Grenzänderung nach dem Kriege, der großen Bevölkerungswandlungen, der schnellen Industrialisie-

rung, des Wiederaufbaus und der Stadtsanierung, der direkten und indirekten zentralen Planung. In dem - in methodischer Hinsicht - sogar sehr guten Schulbuch "Welt und Umwelt", in dem Beispiele von einigen zwanzig Staaten angegeben sind, betrifft leider keines Polen.

In den polnischen Schulbüchern dagegen wird die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen einer gesonderten Lektionseinheit und in einem besonderen Abschnitt in den Schulbüchern für die Grund- und Lyzealschulen besprochen. Es scheint mir - und meine deutschen Kollegen teilen im Prinzip diese Meinung - daß die Information über die BRD in unseren Schulbüchern, nach Entfernung einiger irriger Formulierungen, objektiv ist und daß sie die charakteristischen und wesentlichen Merkmale dieses Landes, für das sich unsere Gesellschaft sehr interessiert, berücksichtigt.

Ich möchte mit Zufriedenheit feststellen, daß unlängst in der Bundesrepublik einige Publikationen erschienen sind, die sich auf die Geographie Polens beziehen. Gerhard Fischer hat es für möglich anerkannt, in seinem Buch "Staaten und Grenzen" sogar polnische Autoren zu zitieren. Prof. Wöhlke hat eine gute Charakteristik des geographischen Milieus Polens in der vom Johann-Gottfried-Herder-Institut herausgegebenen Publikation "Polen" gegeben. Ziemlich viel aktuelle Informationen und eine kritische - meiner Meinung nach eine übertrieben kritische - Bewertung der polnischen Landwirtschaft hat Adolf Heuer in der Arbeit "Landwirtschaft und Wirtschaftsordnung", Westermann Verlag 1973, gebracht. Sachliches, Polen betreffendes Material befindet sich in dem Schulbuch "Neue Geographie", Verlag A. Kersberg und E. Meffert, August Bagel Verlag 1974.

Am Rande der erscheinenden Publikationen und Materialien möchte ich die folgende Bemerkung machen. Wir wünschen uns gar nicht, daß Polen in den ausländischen und inländischen Publikationen als ein Zauberland dargestellt wird, in dem alles schön und ausgezeichnet ist. Im Gegenteil - für das Verstehen dessen, was in Polen vorgeht, ist es notwendig, neben den Errungenschaften ebenfalls die

noch bestehenden Mängel und Schwierigkeiten zu zeigen, aber auf eine objektive und ehrliche Art und Weise.

Zwecks Klarheit ist es wert hervorgehoben zu werden, daß wir - obwohl die Geographie sich mit der Gegenwart befaßt - in der Kommission heikle Momente aus unserer gemeinsamen Geschichte nicht vermieden haben, und wir haben nicht versucht, dies zu beschönigen. Aber indem man sich auf historische Fakten beruft - dort, wo dies notwendig ist -, kann man einen entsprechenden Kommentar nicht vermeiden. Leider habe ich in den zahlreichen Geographieschulbüchern der Bundesrepublik Deutschland, die ich Gelegenheit hatte durchzulesen, nirgends eine klare und ausdrückliche Feststellung gefunden, daß die Quelle der tragischen Ereignisse während des Krieges und nach dem Kriege die Anstiftung desselben durch den Faschismus war. Über Hitler habe ich zum Beispiel in den von mir durchgelesenen Schulbüchern nur eine einzige Bemerkung gefunden "Hitler zerschlug Polen im Jahre 1939". -

(Deutschland und seine Nachbarländer im Osten und Süden; L. Krause und H. Schröcker, Blumenberg Verlag, München). Eine solche Feststellung wird in einem Land, in dem u.a. durch Hitlers Schuld sechs Millionen Menschen ermordet wurden, als Beleidigung betrachtet.

Ein wichtiges Problem, das von der Kommission nur teilweise diskutiert wurde, und das seine Widerspiegelung in den Empfehlungen findet, ist die kartographische Übermittlung. Eine Übereinstimmung wurde im Prinzip erreicht, soweit es sich um die Ortsnamen handelt. Bei der Bearbeitung der Karten und Texte zum Schulgebrauch sollten die Autoren und Verleger die im gegebenen Land offiziell gebrauchten Ortsnamen benutzen. Aus didaktischen Gründen können zweisprachige Bezeichnungen notwendig erscheinen. Andere geographische Namen (Flüsse, Seen, Landschaften) können ebenfalls in zwei Sprachen oder nur in der Muttersprache des Schülers gebraucht werden. Namen, die das Ergebnis einer bewußten Germanisierungstendenz sind, sollte man nicht gebrauchen.

Ungelöst und Ärgernis erregend ist bisher die Angelegenheit der künstlichen, punktierten Grenze - die sogenannte "Perlenkette" - die bislang in den Schulatlanten der Bundesrepublik Deutschland

eingeführt ist. Diese "punktierte" Grenzlinie trennt auf den zeitgenössischen politischen, wirtschaftlichen und physikalischen Karten die polnischen West- und Nordgebiete von den übrigen Territorien Polens. Dies ist ein mit dem Geist und dem Buchstaben des im Jahre 1970 zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossenen Vertrages im Gegensatz stehendes Zeichen. Das Zeichen der internationalen Grenze auf der Karte stellt das augenscheinliche Symbol der Souveränität des Staates dar, und es ist verständlich, daß die polnische Seite gegen die Verunstaltung dieses Symbols kategorisch Einspruch erhebt. Ich erinnere daran, daß es sich hier nicht um historische Karten handelt, sondern um zeitgenössische. Die Karte mit der "Perlenketten"-Grenze im Westen und der zeitgenössischen Grenze Polens im Osten ist eine kartographische Desinformation, denn es gibt keinen Staat mit derart abgesteckten Grenzen, und es hat ihn auch niemals in der Geschichte gegeben.

Weiterhin verharret hier in einem hartnäckigen Regress der größte kartographische Verlag der Bundesrepublik Deutschland "Mairs Kartographischer Verlag" (Stuttgart-Baden-Württemberg), indem er in einer Massenaufgabe Karten mit einer doppelten Bezeichnung der polnischen Grenzen und mit der Prioritätsanwendung der früherem deutschen Namen herausgibt. Dies betrifft auch die für das Jahr 1977/78 in Massenaufgabe herausgegebenen touristischen Auto-Atlanten auf Bestellung von solchen bekannten Firmen wie Shell, Varta, Continental.

Der Verlag und seine Kartographen halten sich hier weiterhin an die angeblich in dieser Hinsicht geltenden Direktiven der Regierung - ohne die Veränderungen dieser Direktiven wird der Verlag die Bezeichnungsart der Staatsgrenzen der Volksrepublik Polen nicht ändern.

Derselbe Verlag führt hier eine doppelte Politik, und zwar sind die von der kartographischen Redaktion dieses Verlages "Mair" bearbeiteten, für Österreich und die Schweiz bestimmten Karten (in deutschsprachiger Version) vollkommen richtig ausgeführt, und man kann sie ohne größere Vorbehalte annehmen (z.B. die von dem - mit

dem Verlag "Mair" zusammenarbeitenden - internationalen Hallweg-Verlag). Dies ist ein Beweis dessen, daß die unrichtige Bezeichnung der Staatsgrenzen der Volksrepublik Polen, aus bewußt berechnenden politischen Gründen, lediglich innerhalb der Bundesrepublik Deutschland angewandt wird.

Man kann beobachten, daß man bereits in einigen anderen Verlagen beginnt, die richtige und eindeutige Bezeichnung der Staatsgrenzen der Volksrepublik Polen anzuwenden (z.B. auf den Karten des Michelin-Verlages in Karlsruhe, dem Verlag Kümmerli und Frey, in dem im Jahre 1977 herausgegebenen (in Massenauf- lage) "Knaurs Lexikon" und in einigen anderen, zum Beispiel Ravenstein, Busche).

Dies ist noch ein Beweis für die restriktiven Direktiven der Regierung hinsichtlich derjenigen Verlagsposten, die offiziell approbiert werden müssen (Schulbücher, Atlanten, Schulkarten usw.), die die Verleger hauptsächlich von der richtigen Darstellung der Grenzen der Volksrepublik Polen zurückhalten.

Es ist auch kein Fortschritt in der richtigen Darstellung der Grenzen der Volksrepublik Polen in den Geographieschulbüchern festzustellen, die in der Bundesrepublik Deutschland für das Schuljahr 1977/78 herausgegeben wurden. Zum Beispiel:

Der Schroedel Verlag bringt in dem Schulbuch "Dreimal um die Erde - Unsere Welt im Wandel", Bd. 3, Aufl. 1977, auf Seite 105 (im Thema über den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe - RWPG) in der Karte Polens die "punktierte" Grenze aus dem Jahre 1937.

Im Atlas "Unsere Welt" desselben Verlages finden wir in einer Großausgabe aus dem Jahre 1976, die für das laufende Schuljahr bestimmt ist, auf den Seiten 35, 70/71, 72, 74 - wie oben - die "Perlenkette" der Grenzen aus dem Jahre 1937, zusammen mit der Anwendung deutscher Ortsnamen.

Der List Verlag gibt in seiner neuesten Ausgabe des "List Großer Weltatlas" - Ausgabe für die Schulen in Nordrhein-Westfalen (!)

auf den Karten auf den Seiten 65, 69, 71 die "punktierten" Grenzen aus dem Jahre 1937 sowie die deutsche Bezeichnung der Ortschaften, lediglich bei wichtigeren Orten werden in Klammern die aktuellen polnischen Namen gegeben.

In dem im Jahre 1977 vom List Verlag herausgegebenen "Harms ATLAS - Deutschland und die Welt" ist auf den Seiten 31, 35 und 42 die Staatsgrenze der Volksrepublik Polen an der Oder und Neiße sowie im Norden Polens durch eine deutliche unterbrochene Linie angegeben (im Unterschied zu anderen internationalen Grenzen in Europa), außerdem sind die Grenzen aus dem Jahre 1937 "punktiert". Der "Harms Atlas" ist einer der drei bedeutendsten Schulatlanten, die in den Schulen der Bundesrepublik Deutschland massenhaft benutzt werden.

Der Verlag Westermann - als größter Schulbuchverlag in der Bundesrepublik Deutschland - bringt ohne größere Veränderungen die Ausgabe 23 aus dem Jahre 1977. Der "Diercke Weltatlas" hat auf den Seiten 71, 82, 94 und 98 sowohl die "Perlenketten"-Grenzen aus dem Jahre 1937 als auch die alten deutschen Ortsnamen in West- und Nordpolen angeführt.

Es ist höchste Zeit, daß dieses Symbol des kalten Krieges und der Affirmation eines imaginären Provisoriums aus den Schulatlanten verschwindet. Davon, daß dies möglich ist, zeugen verschiedene Karten, die in der Bundesrepublik Deutschland erscheinen, u.a. die täglich im Fernsehen gezeigte Karte der Wettervorhersage und auch Karten, die für den Schulgebrauch bestimmt sind, wie z.B. "Thematische Karten zur Welt von heute", Hirt-Vieweg Verlag oder "Atlas zur Geschichte" Cornelsen, Velhagen, Klasing.

Ich nähere mich dem Ende meiner Ausführungen. Ich möchte nicht, daß infolge der Hervorhebung - in meinem Referat - der noch bestehenden Mängel der Eindruck entsteht, daß ich die bisherige Tätigkeit der Kommission negativ bewerte. Ganz im Gegenteil - ich meine, daß sie ihre Aufgabe erfüllt hat, und daß ihre Tätigkeit - in veränderter Gestalt - fortgesetzt werden sollte. Denn wir treten in eine Etappe der Zusammenarbeit ein, in der es schon

nicht mehr nur um die Beseitigung dessen geht, was die Verständigung stört, aber notwendig ist ebenfalls die Zugänglichkeit und die Verallgemeinerung dessen, was gestattet, das andere Land, seine Natur, Menschen, Wirtschaft, Kultur und Politik besser kennenzulernen. Das ist das einzige Verfahren, um sich der oberflächlichen und falschen Bewertung sowie der eingewurzelten Vorurteile zu entledigen.

Die junge Generation und die Zukunft der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland

Vortrag von Herrn Erich Frister, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Die Themenstellung, " Die junge Generation und die Zukunft der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland ", ist außerordentlich umfassend und mit der Formulierung " die junge Generation " eine Verlockung zu allgemeinen Aussagen gegeben, die man begründet nicht wagen kann; denn wer würde es schon auf sich nehmen zu behaupten, er könne etwas allgemein Gültiges über die junge Generation sagen. Soweit es die Bundesrepublik betrifft, stellt sich diese junge Generation sehr buntscheckig dar. Das ist von der Ausbildung und Berufstätigkeit abhängig, von der Zugehörigkeit zu gesellschaftlichen Schichten, von dem Familienschicksal. Wir alle neigen dazu, das erschwert häufig die politischen Diskussionen, unsere Urteile über die Gesellschaft, über gesellschaftliche Gruppen aus der eigenen Erfahrung her abzugeben. Diese Erfahrung ist notwendigerweise, was den Umgang mit Personen anbetrifft, begrenzt. Vielfach bewegt man sich in Kreisen, wo ein bestimmtes gemeinsames Verständnis, bestimmte gemeinsame Auffassungen vorhanden sind, was dann leicht dazu führt, daß man andersartige Positionen, die in einem anderen Erfahrungsfeld vorhanden sind, übersieht.

Ich halte es für notwendig, so etwas vorzuschicken, weil bei den weiteren Ausführungen natürlich die Themenformulierung von der " jungen Generation " übernommen werden muß. Aber immer mit dem Gedanken im Hinterkopf, daß dies nicht das ganze Spektrum trifft und eben auf der Grundlage eines notwendigerweise begrenzten Erfahrungsfeldes gewonnen ist, wenn auch von meiner Tätigkeit als Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft her in einem relativ brei-

ten Feld von Diskussionserfahrungen, allerdings mit Schwerpunktverschiebung zu dem Teil der jungen Generation, die eine akademische Ausbildung erfährt oder erfahren hat.

Wenn wir uns Zahlen, eine Größenordnung, verdeutlichen, dann kann man zunächst einmal angeben, daß 40% der bundesrepublikanischen deutschsprachigen Wohnbevölkerung unter 30 Jahre alt ist. Fast die Hälfte der in der Bundesrepublik lebenden deutschsprachigen Bevölkerung ist nach dem Ende des zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Herrschaft geboren und hat ihre Erfahrungen nach diesen Ereignissen gemacht.

Wenn man diese junge Generation im Hinblick auf die Frage des Themas betrachtet, die Zukunft der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland, so dürfte sicher für unsere polnischen Gäste die Einstellung zur Grenze, zur Grenzsituation wohl das wesentliche Interesse ausmachen. Auch wenn man völlig abstrakt herangeht, muß man sagen, dies ist der Prüfstein Nr. 1. Da wage ich die These, daß für diese unter 35jährigen - und dies in einer großen Breite, die weit über politische Positionen des sozial-liberalen Lagers hinausreicht - die Grenzfrage zwischen Deutschland und Polen keine Frage ist. Sie ist völlig uninteressant. Und die Anzahl derjenigen, die darauf nicht einmal eine von Informationen getragene Antwort geben könnten, ist in dieser Generation außerordentlich hoch. Dies mag man bedauern. Sie wird ja oft bedauert, diese sogenannte Geschichtslosigkeit. Ich habe nicht den Eindruck, daß das früher besser war, aber das ist eine Nebenbemerkung. Es gibt sicher diesen Nachteil, aber man muß es einfach als Faktum zur Kenntnis nehmen, daß die Frage der Grenzziehung kein Thema ist.

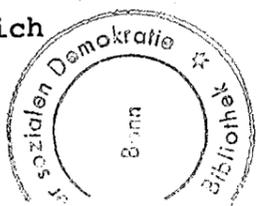
Über die Gründe zu spekulieren, bringt vielleicht nicht viel ein, aber für das Verständnis unserer polnischen Gäste ist es notwendig, einiges hinzuzufügen. Diese, unsere junge Generation, mit den Einschränkungen, die ich eingangs

genannt habe, und bezogen auf den politisch aktiven interessierten Teil, hat nach dem zweiten Weltkrieg durch die in der Gesellschaft und in der Familie maßgeblichen Repräsentanten, also etwa die Angehörigen meiner Generation, nicht erfahren, daß die Grenzziehung gegenüber Polen der Revision oder Korrektur bedürfe. Es hat trotz Vertriebenenverbänden, trotz mancher schrillen Töne bei Heimattreffen in der Breite der jetzigen Vätergeneration eine Zustimmung zu den Grenzziehungen als Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Herrschaft gegeben, und in dieser Breite auch eine Hinwendung dazu, die Bundesrepublik Deutschland zu einem demokratischen Staat, in dem die demokratischen Grundwerte lebendig sind, zu entwickeln. Dies wurde als die gestellte Aufgabe angesehen und nicht etwa, die Grenzziehungen zu revidieren oder zu Vorstellungen nationaler Größe zurückzukehren.

Bei aller Kritik, die ansonsten an den Leistungen dieser Vätergeneration berechtigt sein mag, etwa wenn wir die Entwicklung zur sozialen Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft betrachten, muß man dies als eine positive Leistung werten. Man muß sehen, daß die junge Generation nicht zuletzt aus diesem Grunde, weil jegliches Klima für so etwas wie Revisionismus oder Revanchismus während ihres Aufwachens fehlte, in der Grenzfrage kein Problem sieht.

Man kann natürlich fragend hinzufügen, ob nicht die Gefahr besteht, daß aus dem Generationenprotest gegen das, was die Vätergeneration vertreten hat, wiederum nationalistische Reaktionen aufkommen könnten oder daß solche als gelöst geltenden Fragen wie Grenzziehungen erneut aktuell werden könnten.

Auch dies, meine ich, kann man verneinen. Wenn es da und dort rechtsreaktionäre oder nationalhysterische Grüppchen gibt, Gruppen kann man gar nicht sagen, die hin und wieder durch eine Fernsehberichterstattung in die Wirklichkeit gerückt werden, spielt dies, wenn man eine Aussage über die " junge Generation " in der Bundesrepublik machen will, wirklich



keine Rolle. Dies sind Marginalien und Sektenerscheinungen, von denen keine Gesellschaft frei ist. Irgendeine prägende Bedeutung ist dem auch in Ausschnitten der Gesellschaft nicht beizumessen.

Der Generationsprotest wird offensichtlich völlig absorbiert durch Konzentration auf die innenpolitischen Verhältnisse. Er richtet sich nicht gegen die Leistungen der Vätergeneration nach außen, wenn wir mal die Probleme der bundesrepublikanisch-amerikanischen Beziehungen bei Teilen der Generation außer Betracht lassen (Vietnam), sondern er richtet sich gegen Versäumnisse und Überspitzungen, die beim wirtschaftlichen Aufbau und seinen Ergebnissen zu verzeichnen sind, und ist darauf voll und ganz konzentriert. Auch da, wo sich aus diesem, an dem Thema sozialer Gerechtigkeit orientierten Generationenkonflikt außenpolitische Verwicklungen ergeben, ich erwähne Vietnam und die Vereinigten Staaten, hat dies mit dem Wiederaufleben von Nationalismus oder Revanchismus oder Revisionismus überhaupt nichts zu tun, so daß, wenn man allein von der Einstellung zu "nationaler Größe" die Frage "junge Generation in der Zukunft" ansieht, eine positive Antwort erlaubt ist, eine positive Entwicklung zu erwarten ist.

Nun kommt dazu, daß auch die Einstellung dieser "jungen Generation" zu dem gegenwärtigen polnischen Staats- und Gesellschaftssystem weitaus unbefangener und ideologisch vorurteilsfreier ist als in der Vätergeneration. Leute wie ich, die zu einem System des sogenannten realen Sozialismus, wie wir ihn in den Ostblockländern finden, einen Erfahrungshintergrund aufzuweisen haben, aus dem DDR-Erleben der 40er und 50er Jahre, vermögen kaum eine Vorurteilsfreiheit und eine völlige Unbefangenheit auch gegenüber Einzelercheinungen dieser Staaten zu entwickeln. Dazu halte ich diese Erfahrung für zu prägend und zu tiefstehend, ein ganz prinzipielles Mißtrauen dürfte wohl kaum auszuräumen sein. Ich will das nicht in den Gründen weiter ausbreiten, dies ist hinreichend bekannt.

Die Jungen haben es insofern leichter, als sie von diesen Erfahrungen persönlich unbelastet sind und weil sie gesellschaftliche Erscheinungen, gesellschaftliche Zustände in der Regel völlig losgelöst davon zur Kenntnis nehmen und nicht danach beurteilen, welchem gesellschaftlichen Gesamtsystem sie zuzuordnen sind. Bei den Antikommunismuskussionen in der Bundesrepublik - sofern nicht propagandistische Überlegungen dahinterstehen - wird der Vorwurf des Antikommunismus zu Recht erhoben, wenn nicht der Versuch gemacht wird, gesellschaftliche Zustände im sozialistischen Lager unbefangen zur Kenntnis zu nehmen und zu werten, sondern wenn eine Wertung immer von dem Ausgangspunkt her erfolgt, dies sei ein kommunistisches System und demzufolge könne auch das, was an Einzelercheinungen da sei, nichts wert sein. Dies ist bei den Jungen nicht vorhanden, und zwar nicht nur im Bereich des sozial-liberalen Lagers, sondern auch weit in die Junge Union hinein, auch in Bayern um das ausdrücklich hinzuzufügen.

Wie man es auch bewerten mag und wie sehr auch darin ein erhebliches Stück von Naivität steckt, so ist es doch als Faktum gesehen eine günstige Voraussetzung dafür, daß die Zukunft der Beziehungen zwischen den beiden Ländern und Gesellschaften noch problemfreier werden kann als es derzeit der Fall ist. Dazu kommt, manch einer mag sagen eine aufgesetzte Erscheinung, aber eben doch als Tatsache wichtig, daß wir in dieser jungen Generation ein großes touristisches Interesse haben, nicht zuletzt aufgrund der touristischen Entfaltungsmöglichkeiten, die im historischen Vergleich einmalig sind. Es hat noch nie eine junge Generation in Deutschland gegeben, die in einer von den

politischen und materiellen Möglichkeiten her so großartigen Weise die Welt nach eigenem Belieben kennenlernten konnte und davon auch, und dies nicht nur auf die akademische Jugend begrenzt, in einem großen Umfange, mit einem starken individualistischen Reisebetrieb, nicht nur mit Neckermann u.ä., Gebrauch macht. Dies ist eine bisher noch nicht für die Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik voll genutzte Möglichkeit, dieses touristische Interesse als Grundlage für eine Festigung der Beziehungen, als Grundlage für eine bessere Verständigung zu nutzen.

Wenn man die Einstellung zur Grenzfrage, die Unbefangenheit gegenüber kommunistischen Gesellschaften und das touristische Interesse als Dreigestirn zusammen sieht, bietet das zweifellos gute Voraussetzungen dafür, daß die junge Generation in der Bundesrepublik Deutschland Kontakte zu Menschen aus der Volksrepublik Polen entwickeln kann, die die Beziehungen zwischen den Staaten verbessern und auch eine dauerhafte Verständigung und vielleicht darüber hinausgehend auch Freundschaften bringen können. Nun darf man nicht übersehen, daß diese Einstellungen auch zunächst einmal nichts anderes als Gleichgültigkeit sein können. An der Grenzfrage nicht interessiert zu sein, gegenüber dem Kommunismus keine Vorurteile zu haben und gerne zu verreisen, heißt noch nicht, daß man eine positive Einstellung zu einer vernünftigen Regelung der Beziehungen zwischen den Staaten in Europa und zu einer aktiven Beteiligung an der Herbeiführung und Sicherung einer friedlichen Ordnung zwischen den Staaten besitzt. Dies kann sich auch als eine gleichgültige, weder in der einen noch in der anderen Richtung zu bewegendende Einstellung manifestieren,

so daß auf alle diejenigen, die in der jungen Generation Verantwortung tragen, die Aufgabe zukommt bzw. die Aufgabe besteht, die günstigen Voraussetzungen zu nutzen, um ein Engagement für die von mir genannten Ziele zu erreichen.

Nun gibt es bei der Herstellung solcher Beziehungen und bei Begegnungen der jungen Generation auch die Möglichkeit, einige Fehler zu machen, die dazu führen können, daß günstige Voraussetzungen nicht ausgenutzt oder sogar verschüttet werden. Ich halte es beispielsweise für falsch, die Beziehungen darauf zu gründen, daß man von den jungen Leuten bei ihren Kontakten zu und mit Polen eine permanente Bußfertigkeit für die Verbrechen ihrer Väter und Großväter erwartet. Bundeskanzler Helmut Schmidt hat bei seinem Besuch in Auschwitz eine bewegende Rede gehalten. Sie drückte die Kontinuität der bundesrepublikanischen Außenpolitik von Brandt zu Schmidt aus und sie bekannte sich zu der Verantwortung, die wir Deutsche haben und immer haben werden für das, was an Verbrechen geschehen ist. Der Bundeskanzler unterstrich, daß von den Verbrechen der Deutschen an den Polen nichts zu unterdrücken oder wegzuschieben sei, daß aber auch alle diejenigen, die, weil sie später geboren wurden, mit den Verbrechen direkt nichts zu tun haben können, nicht in einer Haltung fixiert werden dürfen, die sie in eine dauerhafte moralische Minderwertigkeit gegenüber dem Partner bringen muß.

Ich kenne dieses Problem in der Praxis aus den Beziehungen zu Israel. Wir haben seitens meiner Gewerkschaft seit nun über 16 Jahren sehr intensive und re-

gelmäßige Kontakte mit der israelischen Lehrer-
gewerkschaft und auch mit Israelis der jungen
Generation - wir haben das gerade in diesem Jahr
auf einer "Generationsetage" niedriger angesie-
delt - und da ist immer wieder eine Schwierigkeit,
gerade bei der Begegnung mit jungen Leuten: Auf der
einen Seite ist die Erwartung, daß die andere Seite
wegen der Verbrechen der Väter und Großväter kritik-
los dem begegnen müßte, was sie im Lande der Opfer
vorfindet. Kritische Fragen, etwa zur Siedlungspoli-
tik der Israelis auf der Westbank oder zur Behandlung
der Araber überhaupt oder zur sozialen Gerechtigkeit
der israelischen Gesellschaftsordnung, werden nicht
selten als unstatthaft zurückgewiesen, wenn sie von
Deutschen gestellt werden. Dies ist so bis auf den
heutigen Tag, und wir arbeiten geduldig jedes Jahr
mindestens mit einem Seminar daran. Es ist eine Schwie-
rigkeit, für die wir volles Verständnis haben und die
uns einleuchtet, die aber überwunden werden muß, weil
sie nicht geeignet ist, dauerhafte gute Beziehungen zu
garantieren. Wenn man ständig eine Büberhaltung erwartete
auf der polnischen Seite, würde dieses zu Gleichgütig-
keit oder gar Abneigungsreaktionen führen.

Ein anderer möglicher Fehler wäre, wenn die Beziehungen
zwischen den jungen Leuten beider Länder in der Praxis
auf dem gegründet werden, was sich heute im politischen
Sprachgebrauch der Bundesrepublik als Antifaschismus
darstellt. Wir haben beim Gebrauch des Wortes Antifa-
schismus einen Bedeutungswandel zu verzeichnen, eine
Bedeutungsverengung, um es korrekter zu sagen. Der Be-
griff meint nicht mehr die Breite der politischen Ein-
stellungen gegen den Faschismus in jeglicher Spielart,

sondern heute nur noch die sozialistischen, gegen
den Faschismus gerichteten Positionen, weil von
denen, die auf der "linken" Szene den Begriff ver-
wenden, gesagt wird, diese Bundesrepublik, wie auch
andere westliche Staaten, haben, wenn nicht schon
faschistoiden Charakter, so doch den Faschismus po-
tentiell in sich und es könne nur einen Antifaschis-
mus geben, den, der gleichzeitig den Willen zur Trans-
formation der kapitalistischen Staaten in sozialistische
enthält. Insofern haben wir - es gibt da auch eine
entwickelte Lehre - heute Mißverständnisse zu über-
winden, wenn von Antifaschismus die Rede ist.

Es wäre meines Erachtens falsch, wenn man in der Praxis
der Beziehungen zur Volksrepublik Polen, was Jugendor-
ganisationen und Jugendgruppen anbetrifft, darauf
setzte, daß unter dem Stichwort Antifaschismus nur
ein Teil, ein sehr engagierter und lebhafter, aber
doch sehr kleiner Teil der jungen Generation aktiviert
wird, so daß die Herstellung von Beziehungen der jungen
Generation zu Polen mit den politischen Auffassungen
dieses so gekennzeichneten Antifaschismus zwingend ver-
knüpft würde.

Wenn man beispielsweise die Kontakte zu Polen auf ein
politisches Spektrum von DKP und Spartakus und SHB und
Jusos und Jungdemokraten begrenzt, dann hat man sicher
ein Potential für eine ganze Menge an Seminaren und Rei-
sen und Veranstaltungen und Kongressen, hat aber gleich-
zeitig eine Öffentlichkeitswirkung, die die Entwicklung
guter Beziehungen zu Polen gleichsetzt mit der Förde-
rung dieser politischen Gruppierungen. Dies wäre eine zu
schmale Basis für die dauerhafte Festigung der Bezie-
hungen.

Alles, was ich jetzt an möglichen Fehlern genannt habe
- nicht auf permanente Bußfertigkeit gründen, nicht auf

"Antifaschisten beschränken" -, ist keine Erfahrung, die aus der Praxis meiner Beziehungen zur polnischen Lehrgewerkschaft erwächst. Ich habe diese Erfahrungen einerseits im Umgang mit der israelischen Gewerkschaft gewonnen, andererseits im Umgang mit politischen Gruppen in der Bundesrepublik. Ich glaube, daß - jedenfalls soweit es die Lehrgewerkschaft angeht - bei den polnischen Kollegen die Gefahr, solche Fehler zu begehen, kaum vorhanden ist.

Nun muß man in der Zukunft der Beziehungen und bei der Tatsache, daß die junge Generation, die Verantwortung zunehmend übernimmt, das Problem DDR natürlich auch sehen. Einfach von der Nachbarschaft zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik Polen zu sprechen, klammert schon die Tatsache aus, daß es zwischen der Bundesrepublik und Polen noch einen Staat gibt, einen Staat, der sehr empfindsam und empfindlich ist, was die Respektierung seiner Existenz (auch in Formalitäten) angeht. Dieses Problem, glaube ich, muß bei der Berücksichtigung der Beziehungen zwischen beiden Ländern und zwischen den jungen Leuten beider Länder beachtet werden.

So verständlich es ist, daß die polnische Seite angesichts der wirtschaftlichen und militärischen Bedeutung der Bundesrepublik Wert darauf legt, daß ihr Territorium durch die Bundesrepublik als nicht antastbar angesehen wird, so sehr muß aber auch berücksichtigt werden, daß eine solche Haltung leicht Minderwertigkeitsgefühle wecken und Komplexe bei der DDR anrühren kann. Ich habe dies bei Diskussionen im gewerkschaftlichen Bereich bemerkt. Auch wir dürfen nicht einfach von Nachbarschaft und Nachbarn in dem Sinne des

Grenznachbarn reden und dürfen auch nicht so tun, als ob die Gewährleistung des polnischen Territoriums von uns allein abhängt und als ob wir für ganz Deutschland gültige Aussagen machen könnten. Beide Haltungen, so sehr sie psychologisch verständlich sind, wirken doch belastend für die Beziehungen. Was die DDR anbetrifft, ich habe auf die Empfindsamkeit und Empfindlichkeit hingewiesen, so kann man wohl davon ausgehen, daß sie innerhalb des sozialistischen Lagers eine schwierige Position hat. Bei ihrer Mischung aus wirtschaftlicher Leistung und preußischem Kommunismus ist das auch verständlich und von daher einleuchtend, daß sie mit sehr viel Sorgfalt beobachtet, ob nicht seitens der Bundesrepublik versucht wird, durch Beziehungen zu anderen kommunistischen Staaten die DDR zu umgehen, auszuspielen, sie zu isolieren. Wie sehr dies ausgeprägt ist, hat sich bei einer gewerkschaftlichen Spitzenbegegnung gezeigt, wo eine ganz harmlose Bemerkung über die Äußerung eines führenden ungarischen Politikers zu einem Zornausbruch auf der DDR-Seite führte und zu der kategorischen Feststellung, man verbäte sich ein für allemal, daß irgendwelche Äußerungen von Politikern aus anderen Ostblockländern als Argumente in die beiderseitigen Beziehungen eingebracht würden. Infolgedessen wird es darauf ankommen, auch in Zukunft die Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik eingeordnet zu sehen in die Gesamtbeziehungen zum Ostblock, insbesondere auch in die Regelung der Beziehungen zur DDR. Denn es wird keine dauerhafte Lösung, keine dauerhafte Entspannung, keinen dauerhaften Friedenszustand geben können allein durch einen Brückenschlag von Bonn nach Warschau. Die Beziehungen müssen als Straße geplant werden, die auch durch die DDR führt. Spannungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR belasten auch die Beziehungen zwischen Po-

len und der Bundesrepublik Deutschland. Es gibt eine Fülle verschiedener Theorien darüber, wie man das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten entkrampfen kann. Auf die junge Generation bezogen kann man auch hier sagen, daß die Frage, ob die beiden deutschen Staaten wieder ein Staat werden oder nicht, keine sonderliche Erregung hervorruft, daß aber die inneren Zustände in der DDR erhebliche Diskussionen bringen und daß etwa die Vorgänge um Biermann und Bahro bis in die DKP hinein zu heftigen Diskussionen über die DDR geführt haben und zu kritischen Einstellungen auch bei einer Anzahl von DKP-Mitgliedern in der Bundesrepublik. Das heißt, Entkrampfung gegenüber Ost-Berlin, eine Verbesserung des derzeitigen Verhältnisses wird letzten Endes auch davon abhängig sein - in einer Wechselwirkung -, daß in der DDR eine Liberalisierung in den persönlichen Rechten der Menschen eintritt. Dies kann meiner Überzeugung nach nur bewirkt werden, wenn die DDR-Führung, wie sie auch immer zusammengesetzt sein mag, ein größeres Selbstbewußtsein nach innen und nach außen gewinnen kann, wenn sie sozusagen in eine psychische Lage kommt, in der sie großzügiger sein kann als sie derzeit ist. So etwas kann man nur begünstigen, indem man versucht, Mißtrauen, das solche psychischen Einstellungen bewirkt, abzubauen, und aus diesem Grunde sage ich auch, daß bei den Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik alles vermieden werden sollte, was bei der DDR-Führung geeignet ist, Mißtrauen hervorzurufen. Dies muß auch bei der praktischen Gestaltung, auch von Gruppenbegegnungen, Seminaren der jungen Generation, berücksichtigt werden.

Insgesamt gesehen scheint mir, daß für die Zukunft der Begegnungen und der persönlichen Aussprachen und der Verbreitung des Verständnisses und der Erzielung eines aktiven Einsatzes für den Frieden in Europa bei den Begegnungen jede Seite soweit irgend möglich auf Propaganda verzichten sollte, und sich jede Seite von missionarischem Geist hinsichtlich der Gültigkeit und Richtigkeit der eigenen gesellschaftlichen Ordnung freihalten muß. Missionseifer ist notwendig und richtig für Völkerverständigung und Frieden, um es mit diesen beiden abgegriffenen Schlagworten zu sagen. Wenn aber eine Begegnung in der Absicht betrieben wird, das eigene System zu preisen, darzustellen, daß es besser ist als das andere, dann wirkt dies erfahrungsgemäß auf die Dauer nicht begegnungs- und verständigungsstiftend. Was den engagierten und kritischen Teil der jungen Generation in der Bundesrepublik Deutschland angeht, so ist sie durch ihr Verhalten in der Bundesrepublik daran gewöhnt. Mir ist das kürzlich beim Vergleich der Diskussionen mit rumänischen Jugendlichen wieder deutlich geworden, daß Verhältnisse mit ihren Mängeln und Schwierigkeiten dargestellt werden müssen, daß Perfektion eigentlich nirgendwo anzutreffen ist. Jeder Versuch, die eigene Lage, den eigenen Bereich, das eigene System als eine stromlinienförmige perfekte Lösung darzustellen, weckt Opposition und Ablehnung. Ich glaube, daß dies eine gute Voraussetzung dafür ist, um bei den Begegnungen der jungen Generation Diskussionen zu führen, die aus den Klischees herauskommen, nationaler wie gesellschaftspolitischer Art, die Gespräche der Älteren häufig noch an sich haben. Die Einstellung der jungen Generation gibt Möglichkeiten, in Diskussionen unbefangen zu prüfen und über das zu reden, was ist, gibt die Möglichkeit, Aussprachen zu führen, bei denen die Chance besteht, voneinander zu lernen, zu lernen, daß man

auch eigene Probleme aufgrund von Erfahrungen, die andere in anderen Lagen gemacht haben, unter Umständen besser bewältigen kann als man es derzeit tut. Daher ist eine ohne Propagandaabsicht geführte Verstärkung der Informations- und Begegnungsbreite die beste Chance, um die Zukunft der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über außenpolitische Verträge und politische Erklärungen hinaus auf eine lebendige Grundlage in beiden Völkern zu stellen. Die junge Generation in der Bundesrepublik bietet hierfür zweifellos bessere Voraussetzungen als sie bei ihren Vätern vorhanden sind, und insofern ist es gerechtfertigt, die Fragestellung meines Themas optimistisch zu beantworten.

Die junge Generation und die Zukunft der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland

Vortrag von J o s e f G r a b o w i c z, Chefredakteur der Jugendwochenzeitschrift "Walka Młodych"

Wenn wir ein so breit formuliertes Thema zur Sprache bringen - "Die junge Generation und die Zukunft der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland" - müssen wir uns zwangsweise auf die wichtigsten Probleme konzentrieren. Die Rolle der Jugend - und insbesondere der Jugendorganisationen im Normalisierungsprozeß der Beziehungen zwischen unseren Ländern, der seinen Ursprung im Vertrag vom 7.12.1970 hat, gehört aus meiner Sicht zu diesen wichtigsten Problemen. Als Ergebnis der zahlreichen und erfolgreichen Kontakte zwischen den polnischen Jugendorganisationen und fast allen Jugendorganisationen der Bundesrepublik Deutschland sowie zwischen der Föderation der Sozialistischen Verbände der Polnischen Jugend (FSZMP) und dem Deutschen Bundesjugendring sind wichtige Formen der Zusammenarbeit erarbeitet worden.

Optimistisch und vielversprechend klingen die Beschlüsse aus der Vereinbarung über die Prinzipien der Zusammenarbeit zwischen dem Haupttrat der Föderation der Sozialistischen Verbände der Polnischen Jugend und dem Deutschen Bundesjugendring. "Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland ist die historische Chance der Jugend beider Länder. Sie liegt in ihrem Interesse und kann nur mit aktiver Teilnahme der jungen Generation völlig verwirklicht werden, die die Verantwortung für die Beziehungen zwischen den beiden Ländern in Zukunft tragen wird".

Die vor drei Monaten unterzeichnete Vereinbarung ist ein besonders wichtiger Schritt zur Schaffung einer konstruktiven Atmosphäre in den Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist besonders wichtig für die Annäherung der jungen Generation, für die Grundlagen des Vertrauens und für die gegenseitige Verständigung. Die obengenannte Vereinbarung wurde durch die gesamte polnische Jugendpresse, durch die Wochenzeitung "Der Jugendkampf", deren Redaktion ich vertrete, zugänglich gemacht und mit großem Interesse bei der polnischen Jugend aufgenommen.

Die polnischen Jugendorganisationen, vereinigt in der Föderation, in deren Namen ich hier als Mitglied des Hauptrates spreche, werden mit voller Konsequenz die Beschlüsse dieser Vereinbarung realisieren. Wir werden uns auch bemühen, die Beziehungen zwischen unseren Ländern auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung ohne Vorurteile und Mißtrauen zu gestalten.

Wir verstehen gut den tiefen Sinn der "Überwindung der Vergangenheit", der wirklichen Normalisierung und der gegenseitigen Annäherung. Wir möchten die Vergangenheit in der polnischen Jugendbewegung überwinden, ohne sie wegzuwischen und die historische Wahrheit zu verkennen.

Ein altes lateinisches Sprichwort sagt: historia est magistra vitae. Diese Weisheit beinhaltet die historische Erfahrung unseres Landes. Die junge Generation Polens, erzogen durch die Schule, staatliche Einrichtungen, Jugendverbände und gesellschaftliche Organisationen im internationalistischen Geiste der Freundschaft und Zusammenarbeit mit allen Völkern, muß doch die richtigen Schlußfolgerungen aus der Geschichte ziehen, besonders aus der neuesten Geschichte. Die junge Generation unseres Landes ist sich der Tatsache bewußt, daß der Faschismus den polnischen Staat von der politischen Karte Europas beseitigen wollte.

Dies muß unsere heutige Sorge um die Zukunft des Landes beeinflussen.

Die polnische Jugendbewegung verfolgt mit großem Interesse und Befriedigung die Bemühungen der fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik, die eindeutigen historischen Tatsachen der Bevölkerung bewußt zu machen. Wir haben in dieser Beziehung eine vielversprechende Einigkeit zwischen der Föderation der Sozialistischen Verbände der Polnischen Jugend und dem Deutschen Bundesjugendring erreicht, bekräftigt durch die Vereinbarung. Diese Einigkeit herrscht auch mit Jusos und Judos.

Diese Vereinbarung betont deutlich, daß "die beiden Organisationen es für notwendig halten, die verbindlichen Empfehlungen der Schulbuchkommission der VRP und der BRD unverzüglich und konsequent zu realisieren. Da sie nun nicht überall verwirklicht werden, verlangen die FSZMP und der DBJR von den entsprechenden Stellen, daß Schritte unternommen werden, die die Verwirklichung der Beschlüsse aus der gemeinsamen Erklärung vom 11.6.1976 und dem Kulturabkommen ermöglichen".

Mit großer Befriedigung nehmen wir die Tatsache zur Kenntnis, daß der Vorstand des DBJR einen Brief an die elf Landesregierungen verschickte, in dem er zur Verwirklichung der Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission aufrief. Wir freuen uns über die eindeutige Stellungnahme, ausgedrückt in der Formulierung: "Der DBJR ist der Auffassung, daß eine internationale Zusammenarbeit der Jugend nur dann erfolgreich geführt werden kann, wenn eine ausreichende und in beiden Ländern gleiche Geschichtskennntnis vorhanden ist". Es ist wahr, daß ein verfälschtes Bild unseres Landes, ein absichtliches Verdrehen der historischen Tatsachen, die Hauptschwierigkeiten für die Normalisierung und für die weitere Entwicklung der allseitigen Beziehungen darstellen.

Mit großer Beunruhigung beobachten wir gleichzeitig Erscheinungen, die zum Beispiel in einer Organisation vorgehen, die heute Deutsche Jugend in Europa heißt und früher den Namen Deutsche Jugend des Ostens trug.

Bedenken erregend ist der Verlauf und Inhalt des 23. Bundeskongresses der Deutschen Jugend in Europa, der Ende April dieses Jahres in Oberwesel stattfand. Die vielen Formulierungen, die die Reden auf dem Kongreß beinhalteten, zeugen davon, daß die Spitzenleute aus dieser Organisation durch ihre Ziele den Status quo in Europa verändern wollen. Der Vorsitzende der revisionistischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland formulierte klar die Ziele in seiner Rede auf dem Kongreß unter dem allgemeinen Beifall. "Es geht darum - sagte er - daß unsere Überzeugungen auf den Karten und in den Schulbüchern weiterhin beinhaltet werden. Schon seit langer Zeit wird in Europa eine falsche Politik gemacht". Unter dem Vorwand "die Kulturerrungenschaften in Mittel- und Ostdeutschland sowie in dem deutschsprachigen Gebiet zu schützen und weiterzuentwickeln" werden ravanchistische Ziele gesetzt, die im klaren Widerspruch zum Geist der Verständigung und Entspannung stehen.

Es ist nicht nötig, zu sagen, daß derartige Feststellungen und Formulierungen nicht der Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern und zwischen den Jugendorganisationen unserer Länder dienen können.

Die Kontakte der Jugend und die Zusammenarbeit der Jugendorganisationen beider Länder hat sich in der letzten Zeit gut entwickelt. Die Vertiefung des Normalisierungsprozesses ist auf diesem Gebiet sehr deutlich. Die zahlreichen Delegationen, die vielseitige kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit, die vielen Seminare und Studienreisen, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Tourismus haben dazu wesentlich beigetragen. Es entsteht der Eindruck, daß der Einsatz der Jugendorganisationen in den Normalisierungsprozeß der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen in unserem Lande stärker ausgeprägt ist. Die junge Generation der Polen, geboren und erzogen nach dem Krieg, hat ein tieferes historisches Bewußtsein über Euer Land als die Altersgenossen aus der Bundesrepublik.

Während der diesjährigen Erholungsaktion "Sommer 1977" haben Tausende junger Polen in den zahlreichen Ferienlagern und Seminaren die Probleme der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik Polen diskutiert. Sie haben sich mit der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, mit der Tätigkeit der Jugendorganisationen und anderer gesellschaftlicher Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland in Einzelheiten bekannt gemacht. Die Jugendverbände werden in Zukunft mit verstärkter Aktivität rechnen müssen, besonders beim Abbau der Vorurteile und bei der Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens und der Verständigung. Es scheint, daß einige Organisationen in der Bundesrepublik, die die bisherigen Bemühungen auf diesem Gebiet unterstützen, zu wenig eigene konkrete Initiativen ergreifen.

Der Sekretär des Hauptrates der Föderation der Sozialistischen Verbände der Polnischen Jugend, Andrzej Jez, hat diesen wichtigen Punkt während des ersten Forums der Bundesrepublik Deutschland - Volksrepublik Polen am 14.6.1977 erörtert.

"Wir sind oftmals über die deklarative Stellungnahme mancher Jugendorganisationen zur Normalisierung der Beziehungen mit Polen verwundert. Den Worten folgen keine Taten und konkrete Initiativen, um zum Beispiel das Bild Polens in den Augen der jungen Generation in der Bundesrepublik zu verändern. Unsere Partner zeigen nicht den ständigen Willen, die Wahrheit über Polen zu erkunden."

Zu den wenigen Ausnahmen gehören solche Maßnahmen wie der Brief des DBJR-Vorstandes.

Die kulturelle Zusammenarbeit zwischen der polnischen Jugendbewegung und der Jugend aus der Bundesrepublik Deutschland nimmt einen beachtlichen Platz in den gegenseitigen Beziehungen ein. Sie erfaßt hauptsächlich Studententheatergruppen, Chöre und Volkstanzgruppen, seltener Betriebsgruppen.

Ich möchte gern einen Punkt genauer ausführen: die Tätigkeit der polnischen Jugendorganisationen auf dem Gebiet der Verbreitung der deutschen Kultur, besonders der klassischen deutschen Dichtung.

Wir sind uns einig, daß es nur eine wirklich humanistische und große Kultur gibt, die allgemein zugänglich und unteilbar ist. Die Erziehung durch Kunst spielt daher eine wichtige Rolle im Erziehungsprozeß in den polnischen Jugendverbänden. Einen besonderen Platz nimmt die Kulturerziehung der jungen Generation durch die allgemeinen Kunstwerte ein.

Ich möchte hier nur an eine dieser Formen erinnern, die als Phänomen in Europa bezeichnet wird. Ich kann mit genauen Informationen dienen, da ich zu den Gründern dieser Methode gehöre. Der Liebhaberklub der Dichtung, der seit einigen Jahren bei Hauptvorständen der Sozialistischen Verbände der Polnischen Jugend existiert, gibt in Massenaufgaben Sammelbände der berühmtesten Dichter der Welt als Abonnement heraus.

In dieser Massenserie, die nicht nur für Kenner und geschlossene Gruppen, sondern für einen breiten Leserkreis vorgesehen ist, sind auch Dichtungen deutscher Autoren erschienen. Da gibt es eine Serie, in der Werke von Johann Wolfgang von Goethe, Friedrich Schiller, Heinrich Heine und anderen veröffentlicht worden sind. Die Bände waren schnell vergriffen und die klassische deutsche Dichtung ist dank der Tätigkeit des Liebhaberclubs der Dichtung nicht nur unter der Intelligenz, sondern auch unter breiten Kreisen junger Arbeiter und Bauern außerhalb der Großstädte bekannt.

Wir würden es mit Freude begrüßen, wenn die Jugendorganisationen aus der Bundesrepublik Deutschland eine ähnliche Initiative ergreifen würden, um die wertvollste polnische Dichtung aus dem "Sturm und Drang" und der Gegenwart zu verbreiten. Die Jugendverlage aus der DDR können auf dem Gebiet der Popularisierung der polnischen Dichtung und Literatur als ein gutes Beispiel dienen.

Die Jugendkontakte, die ein wesentliches untrennbares und integrales Element des schwierigen und komplizierten Normalisierungsprozesses der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen darstellen, haben sich besonders in den letzten zwei Jahren gut entwickelt.

Die Zusammenarbeit der polnischen Jugendbewegung und der Jugendbewegung aus der Bundesrepublik Deutschland wird auf vier Gebieten verwirklicht. Ich habe hier die politische, kulturelle, wissenschaftliche Zusammenarbeit und die Touristik im Auge. Außer der Vereinbarung zwischen dem Haupttrat der FSZMP und dem DBJR-Vorstand entwickelt sich eine gute Zusammenarbeit zwischen den Organisationen aus verschiedenen Gebieten Polens und den einzelnen Bundesländern. Es gibt auch zweiseitige Beziehungen zwischen den politischen Jugendorganisationen aus beiden Ländern. Besonders interessant ist der wissenschaftliche Jugendaustausch, geleitet durch die internationalen Studentenfachschaftsorganisationen mit der Teilnahme des Sozialistischen Verbandes der Polnischen Studenten und der Hochschulen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland, die gegenseitig vertraglich verbunden sind.

Die Studienreisen und der Tourismus werden hauptsächlich durch die Jugend-Reiseorganisationen "Almatur" und "Juventur" realisiert. Sie geben der westdeutschen Jugend eine gute Möglichkeit, sich mit den Problemen unseres Landes vertraut zu machen entsprechend ihrem beruflichen Interesse. Ungefähr 6000 Jugendliche nehmen jährlich an dem Austausch teil. Immer größere Bedeutung nimmt der individuelle Austausch in den gesamten Kontakten ein.

Die zahlreichen, diesjährigen Bestätigungen, daß sich die Zusammenarbeit zwischen den Jugendorganisationen aus der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen gut entwickelt, stellen gute Aussichten für die Zukunft dar. Wir stehen in der polnischen Jugendbewegung auf dem Standpunkt, daß der künftige Jugendaustausch nicht von dem gesamten Komplex der Normalisierung zu trennen ist, das betrifft besonders den Komplex der jugendlichen Erziehung und Bildung. Deshalb legen wir einen so großen Wert auf die Verwirklichung der Empfehlungen der Schulbuchkommission, die mit so vielen Schwierigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland zu kämpfen hat. Wir haben diese Untrennbarkeit oftmals unterstrichen, und wir betonen es weiter.

Der Fortschritt auf diesem Gebiet wird die Zusammenarbeit der jungen Generation der Volksrepublik und der Bundesrepublik bedingen. Wir legen einen sehr großen Wert auf diese Zusammenarbeit. Das beweist auch die sorgfältige und gründliche Vorbereitung der Föderation der Sozialistischen Verbände der Polnischen Jugend für das Jugendforum der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen, das auf Initiative der FSZMP im ersten Quartal 1978 durchgeführt wird.

Wir hoffen und sind davon fest überzeugt, daß das Forum ein wichtiger Beitrag der Jugend aus beiden Ländern für die Festigung und Vertiefung des Entspannungsprozesses und für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen sein wird.

Gestatten Sie mir, mit den Worten von Johann Wolfgang von Goethe zu enden: "Was ist am heiligsten? Das, was die Menschen verbindet". Bei uns in Polen tun wir alles, damit diese Idee verwirklicht wird.

Aus der Diskussion

Beiträge von Professor W i l h e l m W ö h l k e, Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, Mitglied der deutsch-polnischen Schulbuchkommission

Die Ausführungen von Herrn Minister Krollmann verlangen einige Ergänzungen bzw. Korrekturen. Diese betreffen vor allem die sogenannten "Empfehlungen zur Ostkunde der Konferenz der Kultusminister der Länder". Hierbei ist darauf hinzuweisen, daß die Empfehlungen zur Ostkunde nur Teil einer ganzen Reihe von Vorschlägen und Empfehlungen zur Ost- und Ostmitteleuropa-Forschung sind. Hierzu gehören die Denkschrift des Ostausschusses der Deutschen Forschungsgemeinschaft (1954), Willenserklärungen des Deutschen Bundestages (1953, 1954), die Empfehlungen des Wissenschaftsrates (1964) usw.

Alle diese Vorschläge und Empfehlungen sind vor allem im Bereich des Faches Geschichte an Schule und Universität realisiert worden. Damit verbindet sich aber auch, daß das Schwergewicht vor allem auf der Geschichte Ostdeutschlands liegt. Die Empfehlungen und Vorschläge wurden praktisch nicht realisiert im Bereich der gegenwartsbezogenen Forschung, also an den Universitäten. Die Behandlung von Ostmitteleuropa, vor allem Polens und der Tschechoslowakei, kam hierbei zu kurz. Diese nachteilige Situation wirkt sich bis heute fort. Ich erinnere an den nunmehr seit Jahren laufenden Versuch, wenigstens einen Sprachkursus für Polnisch in Verbindung mit der Universität Mainz einzurichten.

Die Folgen liegen auf der Hand. Ich glaube dies auch deshalb zu übersehen, weil ich mich seit 20 Jahren mit der Ostmitteleuropa-Forschung beschäftige und Vorsitzender der Fachgruppe Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Herder-Forschungsrates bin. Schätzungsweise haben wir für die gegenwartsbezogene Forschung von Ostmitteleuropa im Bereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften einschließlich der Geographie maximal acht Wissenschaftler. Es wird kaum Forschung betrieben, kaum wissenschaftlicher Nachwuchs

herangebildet. In diesen Bereichen der Forschung kann die deutsche Forschung - in einem dialektischen Prozeß der Wissensbefindung - kaum noch kritischer Partner der polnischen Forschung sein! Außerdem sind die Folgen dieser Entwicklung, d.h. eine breite Unkenntnis über Polen und auch anderer Länder Ostmitteleuropas, heute bereits wirksam. Die deutschen Schulbücher für Geographie, die ich auf ihre Aussagen über Polen, die Tschechoslowakei und Rumänien untersucht habe, weisen veraltete Zahlen, falsche Angaben und einen bedenklichen Verlust an Raumkenntnis Ostmitteleuropas auf.

Ich komme auf einen Schlüsselsatz im Referat von Minister Krollmann zurück: "Keine Verständigung ohne Verständnis". Voraussetzung hierfür sind Kenntnisse. Sie sind von der Wissenschaft zu erarbeiten und zu vermitteln. In der Schule werden heute tatsächlich ungenügende Kenntnisse über Polen, in einem Alter, das für die Urteilsbildung zu gering ist und mit nahezu unverantwortlich zusammengestellten Fakten und Wertungen, vermittelt. Die Empfehlungen zur Ostkunde der KMK, bzw. die Vernachlässigung ihrer Realisierung in der gegenwartsbezogenen Forschung zeigt also bereits heute weitreichende Folgen für Kultur und politische Bildung. Ich weise in diesem Zusammenhang nur auf die unbewußte Einengung des Begriffs "Europa" und die ebenso unbewußte Ausweitung des Begriffs "Osteuropa" auf Teile von Mitteleuropa hin. Die Folgen für die politische Urteilsbildung, also politisches Verhalten der Heranwachsenden, liegen auf der Hand. Das Land Hessen ist seit 1977 als Mitträger des J.G. Herder-Forschungsrats in Marburg für diese Entwicklung mit verantwortlich.

+ + + +

Die Ausführungen von Herrn Puls sollten noch durch den Hinweis ergänzt werden, daß auf den Symposia der Geographen sehr intensive Arbeit zur Didaktik der Geographie geleistet worden ist. Außerdem muß zu den Ausführungen von Herrn Barbag ergänzt werden, daß auch von unserer Seite in den drei vorgelegten Gutachten, von denen zwei gedruckt vorliegen, das dritte 1978 publiziert werden soll, Kritik an polnischen Schulbüchern geübt worden ist. Wir erkennen an, daß eine Reihe von unbegründeten negativen Aussagen über die Bundesrepublik entschärft bzw. ganz gestrichen worden sind. Es muß hier aber auch festgehalten werden, daß die Stellung der Bundesrepublik Deutschland innerhalb von Bündnissystemen (z.B. EG und NATO) sowie diese Bündnissysteme selbst falsch dargestellt werden und damit zu einem negativen politischen Urteil führen. Darüberhinaus gibt allgemein die Entwicklung des Erdkundeunterrichtes in der Bundesrepublik Deutschland, nunmehr aber auch in Polen Anlaß zu erheblichen Bedenken. Es ist erschreckend, wie gering zum Teil die Kenntnis von Schulbuchautoren über die Länder ist, die sie in ihren Büchern darstellen. Die Symposia versuchen, hier wenigstens etwas Abhilfe zu schaffen.

Viel gravierender ist aber die Tatsache, daß -um dies zu wiederholen- das politische Urteil und politische Verhalten des Heranwachsenden auf Kenntnissen aufbauen muß. Die Geographie leistet mit der Länderkunde einen grundlegenden Beitrag hierzu. Man mag über den wissenschaftlichen Wert der Länderkunde diskutieren, sie ist jedenfalls Voraussetzung für jedes politische Urteil. Wir müssen aber feststellen, daß die Geographie und damit die Länderkunde in den Schulen generell reduziert wird. Die Länderkunde wird in der Bundesrepublik Deutschland nur noch in Altersstufen vermittelt, in denen aus pädagogischen und didaktischen Erwägungen nur wenig mehr als ein stark generalisiertes und vereinfachtes Grundwissen vermittelt werden kann. Anders ausgedrückt: Länderkundliche Grundkenntnisse für die politische Bildung werden zu früh und auf zu niedrigem Niveau vermittelt. Im Interesse der politischen Bildung erscheint es unbedingt notwendig, diese Entwicklung zu beenden und die Geographie einschließlich der Länderkunde in allen Altersstufen der Schule auf dem entsprechenden Niveau zu betreiben.

+ + + +

Ich stimme den Ausführungen zu Herrn Frister in einer Reihe von Punkten zu. Es erscheint mir jedoch notwendig, seine Ausführungen in einen größeren Rahmen zu stellen. Hierbei gehe ich davon aus, daß das Geschichtsbild jedenfalls zu einem Teil das politische Denken, den politischen Standort und politisches Handeln bestimmt. Es erscheint mir aber fraglich, wie weit der Satz "Historia magister vitae" mehr ist als der Anspruch einer wissenschaftlichen Disziplin. Ihm steht doch die Erkenntnis der Pädagogik diametral entgegen, daß Erfahrungen nicht übertragbar sind. Vor diesem Hintergrund sollten auch die folgenden Überlegungen gesehen werden.

Ich gehe davon aus, daß in Deutschland die "Tradition" abgerissen ist. Konrad Lorenz hat warnend auf die Erscheinung und ihre Folgen hingewiesen. In unserem Zusammenhang erscheint wichtig, daß an die Stelle der Nation als Orientierungsrahmen die Industriegesellschaft getreten ist. Allein dieses Verlassen des "nationalen Rahmens" bedeutet für die nächste Generation keine unmittelbare Bindung an die Geschichte, also im übrigen auch aus dieser Sicht keine "Bußfertigkeit". Außerdem beobachten wir in Deutschland einen Bruch zwischen den Generationen. Sie drückt sich in der Auflehnung der Jüngeren gegen ihre Väter aus. Antifaschismus, größere Offenheit in der Bewertung des Kommunismus ebenso wie pro-polnische Strömungen können auch als Anteil am Generationenbruch gedeutet werden. Stimmt dies, dann handelt es sich hierbei aber mehr um emotionale als um rationale Strömungen. Es wäre leichtfertig, diese politisch nutzen zu wollen, da sie im Grunde genommen instabil sind.

Hieraus ergibt sich noch eine zweite Folgerung: Die deutsch-polnische Schulbuchrevision findet möglicherweise zwischen den Angehörigen der älteren Generation statt, ist also auf die nächste Generation nicht übertragbar. Ich hatte schon einmal im Zusammenhang mit dem Vortrag von Minister Krollmann darauf hingewiesen, daß sich die Begriffe Europa und Osteuropa verändert haben. Wir befinden uns also insgesamt wahrscheinlich am Ende einer Kulturepoche, zeitlich am Ende des Bestehens von "Mitteleuropa". Die Schulbuchrevision zieht unter Umständen nur noch den

Schlußstrich unter diese Entwicklung, in dem sie versucht, sachlich und fair die Überlieferung über Mitteleuropa aufzuzeichnen.

Hieraus ergibt sich die Folgerung, daß es notwendig sein wird, die Beziehungen zwischen West- und Osteuropa, also auch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen, völlig neu aufzubauen. Dies ist eine Angelegenheit der jüngeren Generation. Sie wird unbelastet erfolgen. Unsere Generation kann eher durch sachliche wissenschaftliche Aussagen helfen. Hierbei wird die gegenwartsbezogene Forschung u.U. eine größere Rolle spielen müssen als die historische. Das gegenseitige Bild der jüngeren Generation beider Länder wird sicher vorurteilsfreier, aber auch fremder und möglicherweise von weniger moralischem Engagement für einander geprägt sein. Solange wir bei uns in Deutschland noch den Namen Breslau benutzen, ist aus meiner Sicht noch etwas von der gegenseitigen Bindung zwischen Deutschen und Polen in Mitteleuropa erhalten geblieben. Wird Breslau zu Wrocław, dann drückt dies mehr als eine sprachliche Veränderung aus: Deutsche und Polen sind sich fremd geworden. -